

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei im Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhebt täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kedaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. **Dienstag, den 21. Februar 1911.** Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die englischen Kolonien und die Tarifreform.

London, 18. Februar 1911. (Fig. Ver.)

Die große Schnelligkeit, mit der sich das wirtschaftliche und politische Leben entwickelt, ist ein Merkmal der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Vor einem Jahre nahm man auf dem Festland vielfach noch an, daß der Sieg der Chamberlain'schen Ideen nur eine Frage der Zeit sei, und heute schon geben die unentwegtesten englischen Tarifreformer selbst zu, daß die Grundidee des Apostels der Tarifreform — der allbritische Zollverein — durch den kanadisch-amerikanischen Handelsvertrag undurchführbar geworden ist. Zwar stellen sich die Führer, als wollten sie aus der alten Position nicht weichen. Aber diese Hoffnung ist kaum mehr als ein Versuch, den Anstand zu wahren, nachdem die „Daily Mail“ den Zollverein mit solch übertriebener Hast begraben hatte.

Dämpfte schon der kanadisch-amerikanische Vertrag den Mut der Tarifreformer, so löschte die Tagesordnung zur nächsten „Imperial Conference“, die soeben veröffentlicht worden ist, das letzte Fünkchen Hoffnung aus. Die Konferenz der Regierungshäupter des Mutterlandes und der Kolonien wird am 22. Mai dieses Jahres zusammentreten. Groß waren die Hoffnungen, die die Konservativen darauf setzten; galten doch die riesigen Anstrengungen bei den beiden letzten Wahlen vornehmlich dem Zweck, aus Kader zu kommen, um bei der kommenden Reichskonferenz einen entscheidenden Einfluß auf die Kolonien ausüben zu können. Die Konferenz soll eine große Etappe auf dem Wege zum Zollverein, vielleicht auch das Ziel selbst bringen. Die veröffentlichte Tagesordnung beweist nun, daß die Kolonien den Chamberlain'schen Ideen höchst gleichgültig gegenüberstehen; ja, Südafrika begehrt sogar, die schon bestehenden Anträge zu einem Zollverein fallen zu lassen. Vor allem aber ist bemerkenswert, daß Kanada überhaupt keine Vorschläge macht, sondern sich nur bereit erklärt, die Tagesordnung mit zu diskutieren. Das ist eine bittere Bille für die schützjöllnerischen Imperialisten.

Ueberhaupt ist das Bemerkenswerteste an der Tagesordnung der Reichskonferenz, was nicht darauf steht. Aus der zugleich veröffentlichten Korrespondenz des Mutterlandes mit den Kolonien geht hervor, daß Südafrika zuerst beabsichtigte, die Frage des Fallens der Vorzugszölle für englische Waren aufs Tapet zu bringen. Am 20. Januar telegraphierte die südafrikanische Regierung nach London, daß sie auf der Konferenz den Vorschlag diskutiert wissen möchte, „das System der Vorzugszölle, die gegenwärtig Großbritannien von den überseeischen Besitzungen gewährt werden, durch ein System der Geld- oder Dienstleistungen an die Reichssee- und lokale Verteidigung zu ersetzen“. Aber am 10. Februar wurde dieser Vorschlag zurückgezogen. Zweifels- ohne hatte sich General Botha die Sache noch einmal überlegt und herausgefunden, daß er durch die gewünschte Beratung die konservative Partei in Großbritannien, deren Freundschaft das innerlich noch nicht genügend gefestigte Südafrika sich nicht verschmerzen darf, in eine entsetzlich schwierige Lage bringen würde. Die Diskussion der Frage hätte mit einem Schläge die ganze Hohlheit der patriotischen Phrasen aufgedeckt, mit denen die Tarifreformer für ihre Idee hausieren gehen. Denn vor die Wahl gestellt, das patriotische Angebot der Südafrikaner, direkt zur Landesverteidigung beizutragen und damit dem ganzen Reiche zu dienen, oder die Vorzugszölle, die nur einigen Händlern und Fabrikanten Großbritanniens zugute kommen, bestehen zu lassen, hätten die Tarifreformer sicher das letzte gewählt. General Botha erklärt zwar, er werde die Angelegenheit auf der Konferenz dennoch zur Sprache bringen. Dies soll jedoch wohl nur den Rückzug markieren.

Die Idee des allbritischen Zollvereins ist tot. Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, daß die Sehnsucht der Kolonien nach einer Umwälzung der handelspolitischen Beziehungen zum Mutterland, wie man schon lange vermutete, nur in der Phantasie der englischen Tarifreformer bestand. Welches Interesse sollten auch die großen Tochterstaaten, die hauptsächlich Nahrungsmittel produzierende Länder sind, daran haben, sich den Zugang zu dem freien englischen Markt zu erschweren? Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, daß das Gebilde der englischen Tarifreformer nicht lebensfähig ist. Nehmen wir an, der Zollverein sei zu Stande gekommen. Wer hätte dann zum Beispiel die Vereinigten Staaten daran hindern können, dem kanadischen Weizen die Tore zu öffnen und damit das ganze Gebäude zu Fall zu bringen? — Wahrscheinlich werden jetzt die schützjöllnerischen Großbritanniens versuchen, die Lebensmittelszölle ganz fallen zu lassen, um bei den Industriearbeitern Gehör zu finden. Aber damit laufen sie wiederum Gefahr, die Landbevölkerung Englands, die heute die große Masse ihrer Arme stellt, zu verlieren. Heute rot, morgen tot! Die schützjöllnerische Bewegung Großbritanniens, die gestern noch so hoffnungsfreudig in die Welt blickte, ist heute nur noch ein verwirrtes Heer, das aus seinen sichersten Positionen hinausmanöviert worden ist.

## Neue Kämpfe auf Ponape.

Die Strafexpedition gegen die ausländischen Eingeborenen auf Ponape hat am 21. Januar und an den folgenden Tagen ihren Fortgang genommen. Es ist dabei zu blutigem Kämpfen gekommen, bei denen das Expeditionskorps 6 Tote und 5 Schwerverwundete zählte. Zwei Mann wurden leicht verwundet. Unter den Gefallenen befinden sich drei schwarze Soldaten, ferner der Leutnant zur See Erhard, der Obermatrose Kneidl und der Obersignalgast Gänther. Die Obermatrosen Pimpery, Karl Meher und Agathon wurden schwer verwundet. Obermatrose Geißler und Bootmannsmaat Nieder kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Eingeborenen sollen vier Tote verloren haben. Ueber die Gesechte wird gemeldet:

Am 24. Januar und an den folgenden Tagen wurde die auf der Dickschiff-Spize befindliche Besatzung durch Schiffe aus dem Busch beunruhigt. Hierbei wurde Obersignalgast Gänther von der „Emden“ schwer verwundet (Oberarm und Unterarm); am 27. Januar erlag er seinen Wunden. Durch Niederhaken und Niederbrennen des Busches und Räumung der Farmen wurde Wiederholungen vorgebeugt. Die Besatzung der Dickschiffspitze der Insel bestand aus zwei Offizieren, einem Dekoffizier, 38 Mann, auf der unteren Insel einem Offizier, einem Fähnrich, 34 Mann.

Am 26. Januar wurde der Feind bei Konfioy in starker Stellung auf einem 300 Meter hohen Felsenabhang angetroffen. Er hatte auf einem schwalbennestartig gesonnten Bergvorsprung ein Steinhäus und Steinmauern mit Schießscharten errichtet, die gute Dedung boten. Nach hinten war diese Stellung durch eine 100 Meter hohe Felswand gedeckt. Ein Kamweg führte zu einer Planie der feindlichen Stellung eben unterhalb der Mauer. Die Landungskorps von „Kärnberg“ und „Cormoran“ mit 60 Schwarzen umflessten im vollen Wirkungsbereich des feindlichen Feuers den unteren Berg, um die Flucht des Feindes zu verhindern. Den Fregattenkapitän Täger liess sich mit dem Landungskorps von „Emden“ und 85 Schwarzen den Feind auf dem Kamweg angreifen. Die Stellung des Gegners wurde gestürmt. Der Feind floh auf den steilen Berggipfel und zerstreute sich. Eine Verfolgung war wegen einbrechender Dunkelheit und Terrain-schwierigkeiten unmöglich.

Nach weiteren Meldungen wurden im Februar zahlreiche Streifexpeditionen unternommen, durch die die Aufständischen völlig zerprengt und zum größten Teil zur Ergebung veranlaßt wurden. Am 6. und 7. Februar stellten sich 28 Mann mit 13 Frauen und 8 Kindern, am 10. und 11. Februar weitere 7 Mann, und am 12. und 14. Februar endlich wurden 10 Mann zu Gefangenen gemacht. Im ganzen sollen nur noch 12 bis 14 Zerprengte vorhanden sein, so daß die Beendigung der Expedition bevorsteht.

Bekanntlich wurde der Aufstand durch übermäßige Zornbarkeit und allzu große Strenge in der Behandlung der Eingeborenen heraufbeschworen. Die Folge dieses allzu schneidigen Vorgehens war nicht nur die Ermordung mehrerer Beamter, sondern auch ein regelrechter Feldzug, bei dem außer den schwarzen Polizeisoldaten drei Mann der Expeditionstruppen getötet und eine Anzahl anderer verwundet wurden. So werden sich die Kosten für diese Strafexpedition einschließlich der Pension für die gefallenen Beamten und Mannschaften, sowie für die invaliden Mannschaften auf einen höheren Betrag belaufen, als die ganze Insel Ponape überhaupt wert ist!

## Die Bevölkerungs-Vermehrung des Deutschen Reiches.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ist die Bevölkerung des Deutschen Reiches seit der letzten Zählung 1905 von 60 841 278 auf 64 957 910 gestiegen. Die Zunahme beträgt somit 4 116 632 oder 7,2 Proz. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt sich die Bevölkerung und deren Zunahme wie folgt:

	1905	1910	Zunahme	
			absolut	in Proz.
Preußen . . . . .	37 278 820	40 157 578	2 884 038	7,6
Bayern . . . . .	6 524 872	6 876 496	352 124	5,5
Sachsen . . . . .	4 508 601	4 870 000	361 000	8,0
Württemberg . . . . .	2 302 017	2 435 000	133 000	5,7
Baden . . . . .	2 010 728	2 140 605	129 877	6,4
Schlesien-Schleswig . . . . .	1 814 568	1 871 706	57 138	3,1
Hessen . . . . .	1 209 175	1 282 109	72 934	5,7
Hamburg . . . . .	875 050	1 015 700	140 610	16,1
Mecklenburg-Schwern . . . . .	625 045	639 879	14 834	2,4
Braunschweig . . . . .	485 655	494 357	8 702	1,8
Oldenburg . . . . .	458 956	482 408	23 452	5,1
Sachsen-Weimar . . . . .	387 892	417 100	29 208	7,5
Anhalt . . . . .	328 029	331 047	3 018	0,9
Bremen . . . . .	263 440	299 234	35 794	13,6
Sachsen-Meinungen . . . . .	268 916	278 792	9 876	3,6
Sachsen-Koburg-Gotha . . . . .	242 482	257 208	14 726	6,1
Sachsen-Altenburg . . . . .	206 508	216 318	9 810	4,7
Neuch. Linie . . . . .	144 584	152 768	8 184	5,6
Elbe-Deumold . . . . .	145 000	150 749	5 749	3,9
Lübeck . . . . .	105 857	113 700	7 843	7,4
Mecklenburg-Strelitz . . . . .	103 251	103 800	549	0,5
Schwarzb.-Rudolstadt . . . . .	96 830	100 712	3 882	4,0
Sonderhausen . . . . .	85 177	89 427	4 250	5,0
Neuch. a. Linie . . . . .	70 003	72 616	2 613	3,7
Waldeck . . . . .	59 185	61 728	2 543	4,3
Schaumburg-Lippe . . . . .	44 992	46 700	1 708	3,8

Das Resultat blieb demnach gegen die allgemeine Schätzung um 42 000 zurück, somit ist auch die jährliche Zunahme etwas geringer. Trotzdem hat sich die jährliche Zunahme, die in der Periode 1900/05 854 820 betrug, auf 803 307 erhöht, = 8 487 oder 0,9 Proz. mehr pro Jahr. Da die Geburtenziffer gegen früher zurückgegangen, erklärt sich die Vermehrung aus der Abnahme der Sterblichkeitsziffer. Politisch ergibt sich daraus eine größere Zunahme der Wähler und dürfte mit Hinzurechnung von 9—10 Monaten des Jahres 1911 die Zahl der Wahlberechtigten für die bevorstehende Reichstagswahl 14 400 000 betragen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar 1911.

### Friedensermahnungen des Reichskanzlers.

Der Zusammenstoß zwischen Nationalliberalen und Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus hat dem Reichskanzler seine schönsten taktischen Erwägungen und Hoffnungen zerstört. Ertrinkende greifen selbst nach einem Strohalm und so hatte bisher auch Herr von Bethmann Hollweg trotz aller gelegentlichen Reibereien zwischen den großen konservativen und nationalliberalen Strategen noch immer darauf gerechnet, daß sich bis zur nächsten Reichstagswahl die edlen Seelen zum gemeinsamen Kampf wieder zusammenfinden würden. In diese schöne stille Hoffnung stieß die gegenseitige Anrempelung im Abgeordnetenhaus ein respektables Loch. Doch der fünfte Kanzler des neuen Deutschen Reiches ist Optimist. Er vertraut der narbenheilende Wirkung der Zeit und eines guten Meisters und liebt deshalb in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ beiden Parteien eine Versöhnungsspitze, in der sie feierlichst ermahnt werden, sich doch zum Wohle des Vaterlandes die Hand zum Wunde zu reichen:

„Im preussischen Abgeordnetenhaus hat ein scharfer Waffengang zwischen Konservativen und Nationalliberalen stattgefunden, der vielfach als entscheidend für das Verhältnis zwischen den beiden Parteien behandelt wird. Der Zusammenstoß wird von der radikalen Presse mit tiefer Genugtuung besprochen. Sie geht dabei von der Ansicht aus, daß die Auseinandersetzung vom hergegangenen Dienstag mehr als ein isoliertes, aus augenblicklicher Streiklust erwachsenes Ereignis ist, und in der Tat mögen Reden im Lande, Kundgebungen in der Presse gerade in der letzten Zeit viel zur Verschärfung der Stimmung beigetragen haben. Hiernach ist es begreiflich, daß von der radikalen Presse mit wachsender Zuversicht die Prognose aufgestellt wird, daß die Reichstagswahlen eine geschlossene Front der Linken den Parteien der Rechten gegenüber sehen werden. Gleichwohl nehmen wir nicht an, daß eine solche Radikalisierung unserer Parteiverhältnisse von den Beteiligten beabsichtigt wird; denn weder die Konservativen noch die Nationalliberalen können erwarten, daß sie es sein werden, denen die Ernte aus dem so tief aufgerissenen Boden zuwächst.“

Die „Arenz-Ztg.“ will jedoch vorerst noch von Nachgiebigkeit nichts wissen. Da sie die amphibische Natur der Nationalliberalen genau kennt, weiß sie, wie viel diese an Kränkung vertragen können und fordert deshalb, daß die Nationalliberalen zunächst reuevoll ihr Unrecht bekennen und Herrn v. Heydebrand die bestiefelten Füße küssen:

„Die Abrechnung, die der Abg. Dr. v. Heydebrand als Führer der konservativen Partei am 14. Februar im Abgeordnetenhaus mit den Nationalliberalen gehalten hat, ist von den Konservativen im Lande mit großer Genugtuung aufgenommen worden. Unter unsern Parteigenossen ist wohl niemand, der die Notwendigkeit dieser scharfen Abgabe aufs tiefste beklagt, und am schwersten wird das entscheidende Wort wohl Herrn v. Heydebrand selber geworden sein, der noch am 23. November v. J. in Herford mit großer Objektivität die Existenzberechtigung der nationalliberalen Partei gegenüber den Ausdehnungsbestrebungen der Konservativen im Westen nachgewiesen hat. Unsere Parteileitung hat bis jetzt überhaupt immer noch an der Möglichkeit festgehalten, mit der Gefolgschaft Wassermanns einmal wieder zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Aber jeder Tag brachte neue Beweise, daß die Abkehr dieser ehemaligen Mittelpartei von ihren früheren Zielen entschieden ist, daß ihre Front ausschließlich nach rechts gerichtet hat, daß sie — um mit dem Abgeordneten Wassermann zu reden — eine Abwehrmehrheit von Wassermann bis Weßelschaffen, den „Tag von Philipp“ vorbereiten will. Diesen Kampf müssen wir endlich mit aller Entschiedenheit aufnehmen, auch wenn wir fest darauf vertrauen, daß in einer späteren Zukunft der Fanatismus der Nationalliberalen wieder der nüchternen Einsicht in die politischen Notwendigkeiten weichen wird, daß die Parteiverhältnisse sich danach wieder eintreten werden. Für die Zukunft ist es darauf in dessen nicht zu rechnen, und darum stimmen wir den Fremden unserer Zeitung zu, die uns in den letzten Tagen schrieben: „Die Rede des Herrn v. Heydebrand war sehr notwendig, wenn auch immer noch recht mild! Den nationalliberalen Führern mußte einmal gründlich die Maske vom Gesicht gerissen werden! Ueberall, wo sich die Nationalliberalen mit dem Verbündeten der Sozialdemokratie, dem Freisinn, zusammenschließen, sind sie auch Verbündete der Umsturzpartei und nicht nur in Baden! Das kann nur ein Heuchler oder ein Tor bestreiten und deshalb sollte man es ihnen immer wieder ins Gesicht sagen, bis die Wähler es auch einsehen!“



## Eisenbahnschmerzen.

Vor fast leerem Hause — die große Mehrzahl der preussischen „Volksvertreter“ war zur Blindparade abkommandiert — begann das Abgeordnetenhaus am Montag die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Die Debatte erstreckte sich vorläufig nur auf die finanztechnische und die wirtschaftliche Seite des Etats, die Bahnarbeiterfragen kommen erst später an die Reihe. Das finanzielle Ergebnis der Verwaltung ist vom Standpunkt der Uebersehbarkeit aus ein erfreuliches zu nennen: Der Uebersehbar beträgt 232 Millionen Mark, doch wird dies Geld nicht zur Ausgestaltung der Bahnen oder zur Verbesserung der Arbeiterlöhne und Beamteneinkünfte verwendet, sondern es fließt in die allgemeine Kasse, deren Rückgrat bekanntlich die Eisenbahneinnahmen bilden. Eine reinliche Scheidung zwischen dem Etat der Eisenbahnverwaltung und dem sonstigen Etat ist bei der Zusammenfassung des Hauses und dem Widerstreben der Verwaltung nicht zu erreichen und die Folge davon ist, daß jede großartige Reform im Eisenbahnwesen unterbleibt. Vor allem will man von einer Reform der Personentaxen nichts wissen. Das gilt so wohl für den Finanzminister als auch für den Eisenbahnminister. Herr Lenke unterscheidet sich in diesem Punkte durchaus nicht von seinen Vorgängern, den Miquel und Rheinboven. Auch für ihn gilt in allererster Linie der Grundsatz, daß die Eisenbahnen zunächst erziehbare Einnahmequellen für den Staat und erst in zweiter Linie Verkehrsanstalten sind.

Am Dienstag wird der Eisenbahnetat weiter beraten.

## Hessische Finanzen.

Am nächsten Mittwoch tritt der hessische Landtag wieder zusammen. Er hat für Hessen bedeutungsvolle Aufgaben zu erfüllen. Zunächst hat er endgültig das Wahlreformgesetz zu erledigen. Die Herrenkammer hat die reaktionäre Vorlage, die die bisherigen politischen Rechte des arbeitenden Volkes in Hessen erheblich verschlechtert, das Pluralwahlrecht einführt, den mindestens einjährigen Besitz der Staatsangehörigkeit (neben dem dreijährigen Wohnsitz) vom Wähler fordert und die Steuerbefreiungsklauseln verschärft, noch mehr verhängt. Und bei der Zusammenlegung der Zweiten Kammer ist leider mit der Annahme der Vorlage zu rechnen.

Wiel mehr Sorgen wird den Herren die Gestaltung des Staatsbudgets für 1911 machen. Während im letzten Etatsjahre trotz der Verwendung fast des ganzen vorhandenen Ausgleichsfonds noch eine 15 prozentige Steuererhöhung notwendig war, um den Etat balancieren zu können, kommt der neue Finanzminister nicht nur ohne weitere Steuererhöhung aus, trotzdem er verstärkte Schuldenentlastung vorschlägt, er will auch noch einen Einnahmehüberschuß von 1.810.000 M. zur Wiederauffüllung des schwindenden Ausgleichsfonds erzielen. In Wahrheit ist das freilich eitel Spiegelglanz, der neue Finanzminister kann so wenig wie der alte aus dem, was gar nicht vorhanden ist, häßliche Sachen schaffen. Während die Staatskassendebits von Jahr zu Jahr um mindestens 5 Millionen Mark wächst — Hessen ist längst der meist verschuldete der deutschen Bundesstaaten —, leiden die wichtigsten Aufgaben des Staates bittere Not. Zu den dringendsten Verpflichtungen des hessischen Staates gehört seit langem eine Reform der Beamtenbesoldungen. Mit doch in Hessen noch die Befoldungsordnung vom Jahre 1898, die natürlich die mittlerweile eingetretene gewaltige Verteuerung der Lebensbedürfnisse ganz unerschwinglich läßt. Eine auch nur 10 Prozent betragende Erhöhung der Befoldung der Beamten und Anwärter mit einem Gehalt bis 2000 M. würde eine halbe Million Mark Mehrausgaben jährlich verursachen.

Das hessische Finanzelend hat seine Ursache allein in der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Nach der Auslieferung der hessischen Bahnen an Preußen wurden für die Berechnung des an Hessen fallenden Ertragsanteils die Ziffern zugrunde gelegt, die sich aus der künstlich niedergehaltenen Frequenz der vorhergegangenen Jahre ergaben. So wurde Hessen um jährlich 6-7 Millionen Mark geschädigt. Auf der anderen Seite aber hat Hessen alle durch den nunmehr nach dem „Freiendenschluß“ ganz bedeutend erhöhten Verkehr erforderlich werdenden Aufwendungen allein zu tragen und hat in den letzten 13 Jahren deshalb seine Eisenbahnschuld um jährlich durchschnittlich 10 Millionen Mark vermehren müssen, ohne davon auch nur einen Pfennig amortisieren zu können. So gibt das kleine Hessen das Kapital her, während sich Preußen daraus die Rente zu Gemüte führt.

Eine Milderung dieser Hessen finanziell ruinierenden Verhältnisse kann nur eine Revision des preussisch-hessischen Eisenbahnvertrages bringen. Dazu hat aber weder die hessische Regierung, die immer mehr verpreußt, noch die liberal-nationalliberal-antisemitische Landtagsmehrheit, die ebenfalls aus Angst vor der Sozialdemokratie sich immer mehr der preussischen Reaktion in die Arme wirft, das Zeug. An Gelegenheit zum erfolgreichen Widerstand hätte es gewiß nicht gefehlt, hat doch längst erst die Frage der Schiffahrtsabgaben Hessen eine günstige, leider verpaßte Gelegenheit, sich Preußen un bequem zu machen, geboten. Und so wird auch der nun zusammen tretende Landtag nicht den einzig möglichen Weg der Rettung Hessens einschlagen, sondern fortwährend und zu verurteilen suchen, bis das Ende, der finanzielle Zusammenbruch Hessens, gekommen ist.

## Schwarzblaue Verbrüderung.

Im Wahlkreis Sandeshut-Jauer, den der fortschrittliche Abg. Büchtemann im Reichstage vertritt, hat das Zentrum für die kommende Wahl auf eine eigene Kandidatur verzichtet und will sofort im ersten Wahlgang für den konservativen eintreten. Bei der Erstwahl im Juni 1910 wurden 6483 sozialdemokratische, 6429 freisinnige, 3879 konservative und 3923 Zentrumstimmen abgegeben. Der fortschrittliche Kandidat würde also voraussichtlich nicht mehr in die Stichwahl kommen, vielmehr wäre die engere Entscheidung zwischen dem sozialdemokratischen und dem konservativen Kandidaten zu treffen.

## Zur Charakteristik von Polizeizeugen.

In der dieser Tage gegen Frau v. Gerlach verhandelten Anklage war der Hauptzeuge der Anklage der Polizeileutnant Crüger l. Die Weiberkammer hat auf das Zeugnis dieses Polizeibeamten hin die Anklage zu einer nicht unerheblichen Geldstrafe verurteilt. Jetzt werden Umstände bekannt, die die Wahrheitsliebe des Polizeileutnants arg herabsetzen. Danach schwebte gegen den Leutnant Crüger seit Monaten ein Disziplinarverfahren, das zunächst Suspendierung vom Amt und schließlich Amtsentsetzung zur Folge hatte. Der Grund dieser Maßnahmen soll darin liegen, daß Crüger l. seinen Vorgesetzten über seine Vermögensverhältnisse unwahre Angaben gemacht und somit dieselben belogen hat. Als er vor zwei Jahren das Revier in der Prenzlauer Straße übernehmen sollte, gab er der Behörde, dem Polizeimajor Feist, die dienstliche Erklärung ab, daß er keinerlei Schulden habe. Ende vorigen Jahres stellte es sich aber heraus, daß diese Erklärung den Tatsachen nicht entsprach. Es wurde daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, das zur Amtsentsetzung Crügers führte.

Was das Zeugnis eines solchen Mannes wert ist, bedarf keiner Worte. Aber noch immer genügt vielen Richtern die Aussage eines Polizeizeugen, um zur Verurteilung eines Angeklagten zu führen, wenn auch mehrere Zeugen gegen- teilig aussagen.

## Gegen die Pest.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Ministers Delbrück als Vertreters des Reichslanzers:

Zur Verhütung der Einschleppung der Pest bestimmte ich unter Hinweis auf die Vorschriften des Bundesrats über die gesundheitliche Behandlung der Schiffe in den deutschen Häfen vom 20. August 1907 (Reichsgesetzblatt S. 563) auf Grund des § 25 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt S. 806):

Alle aus chinesischen Häfen nach einem deutschen Hafen kommenden Schiffe und ihre Insassen sind bis auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen.

## Die Fleischnot in Baden.

Die badische Regierung hat die Anregung erhalten, beim Bundesrat vorstellig zu werden, damit er die Einfuhr des vorzüglichen Schlachtviehes aus Argentinien und Schweden nach Baden gestattet. Der Vorschlag rührt vom Stadtrat zu Karlsruhe her, der durch ein Gutachten der städtischen Schlachthofverwaltung zur Befürwortung dieses in der Schweiz sehr geschätzten Rindviehs gekommen ist. Es wird von der Karlsruher Schlachthofverwaltung berechnet, daß das Fleisch erster Qualität noch 10 bis 15 Pf. billiger zu stehen kommt, als das geringere Fleisch von einheimischem Vieh. Da die Stadt Karlsruhe im Herbst die Vergünstigung französischer Vieheinfuhr durchsetzte, so hofft sie auch auf einen Erfolg für die neueste Forderung.

Der Bericht der Karlsruher Schlachthofverwaltung weist darauf hin, daß die günstige Wirkung des Viehimports aus Frankreich auf die Preisreduktion des Fleisches ausbörte wegen der reich anwachsenden Viehpreise in Frankreich. Es werde der Karlsruher Fleischpreisrückgang vom Anfang Februar eine weitere in nächster Zeit folgen. Die Direktion empfiehlt, indem sie die Stationierung deutscher Tierärzte (z. B. eines badischen im Baseler Schlachthof) zur Verhütung des einzuführenden Auslandsviehes vorschlägt, folgende Maßnahmen:

1. Erleichterung der Vieheinfuhr aus Schweden und Dänemark durch Aufhebung der Quarantäne und Impfungsvorschriften;
2. Zulassung der Einfuhr argentinischen Schlachtviehes wie in der Schweiz;
3. Milderung der Fleischbeschauvorschriften für ausländisches Vieh;
4. Herabsetzung der Einfuhrzölle für Vieh und Fleisch.

## Zur Geschäftsführung des Ärzteverbandes.

Der Generalsekretär des Ärzteverbandes Dr. Kubus in Leipzig hatte gegen die Mitglieder des Vorstandes des Krankenkassenverbandes in Vohdorf Klage erhoben. Der Vorstand des Krankenkassenverbandes hatte behauptet, die Leitung des Ärzteverbandes kämpfe mit unläuterer Mitteln. Dieser Vorwurf gründete sich auf ein Telefongespräch, worin Dr. Kubus am 6. Januar v. J. bei den Vergleichsverhandlungen in Vohdorf einem der Vertreter der Angeklagten hatte, nur Scheinbar entgegenzukommen, später ließe sich die Sache nach Geschmack drehen. Man müsse mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen. Dieses Telefongespräch wurde von vier Zeugen bestätigt. Demgemäß hielt das Gericht den Wahrheitsbeweis für erbracht und sprach den Angeklagten frei.

## Oesterreich.

### Gegen die Fleischteuerung.

Das argentinische Fleisch findet allgemein solch gute Aufnahme, daß sich eine große Zahl österreichischer Städte zu einer Gesellschaft m. b. H. zusammenschlossen haben, um das Fleisch unter Ausschaltung des österreichischen Zwischenhandels einzuführen und zu verkaufen. Die Gesellschaft hat an die Regierung das Verlangen gerichtet, nicht mehr Schiffahrtsgesellschaften usw., sondern nur ihr die Einfuhrbewilligung zu erteilen.

## Portugal.

### Ausweisungen.

Lissabon, 10. Februar. Die früheren Minister José Aguiar und Joao Coutinho sowie der Journalist Alvaro Chagas sind aus politischen Gründen aus Portugal ausgewiesen worden. Die beiden Minister werden nach Brasilien und Chagas wird nach Frankreich gehen.

## Rußland.

### Der Kampf auf den Hochschulen.

Petersburg, 20. Februar. Laut Befehl des Handelsministers sind 54 Studenten des Petersburger Polytechnikums relegiert worden.

Infolge der Obstruktion der Studenten kam auch heute fast keine Vorlesung zustande, trotzdem die Hörsäle von der Polizei scharf bewacht waren. Auch in den höheren Frequenzkursen sind fast alle Vorlesungen unterbrochen.

Odessa, 20. Februar. Odessa muß 15.000 Rubel Steuer zahlen zur Erhaltung der Universitätspolizei. Die streikenden Studenten werden sehr streng behandelt, einige kamen ins Gefängnis auf drei Monate, andere wurden ausgewiesen. Die noch streikenden Studenten wurden sämtlich vom weiteren Besuch der Hochschule ausgeschlossen.

### Der Konflikt mit China.

Peking, 19. Februar. Die chinesische Regierung wird morgen formell die sechs Punkte der russischen Note beantworten. Wie verlautet, erkennt China die Klagen über die angebliche Beschränkung der russischen Tarifautonomie an der chinesischen Grenze nicht als berechtigt an. Das Recht der Extraterritorialität der russischen Untertanen in China gibt China zu, ebenso daß der russische Handel in der Mongolei keiner indirekten, sondern nur direkter Besteuerung unterliegen dürfe. Weiter räumt China der russischen Regierung das Recht ein, Konsulate in Koido, Hann und Oufschin einzurichten, sobald sie kommerziell gerechtfertigt seien, was jetzt noch nicht der Fall sei. Für unberechtigt erklärt wird die Klage über die Haltung der chinesischen Behörden gegenüber den russischen Konsuln und zugestanden endlich das Recht der russischen Untertanen, in den Städten der Mongolei, in denen die russische Regierung berechtigt ist, Konsulate zu errichten, Grundstücke zu erwerben und Bauten aufzuführen. Die Antwort schließt mit der Schilderung, daß China an den Grundfäden des Vertrages festhalten, aber einer Erweiterung nicht zustimmen werde. China werde eine verständliche Haltung bewahren und bedauere tief den Wandel in der russischen Politik, der nicht im Einklang stehe mit den bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Mächten, die eine Revision des unklaren Vertrages willkommen heißen sollten, insbesondere hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen, wie sie zum Beispiel der Bau der russischen Eisenbahnen und die Entdeckung auf anderen Gebieten seit 1891 mit sich gebracht hätten.

## Türkei.

### Die Bagdadbahn.

Konstantinopel, 20. Februar. Wie mitgeteilt wird, haben die Unterhandlungen wegen der Bagdadbahn offiziell

zwischen dem englischen Gesandten Löffler und Rifaat Pascha begonnen. Man glaubt, daß die Basis der Unterhandlungen die Internationalisierung des letzten Abschnittes der Bagdadbahn nach dem persischen Golfe sein wird.

## General-Verammlung des Bundes der Landwirte.

(Originalbericht des „Vormärts“.)

Berlin, den 20. Februar 1911.

Eine ungeheure Menschenmenge strömte heute mittag nach dem am Ende der Potsdamerstraße gelegenen Sportpalast. Viele Landwirte hatten ihre Gattinnen und Töchter mitgebracht. Die weiten Räume des Sportpalastes waren ziemlich gefüllt. Der vor Beginn der Versammlung verteilte Geschäftsbericht äußert sich ungemein zuversichtlich: „Der künstlich mit den bedenklichsten politischen Mitteln angefangene Sturm aus Anlaß der abgelehnten Erbschaftsteuer hat den Bund der Landwirte nur gefestigt. Ueber die Tätigkeit der Wahlabteilung ist insofern wenig zu sagen, als die Reichstagsverfassungen

unter dem Zeichen der mit ungemessenen Geldmitteln inszenierten liberalen Hege standen, deren Ergebnis mit wenig Ausnahmen lediglich zum Siege der Sozialdemokratie führte. Der Bund der Landwirte hat in 11 Reichstagswahlkreisen die Kandidaten unterstellt, doch ist es ihm bei der wüsten Hege nicht gelungen, einen dieser Kandidaten durchzubringen. In zwei Reichstagswahlkreisen (Ufedom-Wörlin und Friedberg-Übungen), in welchem der Bund der Landwirte mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl kam, haben die Liberalen beziehungsweise Freisinnigen den sozialdemokratischen Kandidaten unterstügt, so daß die Wahlkreise in die Hände der Sozialdemokraten fielen. Sodann hat der Bund bei den allgemeinen Landtagswahlen, vor allem in Sachsen-Altenburg eigene Kandidaten aufgestellt. Von 18 Kandidaten sind 14 gewählt worden, ein Resultat, welches trotz der Quereibereiten der Linkliberalen und trotz des Anwachsens der Sozialdemokratie ein sehr günstiges ist. Bei den Erbschaftswahlen zum Landtage hat der Bund in Weimar, Bayern, Meckl., Lippe-Detmold, Königreich Sachsen und Württemberg Kandidaten unterstügt, die zum größten Teile gewählt wurden. Im vorigen Jahre hat die Abteilung Organisation 10.840 Versammlungen vorbereitet, davon waren 980 Wahlversammlungen. Die Beamten der Abteilung Organisation, die in dauernder Verbindung mit den Landwirten stehen, haben am besten wahrnehmen können, wie rege und lebhaft die Landwirte durch die liberale Verheugungstätigkeit geworden sind und wie erheblich das Bedürfnis nach Aufklärung und Verständnis dadurch gewachsen ist und der Wunsch, selbstständig einzugreifen und teilzunehmen sowohl in den Abwehr- als in den Angriffskämpfen. Wir haben für die Wahlkämpfe unsere Kräfte also auch nach dieser Richtung hin geschärft. Die Mitgliederzahl des Bundes ist wiederum um viele Tausende gestiegen.“

Gegen 12<sup>1/2</sup> Uhr mittags eröffnete der Vorsitzende, Freiherr v. Wangenheim (M.-Spiegel) die Versammlung: Wenn noch immer ein Mangel an Fleisch und Vieh vorhanden sei, so sei das nicht Schuld der Landwirte, sondern der unzureichenden Einrichtung der Schlachthöfe und vieler gewissenloser Händler, die die Maul- und Klauenpest nach Deutschland einschleppen. Der Reichslanzler habe auf dem Festmahle des Landwirtschaftsrates der Landwirte gesagt: „Sie brauchen das Schaf, Sie sollen ihn haben“. Es sei nur zu wünschen, daß überall in Deutschland die Erkenntnis Platz greife, daß durch Oeffnung der Grenzen die Fleischalamität noch größer werden würde. Der Appell des Reichslanzlers, dem sich der Kaiser angeschlossen, die Viehhaltung in Deutschland zu vermehren, sei sehr dankbar aufgenommen worden. Es habe aber dieses Appells kaum bedurft. Die deutschen Landwirte seien sämtlich bemüht, ihren Viehbestand zu vermehren. Der Redner bezeichnete es im weiteren als notwendig, alle konfessionellen Streitigkeiten außer acht zu lassen und für einen wirtschaftlich starken Mittelstand in Stadt und Land zu sorgen, das sei die beste und sicherste Abwehr gegen die immer mehr ankommende rote Flut. Je mehr selbständige Existenzen, desto besser für Thron, Altar und das deutsche Volk, um so kräftiger könne die Umsturzpartei bekämpft werden. Der Redner schloß mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser und schlug die Abstimmung eines Ausdrucks- telegrams vor.

Wangenheim begrüßte hierauf zwei österreichische Reichsratsabgeordnete und den Ritter v. Hohenlohe, Vorsitzender des österreichischen Landwirtschaftsrates. Letzterer brachte Grüße von den „österreichischen Agrariern“.

Abg. Dr. Köpcke-Görddorf führte darauf näher aus: Die Wirkung der Reichsfinanzreform hat sich vollständig bewährt und das Verhalten des Bundes der Landwirte vollständig gerechtfertigt. Bei den Wahlen werde ein heftiger Kampf gegen die ganze Linke, auch gegen die Rationalliberalen,

geführt werden müssen. (Rufe: Sehr wahr!) Die Rationalliberalen nähern sich jetzt den Freisinnigen und schaffen Organisationen gegen den Bund der Landwirte. Der Redner erwähnte im weiteren, daß der Bund der Landwirte dem Bauernbund nur dankbar sein könne. Seit Begründung des Deutschen Bauernbundes habe der Bund der Landwirte ganz außerordentlich an Mitglieder zugenommen. Wir kämpfen durch die Wahrheit für die Wahrheit. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Diederich Hahn bemerkte darauf bei der Eröffnung des Geschäftsberichts: Die Mitgliederzahl des Bundes sei im letzten Jahre um 11.000 gestiegen. Es sei mitgeteilt worden, daß Landwirte bei Wertheim kaufen. Ich kann mir das nicht denken. Es ist Pflicht jeden Landwirtes, den Mittelstand, ganz besonders das Handwerk zu unterstützen und weder in Warenhäusern noch bei Hausierern zu kaufen. Der Redner empfahl alsdann ebenfalls, die Rationalliberalen zu bekämpfen, wenn sie nicht das Heidelberger Programm annehmen. Es sei eine Unwahrheit, daß, wie Paasche behauptet, er (Hahn) bemüht gewesen sei, den letzten Rationalliberalen aus Hannover zu vertreiben. Die Gelder des Bauernbundes seien zweifellos nicht von Landwirten gegeben. (Rufe: Von Juden!) Die Juden sind nicht so dumm, offen als Geldgeber des Bauernbundes aufzutreten. Es gibt ja Strohmänner genug. Es gibt keine jüdischen Landwirte. (Rufe: Weder!) Weder ist allerdings Jude, aber kein Agrarier. Der Bauernbund und der Hausfabrik kämpfen gemeinsam gegen den Bund der Landwirte und indirekt für die Sozialdemokratie. Wir sind die festesten Stützen des Staates. Wir haben alle Militär- und Flottenvotlagen sofort ohne Gegenleistung bewilligt. Und wenn unser Kaiser ruft, dann sind wir, die Mitglieder des Bundes der Landwirte, die ersten, die dem Rufe Folge leisten werden. (Stürmischer Beifall.) Geheimrat Paasche sagte am 12. Juni 1910 in Aresfeld: Wir werden bei den nächsten Wahlen genötigt sein, für die Sozialdemokraten zu stimmen. (Rufe: Hört! Hört!) Der rote Drucker, den die Linke austauschen will, wird zum Giftstich werden. Die Rationalliberalen werden ihr Programm ungeändert reformieren müssen, denn wenn selbst die Rationalliberalen mit den Sozialdemokraten zusammengehen, dann



ist es keinem Arbeitgeber mehr möglich, Herr im eigenen Hause zu sein. Ich hoffe, die Presse wird das zur öffentlichen Kenntnis bringen. (Selbst die rote Presse kommt diesem Wunsch des Oberarbeiters nach.) Das deutsche Volk kann vor der roten Flut nur dann gerettet werden, wenn es sich an die vaterländischen Parteien anschließt. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland. Die Versammelten sangen: „Deutschland, Deutschland über alles.“

#### Der Redner befürwortete die Annahme folgender Resolution.

Der Bund der Landwirte bedauert die Zerrissenheit des heutigen politischen Lebens in Deutschland; er bedauert insbesondere die Versuche, in die geschlossenen Reihen der Landwirte Zwiespalt zu tragen; er betont die Gefahr, daß die zersetzende Tätigkeit der Sozialdemokratie durch die heutige Agitation der liberalen Parteien an Umfang und Einfluß gewinnt.

Der Bund der Landwirte vertritt heute wie von jeher den Standpunkt, daß nur die gleichmäßige Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Interessen, sowohl der gewerblichen wie der landwirtschaftlichen, dem deutschen Volke eine ruhige und sichere Entwicklung gewährleisten kann.

Die Grundanschauungen, die der Bund der Landwirte am 9. November 1896 verfaßt hat, sind für ihn unverändert maßgebend. Wie er auf der einen Seite die einseitige Förderung der Interessen des mobilen Großkapitals verwirft und dessen unangemessene Nachbesserung durch den Staat ablehnt, so verwirft er auf der anderen Seite den Klassenkampf, der den Frieden des Volkes zerstört.

Entsprechend der Politik Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 erblickt er in dem Zusammenstoß der realen Kräfte des christlichen Volkslebens, in der organischen Ein- und Unterordnung der Interessen aller Stände und Berufe unter das Gesamtinteresse der Volksgemeinschaft, die wichtigste Aufgabe und sein notwendiges Ziel. Unser kaiserlicher Herr Wilhelm II. hat sich in seiner feierlichen Kundgebung in Marienburg zu diesem Grundgedanken der Politik seines untergegangenen Vorgängers erneut bekant, wenn er sagte:

„Der Landwirt schlage in die Hand des Kaufmanns ein, dieser in die Hand des Industriellen. Der Jugendbrüder einer Partei ergreife die Hand des Andersgeiminten, wenn es darauf ankommt, Großes für unser Vaterland zu leisten; und eine Konfession trage die andere mit Liebe.“

#### Das wissen wir unserem Kaiser Dank.

Herr Reichard hat mit seiner nationalen Wirtschaftspolitik den Weg dieses Ausganges mit glänzendem Erfolge beschritten. Ebenso wie die Bismarcksche Wirtschaftspolitik in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zum Schaden der Gesamtheit vom Grafen Caprivi durchbrochen wurde, so drohen unserer wirtschaftlichen Wohlfahrtspolitik für alle Stände bei den nächsten Wahlen erneut die schwersten Gefahren.

Seiner Pflicht entsprechend wird der Bund der Landwirte mit aller Kraft gegen jegliche Gefährdung des Bismarckschen Vermächtnisses kämpfen. Er erwartet hierbei die Unterstützung aller denen, die in der gerechten Wahrnehmung der Interessen aller Volks- und Erwerbskreise das Heil unseres Vaterlandes erblicken und die auch heute noch den Bismarckschen Grundgedanken als richtig anerkennen, daß in der gleichmäßigen Berücksichtigung von Landwirtschaft und Industrie, in der Förderung und Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes in Stadt und Land sowie in der dauernden Schaffung ausreichender und lohnender Arbeitsgelegenheit dieses Ziel gewährleistet wird.

Hierauf sprach Bezirksvorsitzender Herr Conrad-Breslau. Er suchte den Nachweis zu führen, daß der städtische und ländliche Mittelstand zusammenhängen und sich der deutsch-konfessionellen Partei anschließen müsse. Nur diese Partei könne den Mittelstand vor dem Untergang retten.

Inzwischen war folgendes Telegramm eingegangen: „Ich danke der Generalversammlung des Bundes der Landwirte für die mir gesandte Begrüßung und wünsche, daß die von mir im Deutschen Landwirtschaftsrat gegebene Anregung den deutschen Landwirten Nutzen bringen werde.“ (Stärklicher Beifall.) Der Vorsitzende brachte auf den Kaiser ein dreifaches Hoch aus. Die Versammelten hatten sich bei Verlesung des Telegramms erhoben und sangen „Heil Dir im Siegerkranz“.

Chefredakteur Dr. Dertel bemerkte: Der Sozialdemokrat Arthur Schulz habe nachgewiesen, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, das deutsche Volk noch auf Jahrzehnte zu ernähren. Der Reichsanwalt und der Kaiser haben sich dieser Ansicht angeschlossen, es gehe also vorwärts.

Mit stürmischem Beifall begrüßt, führte Abg. v. Oldenburg-Jamuschau aus: Es gibt zwei Sorten von Nationalliberalen. Mit der einen Sorte kann man noch halbwegs zusammengehen, nicht aber mit der zweiten Sorte; diese hat den

#### sozialdemokratischen Bazillus

im Leibe. (Große Heiterkeit.) Diese Leute können doch nicht etwa glauben, daß wir sie bei den Wahlen unterstützen werden, weil sie einmal nationalliberal gewesen sind. Das könnten wir nicht, selbst wenn wir wollten, denn die Wählermassen sind keine Maschinen, sondern Menschen mit einer lebendigen Seele. Wir müssen Klarheit schaffen. Wenn wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen, dann wird vielleicht so mancher Jahnenträger des Bundes auf der Straße gelächelt sein, der Bund wird aber nach wie vor stark und mutig dastehen. Schutz unserem Kaiser, dem deutschen Vaterlande, Schutz der nationalen Arbeit in Stadt und Land, das ist unsere Parole. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch einige Leute aus der Provinz gesprochen, beantragte Hofbesitzer Weidenhofer (Kammermühle, Hannover), zwecks Errichtung einer Kriegskasse für die Reichstagswahlen die Beiträge in diesem Jahre zu erhöhen.

Im weiteren Verlauf tadelte es Rittergutsbesitzer v. Sodelschwingh (Weßfalen), daß in Baden nicht nur die dortigen Nationalliberalen, sondern auch der Minister v. Bodman mit dem vaterlandlosen Sozialdemokraten kolettieren. Man könne sich abdam nicht wundern, daß bei der Beeridigung Singers 150 000 Menschen auf den Beinen waren. Ich appelliere an alle deutschdenkenden Männer, helfen Sie uns, die Macht des Judentums zu brechen. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag Weidenhofer und auch die Resolution Hahn gelangen darauf einstimmig zur Annahme.

## Aus der Partei.

### Aktion zum Wahlkampf!

Eine Vorstandskonferenz der dem Stettiner Gewerkschaftsrat angeschlossenen Organisationen beschloß, einen einmaligen Extrabeitrag von 50 Pfennig pro Mitglied zu erheben, um so die Kosten der Reichstagswahl für die beiden Stettiner Wahlkreise aufzubringen. Da 18 000 organisierte Arbeiter durch diesen Beschluß verpflichtet werden, so können 9000 Mark aufgebracht werden.

Auf Wunsch des Genossen Bebel teilen wir mit, daß er die nächsten Tage von Hause abwesend ist.

### Vom neuen badischen Parteiklass.

Genosse August Weichmann, zugeit Redakteur beim Karlsruher „Volkstribune“, ist mit der Leitung des neuen parteigenösslichen Preussenerboten betraut worden, das von einer Genossenschaft in Freiburg i. Br. ins Leben gerufen wird. Das neue Organ soll vom 1. Juli an täglich erscheinen; es ist für

das badische Oberland bestimmt, d. h. für die badischen Reichstagswahlkreise I bis 8 einschließend. Die Genossen in Pörrach beisehen ein zweimal in der Woche erscheinendes Blatt, das sie nicht eingehen lassen wollen; sie tragen sich mit dem Gedanken, ihr Organ für das Biesental öfter erscheinen zu lassen.

**Personalien.** Am 1. April wird Genosse Hans Bock aus der Redaktion des „Vorwärts“ austreten, um in die politische Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ einzutreten.

### Zwei Erfolge der serbischen Sozialdemokratie.

Belgrad, 18. Februar. (Fig. Ber.)

Die Sozialdemokratie in Serbien, der es während des Druckes der wirtschaftlichen und politischen Krise in den letzten zwei bis drei Jahren durch stramme Organisation und grenzenlose Opferwilligkeit der Genossen gelang, ihren Bestand zu behaupten, zeigt in letzter Zeit einen erfreulichen Aufschwung. Das Wachstum der politischen wie auch der gewerkschaftlichen Organisationen, die in Serbien in immigem ideellen und organisatorischen Zusammenhang stehen, übersteigt alle Erwartungen. Es gibt Gewerkschaften, die ihre Mitgliederzahl um 100 Proz., 200 Proz. und 300 Proz. vermehrt haben, und dieses Anwachsen der Arbeiterorganisationen ruft beim Unternehmertum bereits heftigen Widerstand hervor, der in der improvisierten Bildung von Unternehmervereinigungen und der noch bestehenden Ausperrung aller Belgrader Schneiderarbeiter seinen Ausdruck findet.

Die Parteiorganisationen, die in Serbien in allen Städten und Kleinstädten als Lokalorganisationen bestehen, halten Schritt mit den Gewerkschaften. Die Hauptstadt Belgrad hat zum Beispiel das erste Tausend politisch organisierter erreicht. Vor allem die sozialistische Bewegung unter der ausgepörrerten ländlichen Bevölkerung, die jetzt durchs Land geht, wird für die Aktion der Partei von größter Bedeutung sein, weil sie die herrschende radikale Partei an ihrer Kraftquelle auf dem Lande packt. Der schonungslose Kampf, den das Proletariat gegen dieses Regime der herrsch- und plünderungsjüchtigen Bourgeoisie führt, wird durch den Anschluß der Massen auf dem Lande eine kräftige Unterstützung bekommen.

Dieser allgemeine Aufmarsch der sozialistischen Kräfte hat zur Lösung zweier wichtiger Aufgaben der Partei geführt: Am 20. November vorigen Jahres wurde das sozialistische Volkshaus in Belgrad eröffnet, und soden ist das Parteiorgan, die „Arbeiterzeitung“, das bis jetzt dreimal wöchentlich herauskam, in ein Tagesblatt umgewandelt worden.

In dieser Woche feierte das Proletariat Serbiens den zehnjährigen Gründungstag seines Kampfblattes und bejubelte die große Bereitwilligkeit, für die bevorstehenden großen Kämpfe, in erster Linie um das allgemeine Wahlrecht und gegen den Militarismus und die unerträglichen Staatslasten, den tapferen Vorkämpfer und zehnjährigen Jubilär, weiter auszugestalten. Besser bewaffnet als bislang, mit erhöhter Jüchtigkeit tritt die serbische Sozialdemokratie in neue, immer heftiger und umfangreicher werdende Kämpfe für die Interessen des Proletariats und der breiten Schichten der unterdrückten Bevölkerung.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die Polizei am Grabe.

Beim Begräbnis eines Gewerkschaftsmitglieds in Köln kam es durch das Vorgehen der Polizeibeamten, die von roten Kränklichen Befehl für die Sicherheit des Staates befürchteten, zu höchst ärgerlichen Szenen. Schon auf dem Wege des Leichnages zum Friedhof verlangten Polizisten die Entfernung der Schleifen. Als das verweigert wurde, erschien auf dem eine Stunde abseits von Köln gelegenen Südfriedhof ein starkes Polizeiaufgebot mit dem Polizeikommissar und zwei Kommissaren. (1) Die Schleifen wurden darauf von den Beamten gewaltsam entfernt. Der amtierende Pfarrer verließ den Friedhof, ohne die Zeremonie zu beenden. Polizisten besetzten die Gruft, um Grabreden zu verhindern.

#### Eine ungeführte Streikbrecher-„Beleidigung“.

Im Stettiner „Volkstribune“ war im September d. J. während eines Streiks in einer dortigen Brennerei von einem streikbrechenden Schnapsfahrer behauptet worden, er habe mit einer Legitimationskarte des Brauereiarbeiterverbandes Schwindel getrieben. Wegen dieser Behauptung wurde Strafantrag gegen den „verantwortlichen“ Redakteur gestellt, ohne daß er darin namentlich angeführt wurde. Die Justiz nahm sich nun des Arbeitswilligen an und das mit solchem Eifer, daß sie den Genossen Sommer auf die Anklagebank lud, obgleich dieser nur für den politischen Teil des „Volkstribune“ verantwortlich zeichnete und also freigesprochen werden mußte. Damit aber die lädierte Ehre des Schnapsfahrers doch noch repariert würde, wurde nun auch ein Strafverfahren gegen den Genossen Weise eingeleitet, der in der fraglichen Nummer als verantwortlicher Redakteur für den lokalen Teil der Zeitung genannt war. Der aber konnte nachweisen, daß er zur Erscheinungszeit der Notiz in den Ferien war und mit der Herstellung der Zeitung nichts zu tun hatte. Der Verantwortlichkeitsvermerk war versehentlich nicht geändert worden. Der Amtsanwalt — der anscheinend für das „abgefürzte“ Verfahren schwärmt — beantragte 100 M. Geldstrafe, trotzdem in die Beweisaufnahme überhaupt nicht eingetreten war; das Gericht erkannte aber auf Freisprechung, indem es anerkannte, daß es nicht des Angeklagten, sondern des amtierenden Redakteurs Pflicht war, die notwendige Sanderung des Zeichnungsvermerks anzuordnen.

#### Aufgehobener Einhaltsbefehl.

Die Brauerei Hammer in Plauen i. V. hatte alle ihre organisierten Arbeiter auf das Straßensplaster geworfen; die Arbeiterchaft antwortete durch Versammlungsbeschlüsse mit dem Wohlloht der Brauerei. Die beherrschende Brauerei erwiderte darauf eine einstweilige Verfügung, wonach es dem Genossen Redakteur Breslauer vom Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“ und dem Gauleiter Stöcklein-Leipzig unter Strafandrohung von 1500 M. für jeden Einzelfall untersagt wurde, in Wort oder Schrift auf den Wohlloht hinzuweisen. Außerdem strengte die Brauerei eine Schadenersatzklage in Höhe von 10 000 M. an. Auf Berufung hin entschied das Gericht am 17. Februar: Der Einhaltsbefehl gegen Breslauer und Stöcklein wird aufgehoben, die Kosten fallen der Firma Hammer zur Last. — Auch der Schadenersatzanspruch Hammers dürfte durch dieses Urteil hinfällig geworden sein.

#### Ein ungeliebter Beamter.

Nach fünfjähriger Verhandlung vor dem Landesgericht in Göttingen wurde am Sonnabend der gottsche sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Denner wegen Betruges und Untreue zu 8 Monate Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre beantragt. Die Unterschlagungen sind während der Tätigkeit Denners als Vorsitzender der Ortskrankenkasse von Waltershausen geschehen. Es handelt sich um eine Summe von circa 1800 bis 1900 M. Wie weit die Veruntreuungen auf Geschäftsunkenntnis und auf Lotterei in der Buch- und Geschäftsführung, oder auf bewußtem Betrüge beruhen, läßt sich schwer feststellen.

Merseburg und Freienwalde. In der Sonntagnummer dauerten wir, nicht die Namen der Städte mitteilen zu können, in denen die tätigen Polizeibehörden sitzen, die Vorführung des Begräbnisses unseres Genossen Singer im Kinematographen verboten haben. Heute wird uns aus Freienwalde a. D. mitgeteilt, daß dort der staatsgefährliche Film nicht gezeigt werden darf. Dasselbe gilt für Merseburg. Wir hätten auf Schöppeinstedt geraten.

## Jugendbewegung.

### Die Antwort der Kölner „Aufgelösten“

gestaltete sich zu einer überraschend imposanten Demonstration. Trotzdem ganz Köln schon unter dem Zeichen des Karnevals steht und zur gleichen Stunde eine Theateraufführung für die freien Gewerkschaften stattfand, war der große Saal des Volkshauses schon lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Natürlich hatte auch die Polizei nicht unterlassen, durch Entsendung einer kleinen Schutzmacht die Wichtigkeit der Veranstaltung zu erhöhen. Genosse Sollmann, bei dessen Erscheinen schon die begeisterte Stimmung der etwa 1000 Jugendlichen durchbrach, begann mit einem Dank an den Kölner Polizeipräsidenten für die prachtvolle unerwartete Agitationsversammlung, die er der Kölner freien Jugend verschafft habe. Zugleich konnte der Referent mitteilen, daß das Vorgehen des Kölner Polizeichefs auch in Aachen, wo Sollmann am Vormittag gesprochen hatte, prächtig wirkte. Auch die Aachener liegen für die schöne gutbesuchte Agitationsversammlung, zu der ihnen die Kölner Polizei verholfen habe, danken. Genosse Sollmann zeretzte dann unter stürmischen Heiterkeitsausbrüchen und Beifallsstürmen das logisch unmögliche Vorgehen, einen nicht bestehenden Verein, eine „Bewegung“, aufzulösen zu wollen. Wiederholt entfuhr ihm die zuberstehende Stimmung der Versammlung in Kundgebungen, die minutenlang am Weiterreden hinderte. Der Referent erklärte, daß keine Nacht der Welt uns hindern könne, auf irgendwelche geistliche Weise das Werk der Jugendberziehung fortzusetzen. Schließlich schlug er eine Entschließung vor, die die Aufhebung der ungeschlichen und unmöglichen „Auflösungs“-Verfügung forderte. Die Entschließung gipfelte in dem Satz: Unser Programm bleibt trotz alledem: Schutz der Jugend vor geistiger, sittlicher und wirtschaftlicher Not. Unter nichtendwollendem Beifall schloß der Referent mit dem Appell Jürgen Brands an die Jugend:

Verlaßt die Fahne nicht ihr Jungen,  
Sie führt zum Siege, sie allein.  
Der Feind, ihr Brüder, wird bezwungen,  
Die Zukunft, sie wird unser sein. —

Die Frankfurter Jugendorganisation hat telegraphisch ihre Sympathie bekundet, mehrere rheinische Orte hatten jugendliche Vertreter entsendet. 80 neue Abonnenten für die „Arbeiterjugend“ waren das sofortige Ergebnis dieser Jugendversammlung, wie sie das schwarze Köln noch nie gesehen hat.

## Aus Industrie und Handel.

### Zusammenballung des Kapitals.

Die Banken wachsen sich immer mehr zu den Beherrschern des gesamten Wirtschaftslebens und speziell auch der Gütererzeugung aus. Die Fäden der Scharfmacher in der Großindustrie laufen in den Großbanken zusammen. Hier sitzen die eigentlichen Inspiratoren, von hier aus wird die Industriepolitik ganz hervorragend beeinflusst. Die zunehmende Macht der Großbanken veranschaulicht die folgende Aufstellung:

Kapitalbestand in Millionen Mark		
Anfang der	jetzt	
80er Jahre		
Deutsche Bank . . . . .	45	200
Disconto-Gesellschaft . . . . .	60	170
Dresdner Bank . . . . .	15	200
Hamburgische Bank . . . . .	60	160
Schaaffhausen'scher Bankverein . . . . .	36	145
Handels-Gesellschaft . . . . .	30	100
Kommerzbank . . . . .	40	85
Nationalbank . . . . .	24	80
Mitteldeutsche Kreditbank . . . . .	30	54
insgesamt . . . . .	340	1094

Die neun Banken haben demnach in dem angegebenen Zeitraum ihr Kapital um 754 Millionen Mark gleich 220 Proz. erhöht. Und nun setzt eine neue starke Kapitalvermehrung ein. Die Mitteldeutsche Privatbank in Magdeburg will um 10 Millionen Mark, die Mitteldeutsche Kreditbank um 6 Mill. Mark und die Nationalbank um 10 Millionen Mark hinaufgehen. Andere Banken werden folgen. So vollzieht sich mit großen Schritten die Konzentration des Kapitals.

### Steigerung der Kohlenförderung.

Aus dem der Reichsbahnverwaltung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes am Freitag erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen:

Der rechnermäßige Absatz betrug im Januar 1911 bei 25% (im gleichen Monat des Vorjahres 24%) Arbeitstagen 6 008 856 (Vorjahr 5 461 370) Tonnen oder arbeitstäglich 239 071 (Vorjahr 226 876) Tonnen.

Der Versand, einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Hüttenzwecke an die eigenen Hüttenwerke betrug in Kohlen bei 25% (Vorjahr 24%) Arbeitstagen 4 702 118 (Vorjahr 4 434 711) Tonnen oder arbeitstäglich 190 731 (Vorjahr 185 895) Tonnen; an Koks bei 31 (Vorjahr 31) Arbeitstagen 1 553 911 (Vorjahr 1 341 274) Tonnen oder arbeitstäglich 50 128 (Vorjahr 43 267) Tonnen; an Brei bei 25% (Vorjahr 24%) Arbeitstagen 315 867 (Vorjahr 257 397) Tonnen oder arbeitstäglich 12 572 (Vorjahr 10 689) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 305 973 (Vorjahr 6 834 903) Tonnen oder arbeitstäglich auf 294 367 (Vorjahr 268 316) Tonnen und im Dezember 1910 auf 7 418 681 oder arbeitstäglich auf 295 271 Tonnen.

Der im Januar erzielte Absatz hat das vormonatliche Ergebnis nicht ganz erreicht. Der Rückgang entfällt fast ausschließlich auf den Kohlenabsatz. Eine Verschlechterung der Marktlage ist indessen, abgesehen von dem Absatz für den Hausbrandbedarf, der infolge milder Witterung etwas nachgelassen hat, nicht bemerkbar geworden. Insbesondere ist der Absatz für den Verbrauch der Industrie ziemlich unverändert geblieben.

Der Absatz in Hochofenkoks hatte gegenüber dem Absatz im Dezember im wesentlichen durch das Aufhören der Aushilfslieferungen an die ostfranzösischen Hüttenwerke eine geringe Abschwächung erlitten, die jedoch durch gesteigerte Abrufe in den übrigen Koksarten ausgeglichen wurde, so daß der gesamte Absatz nahezu auf der vormonatlichen Höhe blieb.

Im Breiabsatz ist infolge größerer Ausfuhr gegenüber Dezember eine Zunahme zu verzeichnen.

In der Verbräufung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes wurde beschlossen, die Umlagen für das erste Vierteljahr 1911 für Kohlen auf 12 Prozent (bisher 10 Prozent), für Koks auf 7 Prozent (wie bisher) und für Brei auf 9 Prozent (wie bisher) festzusetzen.

**Ersten und Viehbestand.** Nach Mitteilung des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom erhöht sich die Schätzung der Weizenerte von Australien von 24 423 000 Doppelzentner im Vormonat auf 24 498 000 Doppelzentner, für Neuseeland von 1 905 000 Doppelzentner im Vormonat auf 1 984 000 Doppelzentner. Der Bericht besagt ferner, daß die Rindviehbestände im Laufe der letzten 10 Jahre in Europa um 5 Millionen, in Nordamerika um 27, in Südamerika um 12 1/2, und in Australien um 3 Millionen zugenommen haben; für Schafe zeigt sich eine Zunahme in Nordamerika von 15 1/2, in Südamerika von 3 1/2, in Australien von 24 und in Europa von 8 1/2 Millionen. Auf je 1000 Einwohner kamen Rindvieh in Europa 24 Stück, in Nordamerika 168, in Südamerika 199, in Australien 287; Schafe in Europa 78 Stück, in Nordamerika 80, in Südamerika 2600 und in Australien 2086; Schweine in Europa 1 Stück, in Nordamerika 45, in Südamerika 62 und in Australien 70 Stück.



Ein Zentrumsorgan gegen das Koalitionsrecht der Bergarbeiter.

Gegen das Streikrecht der Eisenbahner hat das Zentrum schon längst Sturm gelaufen. Im Interesse der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat es auch die Regierungen aufgefordert, den Eisenbahnern das Recht zu nehmen, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.

Der Appetit ist beim Essen gekommen! Jetzt geht man in christlich-zentrümlichen Kreisen daran; die Gesetzgebung aufzurufen gegen die freiorganisierten Arbeiter in der Privatindustrie.

Die Lohnbewegung der Bergleute im Ruhrbergbau hat ein vorläufiges Ende gefunden. Das erstellte aus einem Beschluss, den die betreffenden Bergarbeiterorganisationen fassen wollten.

Immer mehr entpuppt sich das Zentrum als eine Verrätersippchaft schlimmster Sorte. Ob solcher Darlegungen muß ja den Scharfmachern das Herz im Leibe lachen!

Nach der „Trierischen Landeszeitung“ hat das Verlangen nach gewerkschaftlicher Niederknüppelung der fordernden Bergarbeiter im Ruhrgebiet beim „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ in der letzten Lohnbewegung auch eine Rolle gespielt!

Interessant in der Notiz sind noch folgende Einverständnisse. Der Niesenstreik der Ruhrbergleute vom Jahre 1905 hat keinen Erfolg gezeigt.

Industrie liegen! Ganz recht, die mit dazu beitragen, auf Kosten der Allgemeinheit nicht nur die Taschen der Junker, sondern auch die der Großindustriellen zu füllen.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Berliner Straßenreinigung sind gezwungen, einen zähen Kampf um die Rechte ihres Arbeiterausschusses zu führen. Kürzlich wurde ein Mitglied des Arbeiterausschusses auf ein ruhig und sachlich vorgetragenes Anliegen vom Aufseher der 18. Abteilung mit beleidigenden Nebenarten, die gar nicht zur Sache gehörten, beschimpft.

Ohne den Arbeiterausschuss zu hören, wie es das Reglement vorschreibt, ist auch am 1. Januar einfach eine neue Dienstordnung dekretiert worden, welche eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Verschlechterung der Ueberstunden-Erschädigung enthält.

Die am 17. Februar 1911 im „Englischen Garten“ stattfindende stark besuchte Protestversammlung der Straßenreinigungsarbeiter nimmt empört Kenntnis davon, daß die neu eingeführte Dienstordnung noch immer nicht dem Arbeiterausschuss unterbreitet worden ist.

Die Versammelten beurteilen auf das schärfste die darin zum Ausdruck kommende selbstherrliche Handlungsweise der Verwaltung; sie erheben ganz entschiedenen Einspruch gegen die beliebige Nichtachtung des Arbeiterausschusses und erklären die mit einigen Mitgliedern des Ortsvereins stattgehabte Konferenz als absolut unverbindlich.

Die in der letzteren von Seiten der Direktion ausgesprochene Drohung, daß alle Arbeiter, welche die neue Dienstordnung nicht unterschreiben, entlassen werden, weisen die Versammelten zurück und stellen schon jetzt vor der Öffentlichkeit die Richtigkeit der folgermaßen von den Arbeitern erzwungenen Unterschriften fest.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister Steinberg, W. 57, Dammstraße, 9 im Keller, weigert sich, den mit der Innung vereinbarten Minimallohn zu bezahlen, und hat deshalb den Arbeiter entlassen.

Deutsches Reich.

In der chirurgischen Instrumentenfabrik von Hütel in Breslau haben alle organisierten Schlosser, Dreher, Hüter, Mechaniker usw. einmütig die Arbeit wegen schlechter Behandlung niedergelegt.

Die Fahrradarbeiter der Lindenthaler Metallwerke (Alreit) in Köln-Lindenthal streiken seit dem 15. Februar, an welchem Tage der bestehende Tarif abgelaufen war, in einer Tarifbewegung.

Zum Streik in den Kinderwagenfabriken in Zeitz. Am Sonnabend ist mit zwei weiteren Firmen Frieden geschlossen worden. Circa 350 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten zu den neuen Bedingungen.

Ausland.

Auf der Schiffswerft in Linz an der Donau sind infolge der Verweigerung einer Lohnserhöhung ernste Differenzen ausgebrochen, so daß am Montag, den 20. Februar, der ganze Betrieb, 400 Mann, in den Streik tritt.

Versammlungen.

Die wirtschaftliche Lage der Café-Angestellten. So lautet das Thema einer Versammlung der in den Caféhäusern beschäftigten Angestellten, die am 20. d. M. morgens 6 Uhr in den „Germania-Sälen“, Chausseestraße, tagte.

liche Befestigung des Teinigeselbes diesen Zuständen ein Ende bereiten kann. Sie ist sich aber bewußt, daß die gegenwärtig vorhandenen Kräfte der Organisation nicht ausreichen, um die Zahlung eines angemessenen Lohnes zu erzwingen.

Es muß daher zunächst von den gesetzgebenden Körperschaften gefordert werden, daß die Heranziehung von Arbeitern und Angestellten zu den Geschäftskosten in jeglicher Form (Prozente, Druck, Bezahlung von Hilfskräften, Geschäftsutensilien usw.) verboten wird.

Das Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist die Organisation; jeder Berufsangehörige hat daher die Pflicht, dieser beizutreten.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Mitglieder der Sektion V, die Industriearbeiter, hielten am Sonntagmorgen im Lokal von Vallschmieder, Badstraße, eine starkbesuchte Versammlung ab.

Table with 2 columns: Category and Amount. Items include Krankenunterstützung, Streikunterstützung, Gemahregeltenunterstützung, etc.

Insgesamt wurden ausgegeben 343 430,26 M.

Fromke wies außerdem noch auf die Notwendigkeit einer weitverbreiteten Agitation hin, die große Mittel erfordere. Die erweiterte Ortsverwaltung und die Sektionsleitung haben sich nach genauer Erwägung der Sachlage für die Erhöhung der Beiträge ausgesprochen.

In der Diskussion zeigte sich manche Unzufriedenheit über eine eventuelle Erhöhung der Beiträge; man führte an, daß die Lage der Hilfsarbeiter in der Industrie sehr gedrückt und ihr Lohn sehr schlecht sei.

Letzte Nachrichten.

Passive Resistenz in Oesterreich.

Triest, 20. Februar. (M. L. B.) Der Personenverkehr müßte sich auf der Staatsbahn normal ab, auch wurden heute sämtliche Güterzüge, obwohl mit einigen Stunden Verspätung, abgelassen.

Das deutsch-englische Wettrüsten.

London, 20. Februar. (M. L. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Whles, ob Mr. Kenna den Marinerebatten im Deutschen Reichstag und insbesondere den Versicherungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts v. Tirpitz, der jeden Gedanken an eine Suprematie oder an eine aggressive Absicht und jede feindselige Gesinnung gegen England in Abrede stelle, ernste Berücksichtigung angedeihen lasse.

Opfer der Arbeit.

Heidelberg, 20. Februar. (M. L. B.) In der Tuchfabrik im Oberrand wurden zwei Arbeiter bei Reparaturarbeiten am Webstuhl vom Schwungrad erfasst und schrecklich zugerichtet.

Großfeuer in Szegedin (Ungarn).

Szegedin, 20. Februar. (M. L. B.) Gestern Abend brach in den Lagerhäusern der Staatsbahn Großfeuer aus, das die Büroräume einäscherte.

Belagerungszustand in Haiti.

New York, 20. Februar. (M. L. B.) Aus Cap Haiti wird gemeldet, daß die Bezirke von Trou und Guanaminth in den Belagerungszustand versetzt worden sind.

New York, 20. Februar. (M. L. B.) Nach einem Telegramm aus Cap Haiti verloren die Offiziere der Regierungstruppen nach Einnahme der Stadt Guanaminth die Herrschaft über die Truppen; die Stadt wurde ausgeraubt und in Brand gesteckt.



Der Zentralwahlverein für Cello-Geeskow

Hielt seine Generalversammlung am Sonntag im „Volkshaus“ zu Charlottenburg ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Paul Hirsch des schmerzlichen Verlustes, den die Partei durch den Tod des Genossen Singer erlitten hat. — Stehend hörten die Versammelten den Nachruf an. — Hierauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein. Groger erstattete den

Bericht des Vorstandes.

Der Redner sagte unter anderem: Wir können die erfreuliche Mitteilung machen, daß im abgelaufenen Halbjahr die Zahl der Mitglieder von 28 504 auf 28 817 gestiegen ist. Das bedeutet eine Zunahme von 213 Mitgliedern. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 3890 auf 4558 gewachsen, hat sich also um 668 vermehrt. Der größte Teil dieses Zuwachses kommt auf Nordorf, wo sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 362 vermehrt hat. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken ergibt, daß der Verein 24 172 Mitglieder hat, die ihre Beiträge voll bezahlt haben. So günstig auch der Fortschritt in den Mitgliederzahlen ist, so muß doch gesagt werden, daß sie nicht Schritt gehalten haben mit der riesigen Vermehrung der Einwohnerzahl des Kreises. Wir wünschen natürlich eine weitere Vermehrung unserer Mitglieder und halten es für die Pflicht jedes Parteigenossen, in diesem Sinne für die Parteiorganisation zu arbeiten. Hieran aber mangelt es an manchen Orten. Die Genossen arbeiten nicht immer so rego, wie es im Interesse der Partei erwartet werden muß. — Die Geschäfte des Vorstandes wurden in zwölf engeren und vier erweiterten Sitzungen erledigt. — Die wichtigste Aufgabe der Organisation, die Agitation im Kreise, wird durch verschiedene Umstände außerordentlich erschwert. In den ländlichen Orten leidet unsere Agitation unter dem Mangel an Versammlungsorten. Die Behörden tun alles, um uns durch Beeinflussung der Wirte die Lokale abzutreiben. Wir haben ja in vielen Orten Grundstücke zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel. Aber immer, wenn wir die Genehmigung zu solchen Versammlungen nachsuchen, wird sie vom Amtsvorsteher verweigert, und zwar aus Gründen, die dem Gesetz durchaus nicht entsprechen. Die Landräte stimmen den Amtsvorstehern in solchen Fällen stets zu. Bei den höheren Instanzen haben wir zwar fast immer recht bekommen, aber natürlich mit großer Verzögerung. Einige Klagen über ungerechtfertigte Veragung von Versammlungen unter freiem Himmel schweben beim Oberverwaltungsgericht. Durch das bezeichnete Vorgehen von Amtsvorstehern und Landräten wird unsere Agitation wohl erschwert, aber wenn wir die Abhaltung einer Versammlung schließlich durchgesetzt hatten, so war sie immer sehr gut besucht, weil die Bevölkerung durch die Verbote erst recht auf uns und unsere Bestrebungen aufmerksam gemacht worden war. So hatten wir Erfolge in manchen Orten, wo früher die Abhaltung einer Versammlung nicht möglich war. Natürlich waren in solchen Fällen die Mitgliederzahlen, Redner, Pastoren und sonstige Staatsbediensteten gegen uns aufgetreten. Wir wackelten aber nicht unsere Erfolge zu beeinträchtigen. Was das geigt, mit welchen Schwierigkeiten unsere Agitation in den ländlichen Bezirken zu kämpfen hat. — Bedauerlich ist, daß Wahlvereine in einzelnen Orten, wo wir einen guten Stamm von Mitgliedern hatten, eingegangen sind und es uns nicht gelungen ist, diese Vereine wieder zum Leben zu erwecken. Hoffentlich wird es den Parteigenossen gelingen, uns in den betreffenden Orten wieder festen Boden zu schaffen. — Im allgemeinen kann gesagt werden, daß wir auf allen Gebieten vorwärts gekommen sind. Wir haben im Kreise 283 050 Flugblätter verbreitet, außer denen, die in einzelnen Orten besonders verbreitet worden sind. Auch diese haben eine große Zahl erreicht.

Stadtverordnetenwahlen hatten wir in mehreren Orten zu bestehen. In Nordorf behaupteten wir unseren Besitzstand in der dritten Abteilung mit einer erhöhten Stimmzahl. Daß wir unsere zwei Mandate der zweiten Abteilung verloren haben, wird niemanden wundern, der das Treiben der bürgerlichen Parteien gegen uns beobachtet hat. Wir erwarten jedoch, daß unsere Anfechtung der Wahl Erfolg haben wird und wir unsere Mandate zurückerobert werden. — In Wilmerdorf gelang es uns nach langen schweren Kämpfen, zwei Genossen in das Stadtparlament zu senden. — In Charlottenburg haben wir ein Mandat gewonnen und eins verloren. Ebenso ist es in Schöneberg. — Im allgemeinen werden die Gemeindevorstandskämpfe jetzt viel lebhafter und durch das Auftreten unserer Gegner mit viel größerer Heftigkeit geführt, als es früher der Fall war. Das lehrt uns, daß wir bei den Gemeindevorständen alle Kräfte einsetzen müssen, um unseren Besitzstand zu erhalten und zu erweitern. In fast allen Orten des Kreises macht sich das Bedürfnis nach geistiger Weiterbildung der Wahlvereinsmitglieder geltend.

Kleines feuilleton.

Musik.

„Das Pensionat von Sorrenti“, das am Sonnabend in der Berliner Volksoper herauskam, ist in seinem Text eine hundertste Variation des alten Themas von dem Mädchenpensionat, in das verliebte Offiziere oder ähnliche Hauptbestandteile von Operetten usw. eindringen. Daß es diesmal in der Verkleidung eines Ministers und seines Sekretärs geschieht, und daß der Mädchenführer bei einer mit den Damen abgehaltenen Schmauserei ganz rabiat wird, so daß die tapferen Offiziere schließlich froh sein müssen, durch das Wohlwollen des Pensionatsrektors usw. gut rauszukommen: das tut nicht viel zur Sache. Wichtig ist, daß der Text von allem dramatischen Ehrgeiz absteht und vor den unglücklichsten Banalitäten u. dergl. nicht zurückbeugt. Weibchen hübsche Stimmungen mit ein bißchen Lyrik und neben leierhaften auch ein paar nette Verse.

Als Komponist und anscheinend zugleich Textautor wird uns G. Uffiglio vorgestellt. Der und bisher unbekannt italienische Komponist ist 1910 verstorben und gar nicht ins Ausland gekommen. So scheint die jegliche Erweckung seines Hauptwerkes, 20 Jahre nach der Florentiner Uraufführung, ein ganz entschieden verdienstliches Unternehmen zu sein.

Der „Die neugierigen Frauen“ von G. Wolf-Ferrari kennt, möge sich eine Linie gezogen denken von Wolf zurück etwa zu Donizetti: ungefähr die Mitte der Linie läßt sich durch Uffiglio bezeichnen. Er bietet uns vor allem die entzückende Grazie der anspruchlosen Einfachheit. Die alten Schätze der Nachahmung u. dergl. werden lebendig und erfreuen besonders in Duetten des Musikers Herz. Von einer besonders großen Eigenprache ist allerdings nichts zu merken; ebensowenig von einem dramatischen Atem. Dazu dann das, was man südeuropäische Anordnung nennen könnte: mit aller Gemütsruhe wird aus dem „musikalischen Lustspiel“ hinuntergesprungen in Operette und Pöbel, dann aus einem recht leeren Couplet wieder hinaufgesprungen in einen reichhaltigen Sologesang.

Die Volksoper besitzt für das Stück die richtigen Kräfte, könnte sie allerdings zu noch etwas flotterem Bühnenübermut führen. Julius Küniger bewährte sich in der Rolle des einen Offiziers ebensogut wie in jeder Rolle, die dieser tüchtige Künstler übernimmt. Lotte Cassel zeichnet sich in der jugendlichen Rosa Sacher-Friedel in der stillen Liebhaberrolle aus und ganz besonders hat sich Oskar Foerster als Pensionatsrektor hervorgetan.

Winterfest der Freien Volkstheater. Zu Kammermusik-Abenden weiß ich mir idealere, stimmungsvollere Räume, als den großen Saal in Kellers Neuer Philharmonie. Von jenen Sälen trägt man in der Seele lange und weisend nachhallende

Bildungskurse werden abgehalten, bei denen Geschichte und Nationalökonomie im Vordergrund des Interesses stehen. — In gleicher Weise wie der Mitgliederbestand haben die Abonnenten der Parteipresse zugenommen. Ihre Zahl betrug am 1. Juli v. J. 81 800 und ist bis 31. Dezember auf 86 117 gestiegen. Eine erfreuliche Zunahme, aber, verglichen mit den bei den Reichstagswahlen 1907 für uns abgegebenen Stimmen, immer noch nicht genug. Auch auf diesem Gebiet darf unsere Agitation nicht nachlassen. Die Leserschaft der „Märk. Volkstimme“ und der „Brandenburger Zig.“ hat sich vermehrt. — Alle unsere Parteiarbeit in der nächsten Zeit muß darauf gerichtet sein, daß unser Kandidat mit einer stark vermehrten Stimmzahl im ersten Wahlgange siegt. Der Kassierer Pagels erstattete den

Kassenbericht.

Entsprechend der Zunahme der Mitglieder und der verkauften Beitragsmarken haben sich die Kassenverhältnisse etwas günstiger gestaltet. Im verlaufenen Halbjahr betrugen die Einnahmen 58 885,37 M., die Ausgaben 39 783,17 M., so daß ein Bestand von 19 102,20 M. bleibt. Das ist gegen das erste Halbjahr eine Vermehrung des Bestandes um 10 967 M. Man optimistisch darf man die Kassenverhältnisse jedoch nicht betrachten, denn die Einnahmen haben sich besonders günstig dadurch gestaltet, daß die örtlichen Vereine infolge schärferer Veranlagung der Restanten mehr wie früher abliefern konnten, und daß die Auflösung der Parteipostition eine einmalige, nie wiederkehrende Einnahme von 6341 M. brachte. Die ziemlich ruhige Zeit erforderte auch keine besonderen Ausgaben. Die Zuschüsse an die örtlichen Vereine sind um einige hundert Mark zurückgegangen. Im allgemeinen können wir zufrieden sein. Wir sind für die Reichstagswahl gerüstet, und bereit, mit unseren Gegnern ein Tägliches zu wagen.

Von den Diskussionsrednern hatte keiner an der Tätigkeit des Vorstandes etwas auszusagen. Die

Diskussion

drehte sich lediglich um einige Anträge. Von Stolth, Hohnsdorf und Treptow wurde beantragt, über wichtige Angelegenheiten, namentlich Beitragserhöhung, eine Urabstimmung vorzunehmen. — Nachdem verschiedene Redner teils für, teils gegen diesen Antrag gesprochen hatten, brachte Benzl-Groß-Nietherfelde einen Antrag ein, der die Vornahme einer Urabstimmung in jedem Falle vom Beschluß einer Generalversammlung abhängig macht. — Schließlich wurde beschlossen, alle vorliegenden Anträge auf Urabstimmung in den örtlichen Wahlvereinen zu beraten und sie der nächsten Kreis-Generalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten. — Ein anderer Antrag, der in der Diskussion behandelt und schließlich angenommen wurde, ersucht den Vorstand, im Aktionsauschuss dahin zu wirken, daß eine Statistik darüber erhoben werde, in welchen Orten der Provinz Bürgergeld und in welcher Höhe erhoben wird. — Im Laufe der Diskussion hatte Bräuker-Eichwalde bemerkt, daß in diesem Orte neu gemieteten Abonnenten des „Vorwärts“ und der besseren Ausgabe der „Neuen Welt“ seien von der Expedition nicht pünktlich bedient worden. Ferner sagte der Redner, im „Vorwärts“ seien, vielleicht nur aus Versehen, einige Inserate zweideutiger Art aufgenommen, nämlich eine Anpreisung eines Mittels gegen Syphilis und eine Empfehlung eines Mittels zur Erzeugung eines rosenigen Teints. Ja, sogar in einer redaktionellen Notiz sei auf einen Arzt hingewiesen, der das Mittel Ehrlich-Gata 606 als Vorbeugungsmittel gegen Geschlechtskrankheiten anwende. Wenn das so weitergehe, dann würde der Inseratenteil des „Vorwärts“ sich schließlich nicht mehr von dem der bürgerlichen Presse unterscheiden. — Während einige Redner dem Standpunkt Bräukers zustimmten, machten andere, besonders Schröder-Wilmersdorf und Zubeil geltend: Die Parteigenossen stellen immer höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des „Vorwärts“. Sie verlangen die Herausgabe eines Abendblattes, eines Montagsblattes, wodurch doch die Kosten des Blattes bedeutend erhöht werden. Niemand wolle aber mehr für den „Vorwärts“ zahlen, ja es werde sogar Herabsetzung des Abonnentenpreises verlangt. Bei alledem solle der „Vorwärts“ aber noch Leberzucker für die Agitation abwerfen. Da bleibe eben kein anderer Weg als die Vermehrung der Einnahmen aus Inseraten. Dabei laufe dann wohl manches unter, was manchem nicht gefalle, was sich aber kaum vermeiden lasse, solange man auf das Inseratengeschäft angewiesen sei.

Riedel gab den Bericht der Mandatprüfungskommission. Außer Marktprästler und Rudow sind alle Orte vertreten, zusammen durch 121 Delegierte. Außerdem sind 14 Funktionäre anwesend, insgesamt 135 gültige Mandate.

Hierauf wurde eine Reihe von Anträgen zur Generalversammlung von Groß-Berlin zur Debatte gestellt. — Der Zentralvorstand von Groß-Berlin empfiehlt den Genossen die Annahme einer Resolution zur Ratifizierung, welche besagt, daß zur Unterstützung Ge-

mehregelter auf Grund der geltenden Beschlüsse jeder gewerkschaftlich oder politisch Organisierte, der den 1. Mai nicht feiern kann, eine Ratemarke zu kaufen hat, und zwar im Werte von mindestens 1 M., die Männer und 0,50 M., die Frauen. — Die Versammlung beschloß, diese Resolution zunächst in den Orten zur Diskussion zu stellen, was noch im Laufe dieser Woche geschehen muß.

Eine längere Debatte rief ein Antrag hervor, der den Vorstand ersucht, im Aktionsauschuss dahin zu wirken, daß die Bibliotheken der Wahlvereine und der Gewerkschaften zu einer Zentralbibliothek für Groß-Berlin vereinigt werden. — Zur Begründung des Antrages wurde auf Hamburg und Leipzig verwiesen, wo der Gedanke des Antrages verwirklicht sei und die Zentralbibliothek zur allgemeinen Zufriedenheit funktioniert. Ein Vertreter von Adlershof teilte mit, daß eine Zentralbibliothek für Adlershof und vier benachbarte Orte bestünde und sich gut bewährt habe. — Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß die Verwirklichung dieses Gedankens für Groß-Berlin doch auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen werde und daß die Benutzung einer Zentralbibliothek für ein so großes örtliches Gebiet auch in der Praxis auf manche Hindernisse stoßen werde. Der Antrag fand dadurch seine Erledigung, daß die Einsetzung einer Kommission gefordert wird, welche über Maßnahmen zur Förderung des Bibliothekwesens in Groß-Berlin beraten soll. — Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach die Gewerkschaftszugehörigkeit der Wahlvereinsmitglieder nachgeprüft werden soll.

An Stelle des aus dem Kreise verzogenen Genossen Hoffmann-Nowarows wurde Woid-Köpenig in die Prehkommision gewählt. Genosse Zubeil gab hierauf eine gebrangte

Uebersicht über die politische Situation

im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen. Auf Vorschlag des Vorstandes und der Funktionäre des Kreises proklamierte die Versammlung einstimmig den Genossen Zubeil wieder als Reichstagskandidaten.

Zubeil dankte für das ihm aufs neue bewiesene Vertrauen und sagte, er werde, soweit seine Kenntnisse und seine Kraft reichen, auf diesem Posten auch ferner seine Pflicht als Sozialdemokrat erfüllen. (Bravo.)

Der Vorsitzende Hirsch schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf die Reichstagswahlen. Es ist unsere Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß Genosse Zubeil im ersten Wahlgange trotz aller Anstrengungen unserer Gegner mit einer größeren Mehrheit als je zuvor wiedergewählt wird.

Kreis-Generalversammlung des Wahlkreises Spandau-Potsdam-Orhavelland.

Der Kreisvorsitzende, Genosse Emil Schubert-Spandau, eröffnete kurz nach 10 Uhr im Goltwaldschen Lokale zu Spandau die diesjährige Kreis-Generalversammlung, nachdem vorher der hiesige Arbeitergesangverein „Hoffnung“ einige stimmungsvolle Lieder zum Vortrag gebracht hatte. Er gedachte in warmen Worten des verstorbenen Genossen Singer, zu dessen Ehren sich die Versammelten von den Plägen erhoben. Anwesend waren: der Reichstagskandidat Dr. K. Liebknecht, Genosse Otto Weiss als Vertreter des Provinzialsekretariats, Genosse Herbst als Vertreter der Agitationskommission, die Redaktionen der „Brandenburger Zeitung“ und des „Vorwärts“, der Kreisvorstand, die Redigoren, der Jugendausschuss durch Genossen Dolibus-Schnaigsdorf und 25 Delegierte aus den einzelnen Ortschaften. Zunächst hielt der Genosse Dr. Karl Liebknecht einen etwa einstündigen Vortrag über „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Er kennzeichnete die äußere und innere politische Lage, unterzog die Steuerpolitik einer scharfen Kritik und rechnete gründlich mit den Gegnern ab. Redner streifte dann noch die Mobilität Gerichtsverhandlung, um hervorzuheben, welcher agitatorischen Wert diese für die Sozialdemokratie gerade bei der bevorstehenden Wahl hat. Die Wahlrechtsreform müsse bei der bevorstehenden Wahl der Hauptkampf sein. Er forderte auf zur Organisation und Agitation. Nach dem Vortrage erstattete die Mandatprüfungskommission Bericht. Es war gegen ein Mandat Protest eingelegt, weil der Delegierte zwar dem hiesigen Wahlkreis angehört, aber seinen Wohnsitz außerhalb desselben hat. Die Kommission empfahl, für diesmal die Gültigkeit auszusprechen, für die Zukunft wäre aber der Protest als berechtigt anzusehen. Die Versammlung schloß sich dem an. Alsdann berichtete der Kreisvorsitzende Genosse Schubert über einige vom Kreisvorstand für den bevorstehenden Wahlkampf aufgestellte Thesen. Zunächst wird empfohlen, bei der kommenden Wahl keine Wahlzeitung herauszugeben, die bei der vorigen Wahl große Kosten verursachte, aber die Erwartungen nicht

Mancher bürgerliche Ratmann  
Sieht dagegen heute klar  
Zwischen Philosoph und Staatsmann  
Eine Kreuzung wunderbar!

Sehr lebendig wirkt dies Wunder  
Täglich an des Kanzlers Pult;  
Und im Reich an allem Pflunder  
Trägt nur diese Kreuzung Schuld.

Auch der Sumpf verursacht Vagen,  
Der sich trüb in Preußen regt;  
Doch kein Mittel will versagen,  
Das ihn frei zum Trocknen legt.

Gegen's Gift, das ihn umdortet,  
Gibt nur eins, das Schicksal will's:  
Ein vernünft'ges Wahlrecht mordet  
Pfaffenraut und Junkerzil!

Richel.

Notizen.

— Musikchronik. Raoul von Kozalski veranstaltet am Mittwoch, den 22. Febr., einen Chopin-Abend im Blüthnerloale.

— Vorträge. Der nächste öffentliche Vortrag der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft findet am 22. Febr. im Rathaus, Zimmer 109, statt. Dr. W. Bloch spricht über: „Neuere Bestimmungen über Größe und Gestalt der Erde.“ Eintritt frei.

— Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Nach dem Vorliegen der Zählungsergebnisse vom 1. Juli 1910 zeigt die Bevölkerung der Vereinigten Staaten eine riesige Zunahme, wie nachstehende Tabelle ergibt:

Zählungsjahr	Bevölkerung (1000)	Zunahme	bedeuten in Proz.
1790	3 929	—	—
1810	7 240	3 311	84
1830	12 866	5 626	78
1850	23 193	10 326	80
1870	39 558	16 366	64
1890	62 948	24 389	63
1910	91 973	29 125	46

Zu der Zahl von 1910 sind noch hinzuzurechnen die Bewohner von Alaska (64 400), Hawaii (191 900), Porto Rico (1 118 000), sowie die außer Landes im Meeres- und Flottendienst stehenden (55 600). So ergibt sich, ungerundet der Philippinen, die als Kolonie gefordert gerodet werden, und Kuba, das einen gesonderten Staat unter der Aufsicht der Vereinigten Staaten bildet, eine Gesamtbevölkerung von 93 402 000.

Humor und Satire.

Landwirtschaftliches.  
Jüngst, vor ehrfürchtvollen Mienen,  
Hielt ausführlich und ad rem  
Uebers Landgut zu Cadinen  
Eine Vorlesung S. M.

Seinen höchst gespanntesten Gästen  
Aus verfloßner Keutnantzeit  
Sag er schälernd drauf zum besten  
Eine Jahrmarttsfestsamkeit.

Von der Ente und vom Biber  
Ward geseugt ein Mischling da!  
Doch verdammt er istig lieber,  
Es' S. M. ihn leidhaft sah.



In dem Maße erfüllt habe. Ferner wird vorgeschlagen, eine Wahlkommission von drei Mitgliedern zu wählen. Die Drucksachen sollen der „Brandenburger Zeitung“ übertragen werden. Ferner wird das Kartensystem für den Schlepperdienst empfohlen. Nach sehr umfangreicher Debatte beschloß die Versammlung, den Vorschlag des Kreisvorstandes, keine Wahlzeitung herauszugeben, abzulehnen. Betreffs Wahlkommission wurde ein Antrag des Genossen Liebknecht, den erweiterten Kreisvorstand zu ermächtigen, zu gegebener Zeit ein Wahlkomitee von drei Mitgliedern aus verschiedenen Ortschaften zu ernennen und dieses Komitee unter gegebenen Umständen zu erweitern, angenommen. Mit den übrigen vom Kreisvorstand vorgeschlagenen Thesen erklärte sich die Versammlung einverstanden. — Es gelangte dann folgender vom Kreisvorstand eingebrachter Antrag zur Verhandlung: „Der bestehende Monatsbeitrag von 30 Pf. wird ab 1. März 1911 in einen Wochenbeitrag von 10 Pf. umgewandelt. Der Mehrerlös an Beiträgen über den zurzeit bestehenden Monatsbeitrag von 30 Pf. ist unberührt an die Kreisliste abzuliefern.“ Genosse Stahl als Kreisfiskal begründete den Antrag damit, daß die Einnahmen zurückgegangen sind. Während der Debatte hierüber stellte Genosse Liebknecht den Antrag, zu beschließen, den Wochenbeitrag ab 1. März 1911 vorläufig nur bis zur ersten Kreis-Generalversammlung nach der Wahl zu erheben. In der Debatte wurde noch festgestellt, daß der Beitrag der Frauen nicht erhöht werden soll. Genosse Liebknecht zog seinen Antrag zurück. Der Antrag des Kreisvorstandes, den Wochenbeitrag von 10 Pf. einzuführen, wurde mit 22 gegen 11 Stimmen angenommen. Es wurde ferner beschlossen, den Wochenbeitrag vom 1. April cr. ab einzuführen. Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Dr. Liebknecht und Emil Schubert-Spandau, als Erfahrmann der Genosse Stahl-Potsdam. — Die Wahl des Obmannes des Bildungsausschusses wurde dem Kreisvorstand resp. dem Wahlverein Spandau überlassen. — Von Rehn war folgender Antrag eingebracht: „Die Delegierten zu Kreisversammlungen, Vorstandssitzungen und sonstigen Zusammenkünften erhalten außer Reisekosten und sonstigen Aufwendungen ein Honorar von 3 Mk. und zwar bis zur Beendigung der bevorstehenden Reichstagswahl.“ Dieser erhielten die Delegierten 4 Mk. Der Antrag wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. — Als Ort der nächsten Kreis-Generalversammlung wurde Falkenhagen-Seegefeld bestimmt. — Genosse Schubert gab dann noch einen kleinen Ueberblick über die Entwicklung der „Brandenburger Zeitung“, die nicht ganz den Erwartungen entspricht. Er empfiehlt fleißigere Agitation. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen.

## Gegen die Sonderversicherung der Privatangestellten

protestierten am Sonntag in wirkungsvoller Weise die der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“ angehörenden Verbände. Die Versammlung tagte im großen Saale der Hoppoldtschen Brauerei in der Hafenstraße zu der gleichen Zeit, für welche der unter deutschnationalem Einfluß stehende „Hauptauschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten“ unter der falschen Flagge: „Dritter deutscher Privatbeamtenkongress“

eine Kundgebung zugunsten der von der Regierung beabsichtigten Sonderversicherung

der Privatangestellten in der „Neuen Welt“ zu veranstalten gedachte. In den Einladungen des Hauptauschusses, die auch an den Anschlagläusen prangten, wurde erklärt, daß die Privatangestellten-schaft des ganzen deutschen Vaterlandes auf dieser Tagung vertreten sein wird. Es sollte damit der Eindruck erweckt werden, als ob die große Masse der Angestellten mit dem von der Regierung veröffentlichten Gesetzentwurf einverstanden sei. In Wirklichkeit wurden aber nur die Mitglieder der beim Hauptauschuß angeschlossenen Verbände gegen Vorzeigung einer Legitimation zu dieser Veranstaltung zugelassen.

Eine strenge Kontrolle der Einlassbegehrenden wurde von den nationalen Ordnern unter dem Schutze eines sehr beträchtlichen Polizeiaufgebots geübt. In Hoppoldts Brauerei dagegen, wo sich die Gegner der Sonderversicherung

versammelt hatten, die den Ausbau und die Ausdehnung der bestehenden Arbeiterversicherung auf die Privatangestellten erstreben, war jedem Angestellten, auch den Gegnern, freier Eintritt und freie Diskussion zugesichert.

Als erster Redner sprach Vorchert vom „Verein der deutschen Kaufleute“, der nach einer gründlichen Abrechnung mit den die Angestellteninteressen schädigenden Rationierungen des Hauptauschusses zur Kritik des Regierungsentwurfes überging, der mit seinen geringen Leistungen gegenüber den respektablen Beiträgen und der fast völligen Unterbindung der Mitwirkung der Versicherten an der Verwaltung ihrer Versicherung die Angestellten nicht befriedigen könne. Er nannte den Entwurf eine Kreuzung der Forderungen des Hauptauschusses mit den Vorschlägen der Regierungsbekträter, von der schließlich zu wünschen sei, daß sie totgeboren bleibe.

Redakteur Lange vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands gab dann mit kurzen Worten einen Rückblick auf die Entwicklung der Bewegung für die Versicherung der Privatangestellten. Er wies dabei darauf hin, daß es in erster Linie der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Industrie und dem damit verbundenen rapiden Wachstum der Angestelltenschaft, die infolgedessen bei den politischen Wahlen eine immer größere Rolle spielen auszudrücken sei, daß sich die auf die Versicherung dieser Angestellten gerichteten Bestrebungen zu einem Gesetzentwurf verdichtet haben. Nach einer kurzen vernichtenden Kritik des Gesetzentwurfes erklärte der Redner die grundverschiedene Stellung der freien Vereinigung gegenüber der des Hauptauschusses zu dem Gesetzentwurf. Dabei wies er an der Hand der Auslassungen der Organe der beim Hauptauschuß angeschlossenen Verbände nach, daß dieser in seinen Gruppen Ansichten der verschiedensten Art zu dem Gesetzentwurf in sich birgt und also auch von einer Einmütigkeit seiner heutigen Kundgebung nicht die Rede sein kann. Die der freien Vereinigung angeschlossenen Verbände lehnen jedoch einmütig jede Sonderversicherung ab und fordern, daß die Arbeiterversicherung anlässlich der Reichsversicherungsordnung zugunsten der Privatangestellten ausgebaut wird, weil sich ihre Mitglieder als Arbeitnehmer und als Glieder der abhängigen erwerbsfähigen Bevölkerung betrachten. Im gleichen Sinne sprach Dullio als Vertreter der organisierten Wuchhandlungsangestellten.

Hierauf gab Lehmann vom Verbande der Bureauangestellten ein Stimmungsbild von der

Tagung des Hauptauschusses in der „Neuen Welt“,

die er, da ihrer Beendigung nahe, soeben verlassen hatte. Er berichtete, daß dort die Versammlung zu einem guten Teil von den Gegnern des Hauptauschusses gefüllt gewesen sei, denen es trotz der strengen Kontrolle gelungen sei, sich Einlaß zu verschaffen. Gleich von Anfang an sei jede Diskussionsfreiheit vom Bureau der Versammlung unterbunden worden. Die Redner bewegten sich in alten Gemeinplätzen und ihre Ausführungen fanden den fortgesetzten Widerspruch der Versammelten. Ein Redner, der so was wie eine bescheidene Kritik des Entwurfes zum Vortrag brachte, war mit einem Organ versehen, das kaum durch eine Stube dringt, so daß wohl anzunehmen sei, der Hauptauschuß habe seine Ausführungen an dem Gesetzentwurf nicht laut werden lassen wollen, daß er gerade einem solchen Redner diesen Teil des Tagungsprogramms ausführen ließ. Von einer Geschlossenheit der Kundgebung sei nichts zu merken, ihm schiene es, daß die Teilnehmer an der Tagung zur größeren Hälfte Gegner der vom Hauptauschuß vertretenen Ansicht seien.

Inzwischen waren etwa

1500 Teilnehmer der Versammlung in der „Neuen Welt“ erschienen, die sich dem Proteste der Her Versammelten anschließen wollten. Der geräumige Saal erwies sich als viel zu klein, um alle

zu fassen. Die Versammlung wurde deshalb im Garten des Lokals fortgesetzt, wo zunächst der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt von der Wallestraße herab zu mehreren tausend Zuhörern sprach. Er begrüßte es, daß im Gegensatz zu der Versammlung in der „Neuen Welt“ sich hier so viele Tausende von Privatangestellten zusammengefunden haben, die den Ausbau der allgemeinen Versicherung aller Arbeitnehmer wünschen und nicht für die neue Rentenversicherung eintreten, die der Regierungsentwurf bringt. Nichts ist unglücklicher, als die Scheidung nach Beruf und Einkommen. Eine außerordentlich zohme Kritik habe er drücken zu können bekommen. Es war der Versuch, sich zu rufen zu geben. Der Entwurf liegt auch noch gar nicht dem Reichstag vor und er wird aller Voraussicht nach kaum in diesem Jahre an den Reichstag kommen, und wie es nach den Wahlen damit aussehe wird, wollen wir abwarten. Wer weiß, ob es nicht nur eine Lockspise für die Angestellten war. Was in unseren Kräfte steht soll geschehen, um die Erledigung dieser wichtigen Frage zu ermöglichen und das Geseß so zu gestalten, daß eine wirklich zufriedenstellende Versicherung geschaffen wird. Freiheit in der Bewegung und der Ausnutzung der Arbeitskraft zur Eringung einer besseren Position muß dem Angestellten gewährleistet sein. Der Entwurf der Regierung hat den Vorteil gehabt, daß das sozialpolitische Empfinden unter den Privatangestellten geweckt worden ist, das den Ausbau der Versicherung aller Arbeitnehmer fördern wird im Interesse aller Erwerbsfähigen.

Mit entusiastischem Beifall wurden diese Ausführungen angenommen. Auch die Erklärung des Vorsitzenden der Sektion Berlin des Deutschen Werkmeisterverbandes, der dem Hauptauschuß angegeschlossen ist, daß die Berliner Sektion nicht auf dem Boden der Resolution des Hauptauschusses stehe sondern mit der freien Vereinigung den Ausbau der allgemeinen Versicherung fordere, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach einem kurzen im Sinne der Ausführungen der vorausgegangenen Redner gehaltenen Schlusswort des Ingenieur Lüdemann gelangte die nachstehende Resolution zur Annahme.

„Die von der freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten am 19. Februar 1911 in Berlin nach der Brauerei Hoppoldt einberufene Versammlung protestiert dagegen, daß der Hauptauschuß die von ihm am gleichen Tage stattfindende Versammlung mit der irreführenden Bezeichnung „Privatbeamten-Kongress“ belegt, hat man doch die große Mehrzahl der Berliner Privatangestellten von der Tagung des Hauptauschusses ausgeschlossen. Der Entwurf des Versicherungsgesetzes für die Angestelltenschaft entspricht weder den Erwartungen der Privatangestellten noch den Versprechungen, die ihnen im Reichstag und in der Denkschrift des Reichsamts des Innern vom 11. Juni 1908 gemacht worden sind. Die im Entwurf vorgesehenen Leistungen sind viel zu niedrig und dabei auch beträchtlich hinter den beschiedenen Wünschen der Angestellten zurück. Die Geringsfügigkeit der Leistungen muß um so mehr enttäuschen, als die Höhe der Beiträge die Grenze dessen erreicht — in den unteren Klassen sogar sogar überschreitet — was die Masse der Angestellten ohne bedenkliche Einschränkung der Lebenshaltung für eine staatliche Zwangsversicherung aufzubringen vermag.“

Statt der erwarteten und versprochenen Selbstverwaltung ist in dem Entwurf eine durch und durch bürokratische und entsprechend kostspielige Verwaltung vorgesehen. Gegen diese Verweigerung jedes maßgebenden Einflusses der Versicherten muß besonders nachdrücklich protestiert werden, weil die gesamten Kosten von den Beteiligten selbst getragen werden sollen. Der Entwurf verlagert also gerade in den Punkten, die bisher als die größten Vorzüge der Sonderklasse hingestellt worden sind. Dazu kommen andere Mängel, wie namentlich die Unmöglichkeit einer einwandfreien Abgrenzung des Personenkreises. Das beweist, daß eine den Erwartungen der Angestellten entsprechende Lösung der Pensionsversicherungsfrage durch eine Sonderklasse nicht möglich ist. Demgegenüber zeigt die staatliche Invalidenversicherung, daß im Rahmen der allgemeinen Versicherung bei niedrigeren Beiträgen und anderen Berechnungsgrundlagen die gleichen oder noch höhere Leistungen zu erzielen sind.

Da somit die Grundlagen des gesamten Entwurfes verfehlt sind, fordert die freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten erneut die Erfüllung der Wünsche der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung bei Gelegenheit der Reichsversicherungsordnung.“

Eine Handvoll der deutschnationalen Jünglinge, die sich auch mit eingefunden hatten, stimmten gegen die Resolution.

## Parlamentarisches.

### Die Gewerbeinspektion in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses.

Im Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung sind ein Gewerberat, neun Gewerbeinspektoren und vier Gewerbeinspektionsassistenten neu vorgesehen. Von den Freikonservativen wurde es freudig begrüßt, daß ein Ministerialerlaß den Gewerberäten für ihre Verichte eine Beschränkung auf Mitteilung von Tatsachen vorgeschrieben habe. Polen und Freimüthige regten die Beteiligung von Arbeitern an der Inspektion an. Ein Zentrumsredner hielt die Mitwirkung von Arbeitern als Assistenten für zweckmäßig, wenn sie ständige Hilfsorgane sein würden. Der Minister hielt die Zuziehung von Arbeitern für „bedenklich“; „Arbeiter betrachteten die Sache zu einseitig“, es fehlten ihnen auch die technischen Erfahrungen. Bei einzelnen Inspektionen solle die Mitwirkung der Ärzte durch Zuziehung der Kreisärzte erwogen werden. Ein Zentrumsredner forderte besonders vorgebildete Gewerbedärre.

Vom Minister wurde ein neues Geseß über das gewerbliche Fortbildungsschulwesen angekündigt. Ein Freikonservativer bewährte sich lebhaft, daß die Industrie bei den Vorbesprechungen nicht genügend berücksichtigt worden sei. Ein Konservativer forderte Aufnahme der Bürgerkinder in den Lehrplan. Der Minister versprach Berücksichtigung des Wunsches. Weiter erklärte der Minister, die Regierung stehe auf dem Standpunkte, daß Praktiker und pädagogisch gebildete Lehrer (Volkschullehrer) als Lehrkräfte Verwendung finden müßten; für beide sei aber eine besondere Vorbildung Voraussetzung eines legendreichen Wirkens.

Zur Förderung der nicht gewerbmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für minderbemittelte Bevölkerung sind 90 000 M. eingestellt, 25 000 M. mehr als im Vorjahre. Von diesem Betrage erhalten die Arbeitsnachweisverbände der Provinzen 75 000 M. Beihilfen, 55 000 M. werden zur Unterstützung von Rechtsanwaltsstellen ausgegeben. Bei den Arbeitsnachweisen wird für die Unterstützung als wünschenswert vorausgesetzt, daß sie partiell vermalst werden. An partiellpolitische Rechtsanwaltsstellen werden keine Zuschüsse gegeben.

## Soziales.

### Boykott der tendenziösen Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Das in unserer Nummer vom 12. d. M. geschilderte, auf Unterdrückung hygienischer Maßregeln abzielende Verfahren der Internationalen Ausstellung in Dresden hat auch eine größere Anzahl Konsumvereine, den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Grozeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine veranlaßt, ihre Zusage zur Beteiligung an der Hygiene-Ausstellung zurückzuziehen. Auch das Komitee der Heimarbeiter-Ausstellung hat seine Absicht, die Dresdener Ausstellung zu besuchen, aufgegeben. Das Vorgehen, das den Gewerkschaften die Beteiligung an der Ausstellung unmöglich macht, ist für die Nichtbesichtigung der Ausstellung maßgebend gewesen.

## Schädigungen durch industriellen Lärm.

In allen größeren Städten machen sich jetzt sog. „Anti-Lärm-Bereine“ bemerkbar, welche die wunderlichsten Forderungen stellen, nur um ihre Existenzberechtigung zu beweisen. So fordern diese Vereine jetzt: „Abstellen der Turmuhren in der Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens“, „sammeln auch Unterschriften, daß die Müllehrer nachts eingestellt wird usw.“ Die Ruhe der reichen Leute, die heute schon in ruhigen Straßen mit Asphaltplaster wohnen, soll unter keinen Umständen gestört werden. Die „Anti-Lärm-Sektionen“ hätten jedoch ein dankbares Feld für ihre Tätigkeit, wenn sie sich mal etwas um den — Lärm in unserer modernen Industrie bekümmern würden. Dann machen aber viele ihrer Mitglieder nicht mehr mit, die ja selbst die Besitzer der Werke sind, aus denen täglich ein wahrer Höllenlärm schallt. Wir haben daher die Antilärmänner mal ein, einen modernen Niesenbetrieb zu beschreiben und sich von den Zuständen dort mal näher zu überzeugen. Sicher würden sie dann das Ziden oder Schlagen einer Turmuhr nicht als gesundheitschädlich ansehen und ihre Petitionen unterlassen. Man hat sich aber bisher nur sehr wenig um die Arbeiter bekümmert, die täglich viele Stunden in diesem Höllenlärm der Maschinen, der Stampfen usw. zu arbeiten haben.

Nur wenige Neuernärzte haben sich mit den Gefahren beschäftigt, die dieser Lärm den Arbeitern bringen kann. Neuerdings ist die Frage von Ochronärzten wieder neu aufgenommen worden, wie uns ein lebenswetter Aufsatz in der Zeitschrift „Archiv für soziale Hygiene“ von Dr. Vecher beweist. Der Verfasser fordert, daß man der Frage der Gehörsschädigungen mehr Aufmerksamkeit schenken sollte, weil dann auch eher „technische Betriebsmängel, die als ihre Ursache erkannt wurden, abgestellt werden“.

In den Vordergrund der Frage trete daher heute in erster Linie die Erkenntnis, daß viele Erkrankungen des Gehörs „durch den industriellen Lärm“ entstehen würden. Genaue Ziffern über die Zahl der Opfer habe man bisher wohl noch nicht ermitteln können, da die Unfallversicherung sich der Gehörsschädigten nur in „sehr eklatanten Fällen“ annehme und auch die Versicherungsanstalten, wie eine Statistik der Berliner Versicherungsanstalt beweist, auch nur wenige Fälle entschädige. Näher komme man aber der Frage, wenn man „die Angehörigen lärmender Berufe gesondert gruppiert.“ Dr. Vecher nennt als solche in erster Linie „die in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, besonders die Messschmiede, Hammer- und Kupferschmiede, Weißblecharbeiter, Schlosser, Rieter, Schleifer, Dreher, Arbeiter im Kleinzeuggewerbe, die Maschinen auseinanderzuschlagen, Schiffe montieren usw.“ In zweiter Linie kommen für ihn dann die Steinmetzen, Schmirgelarbeiter, Sägemüller, Böttcher, dann die Getreidemüller, Dampfmäher, Spinner, Weber, Arbeiter in Pulver- und Waisensabriken usw.

Dr. Vecher habe z. B. bei „100 unterrichteten Messschmieden allein 67 mit gestörtem Gehör gefunden“. In zwei größeren Maschinenfabriken habe dann Dr. Vachermann 25 Arbeiter auf ihr Gehör untersucht und gefunden, daß „alle 25“ ohrenleidend geworden waren. Von 40 unterrichteten Kupferschmiedern wurden 24 als taub befunden, von 20 Spinnerinnen, welche über 6 Jahre im Betriebe tätig waren, wurden 14 erkrankt befunden, von 14 Weberinnen 14. Der Arzt meint, daß auch „militärisch diese Verhältnisse wichtig werden könnten“, weil man in der Schweiz bei den militärischen Rekruten überhaupt 0,7 Proz., von den lärmgefährdeten Klassen 1 Proz. wegen Gehörsschwäche untauglich befunden hatte.

Aber auch in Deutschland habe man bereits von Gehörsschäden gesprochen. So sei im Sanitätsbericht der Kaiserlichen Marine vom Jahre 1908 von 5 Fällen von Gehörsschädigungen der Hörsnerken erwähnt, „von denen 3 bei Schmiedern und Klempnern schon vor Dienstantritt, also in relativ jungem Alter, durch den Beruf entstanden waren“.

Nach den Mitteilungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes seien in Deutschland über 1 800 000 erwachsene Personen männlichen Geschlechtes in der Metallindustrie beschäftigt und meint der Verfasser, daß von diesen ein großer Teil und somit eine nicht zu vernachlässigende Anzahl der Gesamtbevölkerung mindestens gehörsgefährdet ist, darf als sicher gelten. Würde man die seither gewonnenen Zahlen auf die 90 000 in Deutschland beschäftigten Schmiedegesellen übertragen, so würde sich ergeben, daß 72 Proz. dieser Arbeiter gefährdet seien. Daraus ergebe sich deutlich die sozialhygienische Pflicht, der ganzen Frage der „professionellen Hörsstörungen“ näher zu treten.“

Interessant ist es auch, wie sich der Verfasser die Entstehung der Schädigungen denkt. Bei Unfällen habe es sich meist um direkte Verletzungen der Ohrmuschel (schütternde Brüche usw.), sonst kann aber auch eine Schädigung des Gehörs auf direktem Wege der Ueberübung des Gehörapparates durch den ihm adäquaten Schallkreis geschehen, nach Art des gewöhnlichen Vorgangs bei Blendung des Auges durch übermäßige Einwirkungen. Auch durch Mund, Nase, Rachen usw. würden gewisse Schädigungen des Gehörs erreicht und könnte viel gebessert werden, wenn z. B. mittels Exhauratoren Abfälle, viel Späne usw. abgezogen würden. Daß in dieser Beziehung noch sehr wenig geschieht, nach der Verfasser auch, welcher ausführlich die verhängnisvollen Folgen des Lärms näher schildert. Besonders das Nervensystem kann erheblich unter diesem Lärm leiden. Lucas teilt aus seiner Praxis drei Selbstmorde auf Grund unheilbarer Ohrgeräusche mit. Bei diesen Befallenen treten diese Geräusche gerade in der Nacht besonders quälend auf, und daß die Schlafstörung für Industriearbeiter ein besonders schädliches Moment ist, bedarf keiner weiteren Darlegung“ führt der Arzt dann aus.

Für alle Arbeiter sind dann die weiteren Ausführungen von großem Wert, daß z. B. „die ersten Ueberübungen seich in lärmenden Betrieben eingestellter Arbeiter meist schnell vorübergehen“. Ältere Arbeiter würden jedoch stärker betroffen, weil ihnen plöbliche und starke Geräusche sehr schaden. Schmale Pfeife aus der Dampfmaschine führten nach dem Bericht der Kaiserlichen Marine zur Dienstunfähigkeit. Eine wichtige Rolle spielen im modernen Betrieb auch die schweren Erschütterungen des Körpers bei der harten Arbeit. Der auf dem erschütterten Boden stehende Arbeiter des Arbeiters, besonders das mit Vollgewicht fest auf ihn aufgesetzte Anodengerüst, ist ein vorzüglicher Schalleiter bei der Uebertragung von Fußwurzelknochen bis zum Schädel. Umfragen hätten festgestellt, daß die moderne Betriebsweise, Benutzung von Pressluft, elektrische oder hydraulische Hammer dem Arbeiter größeren Unbehagen bereiten als im Handbetrieb. „Das Rieten der Achsel führt, wie allgemein anerkannt ist, für die in dem erschütterten Kessel Strehenden ausnahmslos zur Schwerhörigkeit.“ Er fordert deshalb Auswahl der Arbeiter für solche Betriebe, zweckmäßige Verteilung der Arbeitszeit, Verfürzung der Arbeitszeit in lärmenden Betrieben, Abfassung nach 15—35 Minuten Tätigkeit und als Schutz für schwere Erschütterungen schalldämpfende Unterlagen. Berufswechsel sei wohl unmöglich, weil sich dem zurzeit große Schwierigkeiten entgegenstellen, dagegen wohl Rentier für gewisse Zeit zu geben.

Der Bundesrat ist berechtigt, solche Maßregeln anzuordnen. Darum macht er von seiner Befugnis keinen Gebrauch.“

## Gerichts-Zeitung.

### Wegen Obdachlosigkeit

hatte sich ein Arbeiter Bräcker gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu verantworten. Der Angeklagte machte den Eindruck eines schwerkranken Mannes. Er gab an, daß er lungenleidend sei, und daß ein Verfahren wegen Festsetzung einer Invalidenrente für ihn noch schwebt. Ihm sei es unmöglich, Arbeit zu bekommen, und er habe sich daher auch keine Unterkunft beschaffen können. Nach seiner Festnahme sei er zunächst in Untersuchungsloft gefesselt und dann von dort aus dem Krankenhaus Rosenthal überwiesen worden. Kurz nach seiner Entlassung aus diesem Krankenhaus habe er sofort wieder das Virchow-Krankenhaus aufsuchen müssen, in dem er sich nun schon seit mehreren Monaten befindet. Er wies ein Schriftstück vor, durch das er für diesen



**Tag aus dem Krankenhause beurlaubt war, um an Gerichtsstelle** erscheinen zu können. Unter diesen Umständen blieb dem Amtsanwalt nur übrig, selber die Freisprechung zu beantragen. Das Gericht erkannte ohne weiteres auf Freisprechung. Da auf jede Beweiserhebung verzichtet worden war, so ersuchte man leider nicht, wer es verschuldet hatte, daß der schwerverkrankte Mann überhaupt auf die Anklagebank kam. War er aus dem Obdach der Stadt Berlin wegen zu häufiger Inanspruchnahme dieses „gasförmigen“ Hauses an das Polizeipräsidium abgeliefert worden?

**Beim Anblick eines polizeilichen Krankentransportes**

War ein Arbeiter Mahid in so große Erregung geraten, daß er die beteiligten Schulleute anhielt und sie unter Vorwürfen zur Rede stellte. Die Schulleute ließen sich nicht stören und drachten den Kranken zur nächsten Polizeiwache, wo dann einer von ihnen aus der angesammelten Menge sich Mahid herausgriff. Mahid bekam ein Strafmandat, durch das ihm wegen groben Unfugs eine Geldstrafe von 30 M. auferlegt wurde. Da er Widerspruch erhob, so hatte gestern das Amtsgericht Berlin-Mitte zu entscheiden. Der Angeklagte Mahid schilderte, wie der Kranke von den Schulleuten an Armen und Beinen gehalten und über die Straße getragen worden sei, so daß Mahid und ein Kollege von ihm, mit dem er von der Arbeit beurlaubt, sich darüber aufregten. Mahid habe die Schulleute darauf hingewiesen, daß es doch noch Droschken gebe, und habe sich anboten, nötigenfalls selber den Kranken nach der Wache zu tragen. Bei der Wache sei dann er, Mahid, gepackt und mit hinausgenommen worden, wobei man ihn übel behandelt habe. Als der Angeklagte dem Gericht eine genaue Schilderung der ihm widerfahrenen Behandlung geben wollte und von einem Stroh ins Genick sprach, unterbrach ihn der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wagner: „Das gehört nicht hierher! Da müssen Sie sich beschweren.“ Der Angeklagte wollte weiterreden, aber der Vorsitzende schnitt ihm das Wort ab: „Angeklagt sind nicht die Schulleute. Sie sind der Angeklagte!“ Die Aussagen der beiden als Zeugen vernommenen Schulleute Ernst und Schulze ergaben, daß jener Kranke ein aus Wuhlgarten beurlaubter Epileptiker war. Die Zeugen bekundeten, von Ernst und seinem Kollegen Schulze zu denen später noch ein dritter Schuhmann kam, sei der Kranke aus der Gegend des Vorplatzes bis nach der Wiltshiner Straße geführt und getragen worden. Vergeblich habe Ernst versucht, eine Droschke heranzuschaffen. Mahid und sein Begleiter, die wohl beide angetrunken gewesen seien, hätten die Schulleute aufgehalten und belästigt, so daß ein besser geleiteter Herr die Störer zur Ruhe verwies. Dafür sei dieser von beiden mit Schlägen bedroht worden. Vor der Wache habe nur Mahid festgehalten werden können, er habe aber so um sich geschlagen, daß er nur mit Mühe hinausgeschafft werden konnte. Der Amtsanwalt beantragte hiernach die durch den Strafbefehl festgesetzte Strafe von 30 M. aufrechtzuerhalten. Der Angeklagte erklärte, weil vor Gericht die ihm widerfahrenen Mißhandlungen nicht berücksichtigt worden seien, werde er gegen den betreffenden Schuhmann Klage einreichen. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß Mahid ohne wichtigen Grund, wohl nur, um sich an der Polizei zu reiben, die Schulleute belästigt und in ihrer Amtshandlung gestört habe. Er sei daher mit 7 Tagen Haft zu bestrafen.

**Erpressung und Diebstahl.**

Eine ungewöhnliche Ausdehnung nahm die Verhandlung einer Anklage an, die acht volle Tage die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Frickhagen beschäftigte und gestern Abend endete. Die Anklage richtete sich gegen den Kaufmann Oskar Krebs, der auf seinen Briefbogen seine Tätigkeit als „Finanzgeschäft, Sanierungen, Arrangements, Gründungen, Finanzierungen“ bezeichnet. Die Anklage beschuldigte ihn der wiederholten Erpressung in 9 Fällen, der Unterschlagung, Verletzung, des Diebstahls, der Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Der Angeklagte war früher bei der Deutschen Bank angestellt, dann in bevorzugter Stellung bei den Schudert-Werken, später bei der Gesellschaft für den Bau und Betrieb von elektrischen Bahnen, hat eine Zeitsung als Buchrevisor sein Geld verdient, hat dem Moorbad Schöneberg vorgestanden und ist in leitender Stellung bei den Elektrizitätswerken Schönholz u. Wernstein gewesen. Jetzt betreibt er sein Bank- und Finanzgeschäft in der Friedrichstraße; früher war es an der Spandauer Brücke domiziliert. Seine Verteidigung hatte Rechtsanwalt Herder übernommen. — Der Angeklagte lernte im Jahre 1902 Frau K., die Ehefrau eines in Siechtum verfallenen Mannes kennen, der ein Haus in der Dunderstraße

besaß und sich in guter Vermögenslage befand. Die Frau begann zu Lebzeiten ihres Mannes mit dem Angeklagten ein Liebesverhältnis und war bald ganz in dessen Hand. Frau K. erhielt bei der Dispositionsunfähigkeit ihres Mannes Generalvollmacht und dies soll sich der Angeklagte zunutze gemacht haben, um von ihr größere Geldsummen zu erlangen, die er nicht zu den von ihr bestimmten Zwecken, sondern zu seinen Spekulationszwecken verwandt haben soll. Bei dem intimen Verkehr, den er mit Frau K. sechs Jahre hindurch unterhielt, lernte er deren Vermögensverhältnisse ganz genau kennen, da er ihre Geschäfte besorgte und alle Details genau mit ihr besprach. Als der Ehemann K. im Jahre 1908 gestorben war, bezog eine gemeinschaftliche Wohnung in der Kantstraße 132 und der Angeklagte scheint davon überzeugt gewesen zu sein, daß Frau K. sich mit ihm verheiraten würde. Diese hatte sich jedoch innerlich schon von ihm abgewandt und ihre Zuneigung einem anderen Manne geschenkt und es kam schließlich zu einer unfreundlichen Trennung. Krebs wird beschuldigt, Erpressungen dadurch begangen zu haben, daß er sie zur Herausgabe von Geld durch die Drohung bewegen haben soll, ihren ehebrecherischen Verkehr ihren Verwandten mitteilen zu wollen. Die Unterschlagungen sollen in Aneignung von Beträgen zu finden sein, die ihm zur Bezahlung von Rechnungen gegeben wurden, die er aber für sich verwanzt habe. Dann soll er Frau K., als sie im Seebad Wannin im Kurhause wohnte, mit dem Revolver in der Hand gezwungen haben, mit ihm nach Berlin zu fahren, „sonst gäbe es zwei Leichen“. Auf einer gemeinsamen Fahrt nach dem Harz soll er ihr im Eisenbahnwagen einen Revolver entgegengehalten und ihr gedroht haben, sie zu erschießen, wenn sie sich nicht mit ihm verlobte. Außerdem soll er der Frau K. eine Quittung und Bankbücher und Papiere unterschlagen haben. Der Angeklagte bestritt alle diese Beschuldigungen und behauptete, daß es sich um Nachspiele der Frau K. handele, die nicht glaubwürdig sei.

Nach ausgebreiteter Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 4 Jahre 3 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. — Rechtsanwalt Herder beantragte die Freisprechung, indem er die Glaubwürdigkeit der Frau K. bemängelte. — Das Gericht kam zu einem Schuldspruch gegen den Angeklagten. Unter Freisprechung von anderen Fällen der Anklage verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen vollendeter Erpressung in zwei Fällen und der versuchten Erpressung in einem Falle, wegen Diebstahls von einer Quittung über 3000 M. und einer Vorsumme von 600 M., wegen versuchter Rötigung in zwei Fällen ferner wegen Betruges und Urkundenunterschlagung zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 1500 M. Geldstrafe und Ehrverlust auf 3 Jahre. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

**Aus aller Welt.**

**Von der Pest.**

Nach einer amtlichen telegraphischen Mitteilung des Gouverneurs des Schutgebietes Kiautschou aus Tjingtan ist in den letzten Tagen anscheinend ein Stillstand im Vordringen der Pest eingetreten. Bis zum 8. Februar sind von dem chinesischen Gouverneur der Provinz Schantung im ganzen 551 Pestfälle mit tödlichem Ausgange in seinem Verwaltungsgebiet festgestellt worden. Davon entfielen 221 auf Tschifu, 49 auf den Kreis Tsimo, 16 auf die chinesische Kreisstadt Kiautschou (nicht zu verwechseln mit dem deutschen Kiautschugebiet). Das deutsche Schutgebiet ist pestfrei.

Insatzt, 20. Februar. Unter Vorsitz des Obermedizinalinspektors Malinowski begann heute die Beratung über die Maßnahmen gegen die Einschleppung der Pest. An der Beratung nahmen auch Vertreter der Ostasiatischen, der Annam- und der sibirischen Bahn teil.

Rom, 20. Februar. 350 italienische Ärzte haben die Regierung ersucht, sie nach der Mandschurei zu entsenden, um dort die Lungensepe zu studieren. Auch die italienische Rote Kreuz-Gesellschaft hat einige Ärzte nach dem Pestgebiet entsandt.

London, 20. Februar. Wie die „Central News“ mitteilt, ist die Meldung vollständig unbegründet, wonach in England dieser Tage drei Pestfälle festgestellt worden seien. Es seien derartige Krankheitsfälle überhaupt in England nicht vorgekommen.

**Erdbeben in Norditalien.**

Am Sonntagvormittag wurde das nördliche Italien von einer etwa sieben Sekunden dauernden Erderschütterung heimgesucht, die in verschiedenen Orten Menschen in Gefahr brachte, von einstürzenden Bauwerkteilen erschlagen zu werden. Ueber den Umfang des Bebens liegen folgende Meldungen vor:

Forlì, 19. Februar. Heute vormittag gegen 8 1/2 Uhr wurde hier eine starke Erdrerschütterung verspürt. Viele Häuser wurden leicht beschädigt, eine Anzahl Schornsteine ist eingestürzt. Zwei Personen wurden leicht verletzt, unter ihnen ein Ingenieur, der zu den Ueberlebenden der Katastrophe von Messina gehört.

Teodorano, (Distrikt Forlì), 19. Februar. Infolge des Erdstoßes ist heute vormittag ein Haus eingestürzt, wobei fünf Personen verwundet wurden, davon zwei schwer. Andere Häuser des Ortes erlitten Beschädigungen.

Rom, 19. Februar. Die Wirkungen des heutigen Erdbebens sind auch in dem in der Nähe von Forlì gelegenen Cesena verspürt worden, wo mehrere Häuser beschädigt wurden. Die Erdrerschütterung wurde ferner in Faenza, Venedig, Siena, Florenz, Spezia, Ravenna und Rimini wahrgenommen. Schaden ist in diesen Städten nicht angerichtet worden.

Auch Mazedonien hatte in der Nacht zum Sonntag ein heftiges Erdbeben zu verzeichnen. In der Stadt Karowa im Bezirke Monastir sind durch das Beben fast alle Häuser unbewohnbar geworden. Durch Einsturz eines Hauses wurde eine Frau getötet, zwei Personen verletzt. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich.

**Dem Teufel erlegen.**

Der katholische Pfarrer Karl Poppe in Wopking in Niederösterreich ist von dem Kreisgericht Wiener Neustadt wegen Veruntreuung in Untersuchung gezogen worden. Es fehlen in der von ihm verwalteten Kirchen- und Gemeindefasse gegen 12000 Kronen.

**Kleine Notizen.**

Das Automobil im Kanal. In der vergangenen Nacht fuhr in der Nähe des österreichischen Hofens von Triest ein mit sieben Personen besetztes Automobil in einen Kanal. Eine Person wurde bei dem Unfall getötet, die anderen sechs wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Ein Kühnheit Wagnis. Am Sonntagmorgen flog in Witterfeld der Ballon „Nordhausen“ mit Leutnant Knerzer als Führer und drei Passagieren trotz Sturmes von 100 Kilometer Stundengeschwindigkeit auf. Der Ballon hatte Richtung nach Oberösterreich.

Schwerer Grubenunfall. Aus unbekannter Ursache explodierte im „Karl-Schacht“ der Schwabominer Kohlenbergbaugesellschaft in Böhmen eine Dynamitpatrone. Ein Bergarbeiter wurde getötet, drei schwer verletzt.

Der Sturm Schaden in Wien. Durch die in den letzten Tagen in Oesterreich herrschenden Stürme wurden in Wien über hundert Personen ernstlich verletzt; zahlreiche Wagen wurden umgeworfen und auch sonstiger Sachschaden verursacht.

Ein verheerender Brand hat am Sonntag und Montag auf dem Wälderhahnhof der französischen Hofenstadt Havre gewütet. Dem Feuer fielen achtzig beladene Güterwagen zum Opfer. Der durch den Brand angerichtete Schaden beträgt etwa drei Millionen Frank, wovon etwa zwei Millionen auf verbrannte Ware entfallen.

**Eingegangene Druckschriften.**

„Pan“, Nr. 8. Halbmonatsschrift. Herausgegeben von B. Herzog und B. Cassirer, 50 Pl. B. Cassirer, Berlin W. 10.  
 Reclams Liederbuch. Heft 21. 34 Wochenhefte. 60 Pl. Pp. Reclam, Leipzig.  
 Jung-Hungarn. Heft 2. Monatsheft. Herausgeber: S. Böckl. Vierteljährlich 4,50 M. B. Cassirer, Berlin.

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).  
 Soeben erschien: 245/7\*  
**Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze 1878-1910.**  
 Ein Beitrag zur Geschichte der Bekämpfung der Sozialdemokratie von **Eugen Ernst.**  
 Preis brosch. 2,50 geb. 3 M. (Vereinsbandgabe 1,25 M.)  
 Die Arbeit enthält 18 Illustrationen, die die Vorkämpfer von Spitzeln sowie Reproduktionen verschiedener interessanter Polizeidokumente darstellen. Die Schrift wird dem weitgehendsten Interesse begegnen.

**20 Säle und Vereinszimmer**  
 mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie 8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen (auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.  
**Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin**  
 O. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10  
 Tel. III 2783 Tel. VII 3095  
 Inhaber: **Paul Baatz.**

**Die reellsten und billigsten Möbel**  
 und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie  
**A. Schulz,** Reichenberger Straße 5.  
 64L\*

Es gibt nur ein **Dr. Gentner's**  
**Nigrin**  
 Vorzüglichste Schuhcreme  
 Schutzmarke Kammlager  
  
 Verbraucher erhalten wertvolle Geschenke.  
 Alle Fabrikant: Carl Gentner in Göttingen

**Schallplatten Verleih-Institut**  
 Auch nach auswärtig. Prosp. gratis.  
**Karl Herbs, Berlin 50**  
 Neue Köpenickerstr. 38.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
 10-2, 5-7, Sonntage 10-12, 2-4

**MANOLI CIGARETTES**

**Dandy Chic** **Gibson Girl Diva**

**Lieferant der**  
 französ. u. italien. Tabak-Regien.

**Carmen Sylva**  
 Cigaretten  
 Beste Qualitäten

**Engelhardt**  
**Deutsch-Pilsner**  
 Erstklassiges Spezial-Bräu  
 Flasche 10 Pf.  
 Ueberall käuflich.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
 Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
 Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**  
 Amt 4, 3014.

**Masken-Garderobe**  
**Karl Ernst**  
 (Inhaber Willi Ernst)  
 jetzt: Köpenicker Str. 55b, I.  
 Unt. IV, 14089.  
 Gr. Auswahl Bill. Preise!  
 Besondere dieser Annonce enthält 10 Pros. Freiermäntigung.

**H. Pfau, Bandagist**  
 Berlin Direksenstraße 20  
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspolizeidirektion. — Amt VII, 13792.  
 Für Damen Frauen-Bedienung.  
 Referant für alle Krankentagen.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
**Drogerie Zarenba.**  
 Weinbergweg 1. dir. a. Rosenfelder  
 Tor. Billigste Bezugsquelle!  
 Versuch f. zur dauernden Kundenschaft.



Allen Freunden, Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Portier und Geiger

**Oswald Schulz**  
am 18. Februar verstorben ist.  
Die trauernde Witwe nebst Sohn  
Mitterstr. 45.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt. 2535

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliefern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Geiger

**Oswald Schulz**  
Mitterstraße 45 (Bezirk 242)  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentralverband**  
der Maschinisten und Heizer  
sowie Berufsgenossen Deutschl.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
Am Sonntag, 19. Februar, verstarb unser Mitglied, Kollege

**Oswald Schulz.**  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/17, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
145/9 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.  
Am 19. Februar verstarb unsere Genossin, Frau

**Emilie Müncheberg**  
Drontheimerstr. 14.  
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Februar, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag nachmittag 3 Uhr meine liebe Frau, unsere sorgsame Mutter

**Emilie Müncheberg**  
geb. Förster nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist. — Dies geht mit der Bitte um stille Teilnahme an

**Karl Müncheberg**  
nebst Kindern,  
Drontheimer Str. 14.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer**  
Filiale Schöneberg.

**Nachruf!**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

**Max Massuth**  
am 17. Februar verstorben und am 20. d. M. beerdigt worden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
257/4 Die Ortsverwaltung.

Am 19. Februar verschied nach langem schweren Leiden meine langgeliebte Frau, unsere gute Mutter

**Auguste Schadebach**  
im 56. Lebensjahre.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Herm. Schadebach,**  
Margarete, Rob., Rud. Schadebach.

Beerdigung: Mittwoch, 22. Febr., nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr, auf d. Jerusalem's Kirchhof, Higdorf, Hermannstraße

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung teel. Ohne Messel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Gantextrakt.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (SO 11.): Saloman-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-Apothek., Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallbildner

**Max Hubert**  
am 18. Februar an Lungenleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Groß-Nahlfelder Kirchhofes in Lichterfelde, Langestraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
112/9 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.**

Den Mitgliedern gehen wir hiermit bekannt, daß der Kollege

**Karl Kuhk**  
am 18. Februar im Alter von 44 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. Mts., nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, auf dem Friedhof der Dreifaltigkeitskirchengemeinde in Mariendorf, Eisenacher Straße, statt. 169/4  
Die Ortsverwaltung.

**Nachruf!**  
Am 14. Februar verschied unser lieber, treuer Sangesbruder

**Rudolf Friedrich.**  
Der Verein verliert in dem Dahingegangenen einen Sangesgenossen, der in fast 20jähriger Mitgliedschaft dem Verein stets das rechte Interesse entgegenbrachte, sich auch durch seine allezeit eifrige Betätigung innerhalb des Vereins die größte Sympathie erworben hat.

Am 17. Februar gaben ihm seine trauernden Sangesbrüder das letzte Geleit. 252b  
Der Verein wird ihm stets ein treues Andenken bewahren!  
**Männergesangsverein „Olympia“.**  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Großvaters und Schwieger-vaters, des Malers 261b

**Fritz Sommer**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ sowie Musikklub „Kornblume“ und den Genossen des 2. Bezirks unseres herzlichsten Dank.

**Witwe Sommer**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei dem Begräbnis meines lieben Mannes

**Albert Badow**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Reichall, dem Wandolinerverein „Napoli“, dem Lotterieverein „Fortuna“ und dem Verbands der Sattler und Portefeuliers unseren innigsten Dank.  
**Luisa Badow** nebst Kind.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei dem Begräbnis meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Marie Hinze**  
geb. Herfort  
sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Unserer Brüder“, dem Truderverein „Mag und Morig“, dem Lotterieverein „Gut Glück“, unseren herzlichsten Dank. 30822

**Rudolf Hintze und Kinder.**

**Dankfagung.**  
Allen Teilnehmern, die bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters mitgewirkt haben, besonders den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Fellig Lamb, dem Textilarbeiter-Verband und der Firma Adolf Burgardt Schöne sowie den Mitgliedern des Hauses unseren innigsten Dank. 30812

**Frau Anna Schmidt**  
nebst Kindern.

**Die dunkelste Ecke** wird taghell,  
wenn Sie auf Ihrer Lampe  
**Urania-Salonoel**  
brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

**Urania-Salonoel**  
(der Name ist gesetzlich geschützt)  
zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.  
Nur der volle Name

**Urania-Salonoel**



bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische  
**Sicherheits-Petroleum**  
zu erhalten. 215/5\*

**Urania-Salonoel**

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Nebstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.

**Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.**

Zur **Einsegnung!**

**Anzüge**  
aus schwarzen Kammgarnstoffen  
14, 17, 19, 21, 25, 28, 40 M.

**Anzüge**  
aus dunkelblauen Cheviotstoffen  
16, 18, 20, 24, 28, 32, 36<sup>60</sup> M.

Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.  
**M. Schulmeister**  
BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4

**W. Kube's Festsäle, früher Feuerstein,**  
Alte Jakobstraße 75, Fernsprecher Amt I Nr. 867.  
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Osterfesttage und Sonnabende im April zu vergeben. Prachtvoller Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Gruped Tanzschule. 30792\*

**Schnelle Hilfe für Leidende.**  
Von allen Krankheiten sind am meisten verbreitet, die häufigsten und folgenschwersten, die Erkrankungen der Atmungsorgane.  
Mit „ein bißchen Husten“ fängt es an, wer achtet auf ein „bißchen Husten“! Dann wird der Schlaf schlechter: man wirft Schleim aus, der Kopf ist benommen, der Appetit schlecht, die Gesichtsfarbe fahl, das Auge krankhaft glänzend, man fühlt sich unfähig zur Arbeit, hat Atembeschwerden, ist betrübt bis zur Verzweiflung — und erfährt dann schließlich, daß man an einer schon weit vorgeschrittenen Erkrankung der Atmungsorgane leidet, die den ganzen Körper in Mitleidenschaft gezogen hat.  
Nun wird alles mögliche getan, um der Krankheit Einhalt zu gebieten. Geld spielt keine Rolle mehr, und es wird alles probiert. Wer sich's leisten kann, geht nach Davos, um dort dünne, sehr sauerstoffreiche Luft zu atmen!  
Da — leider — nicht jeder in Davos leben kann, haben die Aerzte zu Sauerstoff-Inhalationen gegriffen und aus eisernen Flaschen dem in eine Saug-Maske gesteckten Patienten Sauerstoff zugeführt. Das Verfahren ist umständlich, teuer und eine Qualerei für den Kranken, aber man hat zweifellos Erfolge gehabt.  
Jetzt aber ist es gelungen, aktive Sauerstoff-Inhalationen zu bewerkstelligen ohne Stahlflasche, ohne Maske, überhaupt ohne

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).

Neuerscheinungen:  
**Von unten auf.**  
Ein neues Buch der Freiheit.  
Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich.  
— Mit 26 Bildern. —  
Preis gebunden 2 Bände 6 M. In 1 Band 5 M.,  
einzeln pro Band 3 M.

**Die Bakterien.**  
Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen.  
Von Dr. Adolf Reib.  
(10. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)  
Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

**Der industrielle Großbetrieb.**  
Eine Einführung in die Organisation moderner Fabrikbetriebe.  
Von Richard Woldt.  
(11. Bändchen der Kleinen Bibliothek.)  
Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.)

**Leo Tolstoi-Briefe**  
(1848—1910).  
Gesammelt und herausgegeben von V. A. Sergejents.  
Preis broschiert 6 M.

**Protokoll**  
über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher, des  
**Zwangszweckverband für Groß-Berlin**  
betreffend. Abgehalten am 15. Januar 1911.  
Preis 75 Pf. 245/6\*

jeden Apparat, auf billigste Weise durch die ganz neuen Dr. Schleimers aromatischen Katal-Sauerstoff-Inhalationen; (patentamtlich geschützt), bei denen der Sauerstoff aktiv in statu nascondi eingeatmet wird.

Die Versuche haben ergeben, daß die Inhalation von aktivem Sauerstoff auf Asthma, Katarrhe der Luftwege, Lungenleiden, Influenza und Keuchhusten eine wunderbar wohltuende Wirkung ausübt. Auffallend und unverkennbar ist schon nach der ersten Inhalation die Erleichterung der Atmung: dieses Gefühl der Befreiung wächst mit jeder neuen Inhalation.

Es ist somit allen Leidenden jetzt die Möglichkeit geboten, durch Inhalation aktiven Sauerstoffs ohne Apparate ihr Leiden zu lindern und wieder gesund zu werden. Unbedingt sollte jeder Leidende einen Versuch machen, zumal dieser Versuch nichts kostet. Man schreibe nur eine Postkarte an die Berliner Chemische Fabrik, Charlottenburg 5 D, 419, auf der man seine genaue Adresse deutlich angibt, und man erhält umgehend gratis und franko eine Probe-Inhalation zugesandt, so daß man sich ohne Kosten von der Wirkung dieses hilfreichen Mittels überzeugen kann.

Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genane Gebrauchsanweisung und ärztliche Gutachten usw. liegen der kostensfreien Probefungung bei! 254/2

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Moquetts, Satteltaschen.  
Püsch-Reste!  
Master bei näherer Angabe franko.  
**Emil Lefèvre, Berlin, 158.**

**Syphilis-Nachweis**  
in allen frisch u. veraltet zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; beagl. Harn- (bes. auf Gonorrhoe-Räden) u. Sputum-Analysen.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Hohenstraße, I. 8724. Perf. Rührp. bißfr. u. festl. Bed. öffnet von 8—8 Sonntags von 12—1.

**Pollmanns Bandagen**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc.  
Berlin N., Rothringstr. 60.  
Lieferant für Krankenkassen.  
Eigene Werkstat.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69 (Laden).  
Soeben erschien:  
**Grundbegriffe der Politik**  
von  
**Friedrich Stampfer.**  
In Leinen gebd. 3 M.

**Lege-Hühner,**  
garantiert junge, beste Lege, 6 Stk. 2<sup>1/2</sup> M., empfiehlt F. Wegner,  
Berlin SO., Mariannenstr. 34.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.











**Öffentliche politische Versammlungen.**

**3. Wahlkreis.**

Dienstag, den 21. Februar 1911, abends 8 Uhr:  
**Große Volks-Versammlung**  
 in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59.

- Tages-Ordnung: 2137\*
1. Wer treibt Katastrophopolitik?  
Referent: Reichstagskandidat **Wilh. Pfannkuch**.
  2. Freie Aussprache.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Einberufer: **Aug. Pohl**, Raundstr. 30.

**Sechster Wahlkreis.**

Dienstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner  
**Vock-Bräuerei (Abt. II)**, Chausseestr. 64:

**Öffentliche politische Versammlung.**

- Tages-Ordnung:
1. Die Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen  
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Georg Ledebour**.
  2. Freie Diskussion.  
Der Einberufer: **S. Joseph**, Tiedstr. 34.

**Konsumverein Charlottenburg und Umgegend**

E. G. m. b. H.  
 Die für diese Woche angeordneten Mitglieder-Versammlungen finden folgendermaßen statt:  
**Mittwoch, den 22. Februar**, bei **Vock, Osnabrücker Str. 24**,  
 und bei **Thunack, Wielandstr. 4**. 100/12  
**Donnerstag, den 23. Februar**, bei **Vode, Mehringstraße 25**,  
 und im **Luisenpark, Wilmerisdorf, Wilhelmstraße 112**.  
 Die für Dienstag im Volkshaus angeordnete Versammlung findet (weil an diesem Tage Wahl-  
 vereinsversammlung) erst am **Freitag, den 24. Februar**, statt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbüro:  
 Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

**Graveure! Zifelleure!**

Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 in den **Korona-Prachsfälen**, Kommandantenstr. 72.

- Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Woldt** über: „Gewerkschaftskämpfe der Zukunft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 22. Februar, abends 6 Uhr:  
**Versammlung**

**der chirurgischen Branche**  
 im **Rosenthaler Hof**, Rosenthaler Str. 11/12.

- Tagesordnung: 112/8  
 1. Vortrag des Genossen **H. Schütte** über: „Unsere Freiheits-  
 dichter und ihre Werke“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
 4. Verschiedenes.  
 Kollegen! In dieser Versammlung werden sehr wichtige  
 Branchenangelegenheiten besprochen. Darum erscheint Mann für Mann!  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Zimmerer.**

Zahlstelle Berlin und Umgegend.  
 Mittwoch, den 22. Februar 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei **Generslein**,  
 Alte Jakobstr. 70:

**Zahlstellen-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
 Fortsetzung der Tages-Ordnung vom 1. Februar.  
 Vollzähliges Erscheinen der Delegierten u. Zahlstellen-Funktionäre ist Pflicht.  
 254/5 Der Vorstand.

**Zentralverband der Schmiede**

Zahlstelle Berlin.  
 Bureau und Arbeitsnachweis: Linienstr. 73. — Telefon: Amt III, 0714.  
 Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

**Jahres-Generalversammlung**

in den „**Musikfälen**“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Jahresbericht der  
 Ortsverwaltung und sämtlicher Körperschaften. 3. Renouveau der Orts-  
 verwaltung und sämtlicher Körperschaften. 4. Anträge und Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erlauben wir die Kollegen,  
 vollständig zu erscheinen. (176/6) Die Ortsverwaltung.

**Plasmon-Cacao**

**Bester Nähr cacao der Welt**

Erhältlich in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften.

**Berliner Genossenschafts-Bäckerei**

Eingetragene Genossenschaft mit be-  
 schränkter Haftung.  
 Bilanz per 30. September 1910.

**Aktiva.**

1. An Kassa-Konto . . .	543,54
2. „ Bank-Konto . . .	5 592,58
3. „ Waren-Konto . . .	13 850,87
4. „ Einrichtungs-Konto . . .	17 000,—
5. „ Gehalts-Konto . . .	18 000,—
6. „ Umlauf-Konto . . .	529,14
7. „ Betriebs-Umlauf-Kto. . .	210,—
8. „ Konto pro Diverse . . .	610,—
<b>Summe</b>	<b>55 835,93</b>

**Passiva.**

1. Per Konto pro Diverse . . .	20 451,—
2. „ Darlehens-Konto . . .	28 500,—
3. „ Reservefonds-Kont. . .	550,—
4. „ Konto der Genossen . . .	1 500,—
5. „ Gewinn- u. Verlust-Kto. . .	1 810,05
„ Umlauf-Konto . . .	3 024,58
<b>Summe</b>	<b>55 835,93</b>

Am Laufe des Geschäftsjahres  
 1909/10 ist kein Genosse beigetreten  
 und keiner ausgeschieden.  
 Es gehörten der Genossenschaft am  
 Schluß des Geschäftsjahres 1909/10  
 15 Genossen an mit einer Gesamt-  
 kapitalsumme von 1500 Mark und dem  
 gleichen Geschäftsguthaben. Die Dar-  
 lehen summe hat sich nicht vermehrt und  
 nicht verringert. 2575  
 Berlin, den 21. Februar 1911.  
 Der Vorstand:  
 H. Michaelis, Paul Penz.

**Erstklassige Herrengarderobe**  
 nur nach Maß  
 anerkannt best. Aus-  
 führung, garantiert  
 langlebiger Stoff, liefert  
 an Herren in geschl.  
 Position auf Teilzah-  
 lung zu Kassapreisen  
 monatlich 10 M.,  
 wöchentlich 2,50 M.  
**Martin Katz,**  
 Schneidermeister,  
 76 Dresdener Straße 76  
 nahe Thalia-Theater.

**Stoffe**  
 Garantiert „Original-Englisch“  
 für Anzüge, Ullster, Pelze u. 4,50 M.  
 Zuschlager Koch & Seeland G.m.b.H.  
 Gertraudenstr. 20-21  
 218-219  
 218-219

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.

**Lichtbildervorträge**

über  
 „Die historische Entwicklung der Künste  
 und die modernen Bestrebungen im Handwerk“.  
 Dienstag, 21. Februar, im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15.  
 Mittwoch, 22. Februar, im **Freyers Festsaal**, Rappstr. 29.  
 Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr.  
 Eintrittskarten werden nicht verkauft. Zutritt haben alle  
 Mitglieder und ihre Frauen.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die Kollegen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.  
 Die Billets für die Kinder-Vorstellung sind vergriffen!

Sonabend, **Großes Winterfest** in der „Neuen Welt“,  
 den 4. März, **Gartenstraße 108/114**.  
 Billets a 50 Pf. werden von den Beitragskassieren und im Bureau  
 abgegeben.

**Achtung, Vertrauensleute!**  
 Die Zahlstelle 55 ist von **Talfer Straße 55** nach  
**Mariannenstraße 41** bei **Schoßtag** verlegt worden.

**Mitglieder-Versammlungen.**

**Kistenmacher.**  
 Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bocker**,  
 Webersstraße 17.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verbandangelegenheiten.  
 3. Branchenangelegenheiten.

**Kamm- und Zelluloidarbeiter.**  
 Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im **Gewerkschafts-  
 haus**, Engelauer 14/15 (Arbeitslokal).  
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Branchen-  
 leitung. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

**Bürsten- und Pinselmacher.**  
 Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Preuß**,  
 Holzmarktstraße 65.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Langhammer**  
 über: „Die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft und  
 wer unterstützt dieselben.“ 2. Verbandangelegenheiten.

**Falonsienarbeiter.**  
 Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bocker**,  
 Webersstraße 17.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Fendel** über:  
 „Politische Streikthier.“ 2. Branchenangelegenheiten.

**Bodenleger.**  
 Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im **Gewerkschafts-  
 haus**, Engelauer 14/15 (Saal 3).  
 Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Branchen-  
 leitung. 2. Verbandangelegenheiten.

**Stellmacher.**  
 Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im **Rosen-  
 thaler Hof**, Rosenthaler Str. 11/12.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Hildebrandt**  
 über: „Die Ursachen der Teuerung.“ 2. Verbandangelegenheiten.  
 Die Ortsverwaltung.

**3000 Zentner Bettfedern und Daunen im Jahre 1910**  
 also wieder erheblich mehr als im Vorjahre  
 hat umgesetzt die  
**Erste Bettfedern-Fabrik**  
 mit elektrischem Betriebe

**Gustav Lustig**

Berlin S Prinzen-Strasse 46 und 47.

**Bettfedern**  
 in Mark 0,55, 1,—, 1,25, 1,50, 1,75,  
 2,—, 2,25, 2,50, 3,—, 3,50 bis  
 6,— Mark per Pfund.

**Daunen**  
 in Mark 2,85, 3,50, 4,50, 5,—,  
 6,50, 9,—.

**Fertige Betten**  
 bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen  
 in Mat 12—, 15—, 18—, 24—, 28—,  
 31,50, 38—, 45—, 54—, 61—, 70—,  
 80— bis 120,—.

**Monopol-Daunen**  
 beste Bettenfüllung  
 Pfund Mark 2.85  
 Ausnahmepreise für

**Metall-Bettstellen**  
 nur gegen Vorzeigung des Inverats

Anfertigen von Betten

Mit Zugfeder-  
 Matratze,  
 schwarz oder  
 weisslackiert,  
 190 x 80 cm  
 Mark  
**13.—**

Nr. 1001.

Mit Zugfeder-  
 Matratze,  
 schwarz oder  
 weisslackiert,  
 Ringe, Trallien  
 im Kopf- und  
 Fußteil von  
 Messing,  
 Pfosten 33mm  
 stark,  
 190 x 90 cm  
**26.00**  
 M.

Nr. 1002.

Hochelegante  
**Messing-  
 bettstelle**  
 mit Zugfeder-  
 Matratze in  
 Holzrahmen  
 195 x 90 cm  
**52.00**  
 M.  
 200 x 100 cm  
**55.00**  
 M.

Nr. 631

**Unstreitig größtes Bettfedern-  
 Spezial-Geschäft Deutschlands**



# Wer sicher sein will, die echten **MAGGI** Bouillon-Würfel

Originalbüchsen zu 10 50 100 200 500 Würfeln  
M. -50 2.40 4.75 9.25 20.-



zu erhalten, verlange beim Einkauf ausdrücklich **MAGGI** Bouillon-Würfel und achte auf den Namen **MAGGI** sowie die Schutzmarke Kreuzstern.

## Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Invanturaudverkauf zu Spottpreisen.**

**Teppiche, Gardinen, etc.** jetzt fabrikbillig. Riesen-Parfumerie, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärts! noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen, Badstoffe, Fenster** 1.65, 2.25, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 ufm. **Totalsandverkauf** von angekauften Gardinen, Stores, Bettdecken kaumend billig. Große Frankfurterstr. 125.

**Tuch- und Blaudruckwaren, Garnituren** 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. **Jahreslager Große Frankfurterstr. 125.**

**Teppichdecken** billigst, **fabrik Große Frankfurterstr. 125.**

**Tuch- und Blaudruckwaren mit feinen** **Rechnen zu Spottpreisen.** Große Frankfurterstr. 125. Nur im Hause der Möbelfabrik. 2125R\*

**Teppiche!** (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. **Teppichlager** Hermann Dackeler Markt 4, Bahnhofstr. 125. (Nur bei Vorwärts!) erhalten 5-10 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

**Gastronomie, dreifachartig 4.50,** **Bronzetronen 7.50, Gaszylinder 7.00, Gasöfen 1.40, Gaswandarme 0.55, Leuchtblenden** gestaltet. **Aronenlager Große Frankfurterstr. 92; Filiale** **Rabenstr. 6.** 13015R\*

**Tüllgardinen, Stores, Kaufhaus.** **Spottpreislager Inventurverkauf** Fenster 1.15, 1.65, 2.50 bis 9.-. **Prachtvolle** **Leibergardinen; Fenster** **garnitur 3.50 bis 18.50.** **Wolfs** **Teppichdecken, Dreieckerstr. 8 (Rothbühlertor).** **Abonnement** **Rabatt.** 20635R\*

**Billige** **Wolldecken, Hochlegante** **Herrenhosen** aus feinsten **Wollstoffen** 20-40 Mark. **Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Vorjährige** **elegante Herrenanzüge** und **Paletots** aus feinsten **Wollstoffen** 20-40 Mark. **Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Hermandian 6, Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Wandblech-** **haus, Stammenbillige** **Wandbleche, Gekochte** **Wandbleche, Herrenpaletots, Herrenhosen, Extrabilliger** **Beitenverkauf, Wäscheverkauf, Teppich-** **verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-** **decken, Wandblechdecken, Kleinfach-** **wahl Schmuckwaren, Taschenwaren, Wanduhren, Korbwaren** **Einkaufs-** **quelle, Wandblechhaus Hermandian, Unter den Linden 21.** 12888R\*

**Schönhauser Allee 114 (Hing-** **bohnhof), Großbetriebs** **spottpreislager** **Einkaufspreise, Niedrigere** **Räumungs-** **preise, Wandverkauf, Taschen-** **waren, Freizeitspiele, Schwere-** **waren, Kasse, Paletots, Damen-** **betten, Gardinenverkauf, Aussteuer-** **wäsche, Porzellanlager, Teppich-** **decken.** 20422R\*

**Glossen zu Preis** **Guano** und **Stigmas** **Lacroy.** Die wahre **Ge-** **halt des Christentums, von August** **Bedel.** Preis 75 Pf., billige Ausgabe **30 Pf.** **Expedition** **Lindenstr. 69, Laden.** 20422R\*

**Betten, eleganter, Stand** **11.00,** **zweischläfrig 16.00, hochfeine 21.00,** **Gardinen, Teppichdecken, Blüsch-** **decken, Teppiche, spottpreislager** **Leid-** **haus, Königsbergerstr. 19.** 21175R\*

**Milchgeschäftsrichtungen:** **Milchverkaufsgelände, Milchlammen,** **Milchmaße, Milchfässer, Butter-** **maschinen, Eiskäse, billigst.** **Spezialfabrik** **Jordan, Michaelstr.** **12.** 21195R\*

**Hygiene der Person und des** **Hauses im gesunden und kranken** **Zustande.** **Von Professor Dr. Jorel** **Reichmann.** **12 Mark** **mit** **1.50 Mark** **(Porto 20 Pfennig).** **Expedition** **Lindenstr. 69, Laden.** 21175R\*

**Bronzegadronen, Inventur-** **Räumungsverkauf** **zum** **schleunigen** **Verkauf.** **Preise** **bedeutend** **berab-** **gesetzt.** **Blüschdecken, schwere** **Qualität; Stuhlgänge, früher 18.50** **jetzt 12.00; Wohnzimmergröße, früher** **32.75 jetzt 24.50; Salongröße, früher** **43.50 jetzt 35.00.** **Teppichhaus** **Georg** **Zange, Schauffelstr. 73/74.**

**Vorzieren, Tisch- und Tisch-** **bestände 1-4 Fenster** **bedeutend** **unter Preis.**

**Erbstuhl, Stores, ein großer** **Posten** **mit** **Volant, volle Breite und Länge** **4.75.**

**Teppichdecken, eigene** **Anfertigung** **richtige Größe, 3.75, 4.50, 5.50, 7.50,** **Teppichhaus** **Georg Zange, Schauffel-** **str. 73/74.** 30755R\*

**Teppiche (Farbenfehler) Gelegen-** **heitsverkauf, fabriklager** **Wanderhoff,** **Nur** **Große** **Frankfurterstr. 9, Ein-** **gang, Geöffnet** **1874.** **Vormars-** **chieren** **10 Prozent.** **Sonntags** **ge-** **öffnet.**

**Teppichdecken** **billigst** **fabrik** **Große** **Frank-** **furterstr. 9, Eingang.**

**Gardinenhaus, Große** **Frank-** **furterstr. 9, Eingang.** 24918R\*

**Bücher des** **deutschen** **Hauses.** **Eine** **Sammlung** **guter** **Erzählungen,** **Geschichten, Romane** **etc.** **Gut** **aus-** **gestattet, zita 300 Seiten** **umfangend,** **zum** **Teil** **illustriert** **und** **gebunden.** **90** **Pfennig** **pro** **Band.** **Expedition,** **Lindenstr. 69, Laden.**

**Vormarschblätter** **erhalten** **fünf** **Prozent** **Extrarabatt, selbst** **bei** **Ge-** **legenheitskäufen.**

**Teppiche, vorjährige** **Walter, für** **halben** **Preis.** **Thomas, Dranien-** **str. 160, Dranienplatz, Rosenhale-** **str. 54.**

**Gardinen, Restbestände, bis** **drei** **Fenster, statt 5-8, statt 8-5,** **statt 12-8.** **Thomas, Dranien-** **str. 160, Dranienplatz, Rosenhale-** **str. 54.** 21535R\*

**Beleuchtungshaus, Gasweil-** **lochler 3.50, Gaszylinder 7.50,** **Kalendertheaterstr. 32.** 2645R\*

**Milchgeschäft, Einrichtung, spot-** **tpreislager, Wollnerstr. 35.** 775R\*

**Geschäftsverkäufe.** **Wollerei, 11** **Rübe, alles** **Ge-** **schäft, gute** **gescherte** **Existenz, sofort** **zu** **verkaufen.** **Passend** **für** **Anfänger.** **Herren,** **Dranienburgerstr. 5,** **(Bahnhofstr.)** 2255R\*

**Friseurgeschäft** **sofort** **veräußert,** **Schweiberstr. 249.** 2635R\*

**Restaurations, Vereine, Krankheits-** **wegen** **billig.** **Reichenhellerstr. 34.** 775R\*

**Seifen, Emaille, Porzellan,** **12000** **Umsatz, krankheitshalber** **sofort** **zu** **verkaufen.** **Schwerstr. 5.** 740R\*

**Möbel.** **Möbelverkauf!** **Sofas, Garni-** **turen, Kleiderstühle, Vertikals, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen,** **Rückenmöbel, Pianinos, ganze Ein-** **richtungen** **spottpreislager, große** **Ge-** **legende, Kleinauswahl, 5** **Flagen,** **Möbelverkauf** **Neue Königstr. 58,** **fabrikgebäude, Sonntags** **geöffnet.** **Leihzahlung** **gestattet.** 240/19R\*

**Möbel-Verkauf, Blumenstr. 7,** **am** **Rosenthaler** **Tor, Wohnungs-** **einrichtungen** **auf** **Kredit** **und** **gegen** **dar-** **leihen.** **Kleinauswahl, Stube** **und** **Küche** **Anzahlung** **von** **15** **Mark** **an.** **Einzelne** **Möbelstücke** **von** **5** **Mark** **Anzahlung** **an.** **Hervorragende** **schöne** **Wasser** **in** **bunten** **Räumen, Wachen, Kronen-** **oder** **vierteljährliche** **Raten** **nach** **Ueber-** **einkunft.** **Lieferer** **auch** **nach** **auswärts.** **Vorzugs-** **weise** **dieses** **Inventar** **erhält** **beim** **Kauf** **5** **Mark** **gutschriftlich.** 240/19R\*

**Möbel ohne** **Geld** **bei** **ganz** **kleiner** **Anzahlung** **geben** **Wirtschaften** **und** **einzelne** **Stücke** **auf** **Kredit** **unter** **äußerster** **Preisnotierung; auch** **Barren** **oder** **akt.** **Für** **ganze** **Osten** **kauf** **bei** **und** **Kreissmann** **u. Co., Kopen-** **str. 4, Schleierstr. Bahnhof.** 19518R\*

**Möbel!** **Für** **Bräutlinge** **günstigste** **Gelegenheit,** **für** **Möbel** **anzuschaffen.** **Mit** **kleinster** **Anzahlung** **geben** **schon** **Stube** **und** **Küche.** **An** **jedem** **Stück** **deutlicher** **Preis.** **Ueberweisung** **daher** **ausgeschlossen.** **Bei** **Krankheits-** **fällen** **und** **Arbeitslosigkeit** **anerkannt** **größte** **Rückzahl.** **Möbelgeschäft** **R.** **Goldhaus, Jossenerstr. 38, Ecke** **Wollnerstr. Kein** **Abzählungs-** **geschäft!** 29019R\*

**Möbelsticker, Garnad, Tisch-** **meister, gegründet** **1901, Stall-** **reiber-** **str. 57 (Mortyplatz), liefert** **kom-** **plette** **Wohnungseinrichtungen** **zu** **niedrigsten** **Preisen.** **Unab-** **erlässliche** **Leistungsbiligkeit.** **Enorme** **Auswahl.** **Leihzahlung** **gestattet.** **Vormarschblätter** **3** **Prozent.** **Rein** **Laden.** **Verkauf** **fabrikgebäude.**

**Gebräuchte** **und** **neue** **Möbel** **am** **billigsten** **bei** **Rehfeld, Puttmann-** **str. 20 (Sofandrunnen).** 19518R\*

**Bettstellen** **mit** **Matratze** **12.00,** **15.00, 18.00, 21.00. - Englische,** **nagelneu 25.00.** **Rehfeld, Puttmann-** **str. 20.**

**Kleiderstühle, Aufschlapp-** **stuhlbaumartig 27.00, 12.00, 15.00,** **Rehfeld, Puttmannstr. 20.**

**Einrichtung, vollständige, für** **Stube, nagelneu 120.00.** **Rehfeld, Puttmannstr. 20.**

**Rückeneinrichtung** **komplett 45.00,** **Rehfeld, Puttmannstr. 20.**

**Wischsofa, nagelneu, modern** **39.00.** **Rehfeld, Puttmannstr. 20.**

**Imzugshaber** **besonders** **billige** **Preise!** **Engländer** **Anteilschein** **55,-** **mit** **geschliffenem** **Spiegel 65,-** **eleganter** **Solarmöbel** **mit** **großem** **Kristallspiegel 55,-.** **Wischsofa 45,-** **Säulenstuhl, Spezial-Leder** **Stühle 8,-** **englische, moderne** **Bettstelle** **mit** **Matratze** **und** **Reißhaken 45,-.** **Säulen-** **trumeau** **mit** **geschliffenem** **Spiegel** **29,-.** **Herrenschreibtisch 40,-.** **Chape-** **longue** **mit** **Decke 22,-.** **Ausziehlich** **15,-.** **Wischsofa** **mit** **Marmorplatte** **38,-.** **moderne, farbige** **Rücken** **55,-** **an.** **Aufbewahrung** **und** **Transport** **frei.** **Möbelhaus** **Deben-** **str. 107-108.** 204/19R\*

**Musik.** **Pianos, wenig** **gebraucht,** **sofort** **billig** **abzugeben.** **Wolfs-** **fabrik** **Manthey, Potsdamerstr. 27b.**

**Reihbaupianos, modernes,** **225,-.** **Ronczyn, Alexanderstr. 37.**

**Prachtianos, vorzügliches,** **ge-** **kostet** **650,-** **für** **210.** **Debamme** **Sträßerstr. 1, Ecke** **Blücherstr.** 254b

**Klaviermusik, Erwahnen** **Schneidmühle, Monatspreis 3.00,** **Klavier** **frei.** **30** **Klaviere.** **Rustfahnen, Dranienstr. 147** **Mortyplatz, Uniontheater.** 25/14R\*

**Möbel-Gelegenheitskäufe** **in** **aller-** **größter** **Auswahl; einfache** **sonstige** **bessere** **Wohnungseinrichtungen** **be-** **deutend** **billiger** **wie** **regulär.** **Er-** **gänzungsstücke, Büfette, Schreib-** **tische 45, Sofas 45, Garnituren 65,** **Trumeaus 37, Schränke, Vertikals** **27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchen-** **möbel, Klubsessel, Ledersofas, Um-** **baum, Lederhülle** **etc.** **spottpreislager,** **Kenners** **Möbelverkauf, Lothring-** **str. 55, Rosenhale-Tor.** **Die** **Möbel** **sind** **in** **drei** **Etagen** **aus-** **gestellt.** 20075R\*

**Wettbewerbs, 10, Ecke** **Reich-** **str. 5, Uran, bekannt** **als** **beste** **Ver-** **gänger.** **Kassa** **und** **Leihzahlung.**

**Wirkliche** **Schlafzimmer!** **her-** **vorragend** **schön** **ausgestattet, enorm** **billig** **ver-** **kauflich.** **Möbel** **fabrik** **R. Girsch-** **witz, Stahlstr. 25, an** **der** **Hoch-** **bahn.** 19/4R\*

**Wohlfühl, Soedel, Mortyplatz 58.** **In** **meinem** **seit** **32** **Jahren** **bestehenden** **Möbel-** **verkaufshaus** **sind** **in** **drei** **Etagen** **kom-** **plette** **Wohnungseinrichtungen** **zu** **äußerst** **niedrigen** **Preisen** **zum** **Ver-** **kauf.** **Als** **Spezialität** **liefere:** **Ein- und** **Zwei-** **zimmer-Einrichtungen, 1** **Zimmer** **und** **Küche** **194,-, 200,-, 225,-, 250,-** **modern 479,-, 2** **Zimmer** **und** **Küche** **modern 501,-, 667,-, 721,-,** **Schlafzimmer, englisch 199,-, mo-** **dern, echt** **Engl. 347,-.** **Wohnzimmer,** **modern 297,-, Speisezimmer 355,-,** **Herrenzimmer 200,-, englische** **Bett-** **stelle** **mit** **Matratze 44,-, Kleider-** **stühl 30,-, Trumeau, geschliffen** **34,-,** **Schlafsofa 36,-, Tischsofa** **55,-, Umbau 60,-, Teppiche,** **Kleinfachwaren, Befestigung** **erleben.** **Transport** **und** **Lagerung** **kosten-** **frei.** **Eventuell** **Leihzahlung** **gestattet.** **Geöffnet** **8-8, Sonntags** **8-2** **Rein** **Laden.** **Verkauf** **nur** **im** **fabrikgebäude.** **Rustfahnen** **P. gratis** **und** **transp.** 19055R\*

**Verwalter** **verkauft** **umhän-** **delbar** **schleunigst** **vollständige** **2** **Zimmer** **Küchenmöbel-Einrichtung, Tisch-** **garnitur, Teppich, Krone, Rücken-** **möbel, an** **Privatkauf.** **Wolfs-** **fabrikstr. 1b-2.** 27/1R\*

**Leihzahlung, Möbeleinrichtung,** **Stube** **und** **Küche** **15** **Mark.** **Ver-** **leihen** **gewisse** **Möbel** **spottpreislager.** **Gebräuchte** **Möbel** **nehmen** **in** **Leih-** **zahlung.** **Verolina, Rosenthaler** **49.** 21518R\*

**Fahrräder.** **Herrenfahrrad, Damenfahrrad,** **einmal** **benutzt, 35,-, Holz, Blumen-** **str. 36b.** 21085R\*

**Geschäftsdreirad, äußerst** **stabil,** **50.00** **an** **Holz, Blumenstr. 36b.**

**Herrenfahrrad** **mit** **Verkauf,** **Frau** **Kraus, Andreasstr. 54.**

**Musik.** **Pianos, wenig** **gebraucht,** **sofort** **billig** **abzugeben.** **Wolfs-** **fabrik** **Manthey, Potsdamerstr. 27b.**



Partei-Angelegenheiten.

Öffentliche Frauenversammlung. Dienstagabend 8 1/2 Uhr, im Hofgärtnerpalast, Hasenheide 52/53: Vortrag von Luise Hey über: „Witwen- und Waisenversicherung oder Zwangsversicherung der Arbeiterkinder?“

Erster Wahlkreis. Heute, Dienstag: Öffentliche Versammlung bei Dräsel, Neue Friedländerstr. 35. Genosse Dilweil spricht über: „Deutschlands Lebensbedingungen“.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Es ist eine außerordentlich reichhaltige Tagesordnung zu erledigen.

Reich-Bundow. Mittwochabend 1/9 Uhr, im Lindenpark, Chausseestraße 18, gemeinsamer Jahlabend für alle Bezirke. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Schmargendorf. Die für Mittwoch geplante öffentliche Versammlung fällt aus, dafür findet heute, Dienstagabend, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr, im Restaurant Sadan, Reichenhagenstr. 124: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kirche, Schule und Sozialdemokratie. Referent: Genosse Pies. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Vereinsangelegenheiten (Ausschluss eines Mitgliedes).

Nordend (Bezirk Nieder-Schönhausen). Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Orth (Gesellschaftshaus), Nordend, Platanenfelder Straße 17: Volksversammlung. Tagesordnung: Unsere Volksschule in Nordend wie sie ist und wie sie sein sollte. Referent: Stadtverordneter Paul Dupont.

Köpenick. Heute abend findet im Stadttheater (Froh. Otto) die Wahlvereinsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. W. Borchardt-Charlottenburg.

Potsdam. Wegen des am Mittwoch stattfindenden letzten Vortrages des Genossen Pies über das „Erftarer Programm“ findet der Jahlabend erst am Sonntag von 1/2 10 Uhr ab in den Bezirkskollektiven statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenwahlen für die verstorbenen Genossen Singer und Voigt hat der Magistrat auf Mittwoch, den 15. März, festgesetzt. Genosse Singer vertrat den 17. Kommunalwahlbezirk, sein Mandat läuft bis Ende 1915. Genosse Voigt war im 11. Kommunalwahlbezirk gewählt, und zwar bis Ende 1913.

Der Sturm in der Sonntagsnacht hat wiederum mehrere Unglücksfälle zur Folge gehabt. Es wurde eine große Schaufensterscheibe des Warenhauses von Levy in der Brunnenstraße eingedrückt und die in der Auslage vorhandenen Waren auf die Straße geschleudert. Auf Witten des benachrichtigten Geschäftsinhabers beteiligte sich auch der gerade vorüberkommende 50jährige Brauer Martin Ares aus der Usedomstraße an den Aufräumungsarbeiten. Als er im Begriff war, die Glasstücke aus dem Schaufenster zu entfernen, wurden plötzlich durch einen neuen heftigen Windstoß die letzten Stücke der großen Scheibe zertrümmert und die Scherben trafen den Brauer gerade im Gesicht. Ihm erlitt zahlreiche schwere Schnittwunden und nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß er nicht das rechte Auge verloren hat. Blutüberströmt wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo ihm mehrere klaffende Schnittwunden, von denen eine über die ganze linke Wange reichte, vernäht werden mußten.

Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in einer Restauration in der Stettiner Straße. Dort stand der 15jährige Kutscher Finde in der Nähe der Schaufenster und trank in der Gesellschaft mehrerer Freunde ein Glas Bier. Plötzlich wurde durch einen gewaltigen Windstoß die Fensterscheibe zertrümmert und die Scherben trafen den J., der am linken Handgelenk und im Gesicht mehrere tiefe Schnittwunden erlitt und ebenfalls auf der Unfallstation in der Badstraße verbunden werden mußte. In der Birkenstraße 55 wurde das Dach eines Kuh- und Schweinestalles abgedeckt. Nur mit großer Mühe konnten die Kuh- und Schweine unter den Trümmern herausgeholt werden. Die Feuerwehre mußte alarmiert werden, die dann weitere Gefahren beseitigte. In der Elbinger Straße 87 mußte ein dem Einsturz naher Schornstein umgelegt werden. In der Potsdamer Straße 83 wurden die Schaufenster der Zigarrenhandlung von Engelhardt zum zweiten Male vom Sturm zertrümmert.

Die Vororte wurden fast sämtlich durch den Sturm in Mitleidenschaft gezogen. So wird uns aus Nimmelsburg berichtet, daß dort in zahlreichen Fällen Telephonstänge auf den Dächern zerstört und die Leitungen auf die Straßen geworfen wurden. Vor dem Schönerischen Restaurant stürzte eine hohe Föhnenstange dicht vor einem vorüberkommenden Passanten krachend zur Erde. — In Friedrichshagen wurden mehrfach Schornsteine von den Dächern heruntergeschleudert und Passanten in Lebensgefahr gebracht. Laternen wurden zerstört und große Schaufensterscheiben zertrümmert. — In den Laubentkolonien in Weihensee und Niederschönhausen wurden ganze Lauben vollständig umgeweht und vernichtet. Laubentdächer wurden abgehoben und ein Stück fortgetragen. Auf den Rieselfeldern wurde erheblicher Windbruch herbeigeführt. — In Johannisthal wurde ein Fliegerapparat durch den Sturm umgeworfen und der Fliegerapparat vom Binde entführt. Er stürzte dann zu Boden und wurde stark beschädigt. — In Südenow und in Steglitz wurden mehrere Dächer abgehoben. — Auf den Chausseen nach Freienwalde wurden uralte Bäume entwurzelt und quer über den Fahrweg gelegt.

Des Guten zu viel!

Die Anregung eines Genossen, die wir dieser Tage veröffentlichten und die sich auf die etwas allzu spleenide Art der Kranzspenden bei Begräbnissen von bekannten Parteigenossen bezog, hat uns weitere Zuschriften eingetragen. Die eine wendet sich entrüstet gegen den Vorschlag einer Einschränkung bei solchen Gelegenheiten, indem betont wird, daß Kranz- und Blumenpenden den Ausdruck der Liebe und Verehrung seien, deren sich der Verstorbene bei Lebzeiten erfreut habe. Eine andere Zuschrift rüht vom Verein deutscher Blumengeschäftsinhaber her und verweist darauf, daß das Kranzpenden doch eine soziale Bedeutung habe, da sehr viele Personen in Blumengeschäften und dergleichen beschäftigt seien. Weiter eine andere Zuschrift schlägt sich den Anregungen des ersten Einsenders an und der Verfasser setzt in längeren Darlegungen seine Ansicht auseinander.

Wir möchten hierzu nur bemerken, daß der Verfasser der ersten Anregung keineswegs für Abschaffung der Blumen- und Kranzspenden plädiert, sondern lediglich angeregt hat, ob nicht eine Einschränkung der Spenden auf ein gewisses Maß wünschenswert ist. Denn die Liebe und Verehrung für einen Verstorbenen liegt nicht allein in der Spendung von Kränzen, einer an sich schönen Sitte. Wir glauben aber, daß man schließlich irgend jemand wird verbieten können, seine Verehrung für einen Verstorbenen in der ihm geeignet erscheinenden Weise zum Ausdruck zu bringen. Wir glauben auch nicht, daß in solchen Fällen, wo gewöhnlich Kränze in großer Zahl

gestiftet werden, in Zukunft die bisher für Kränze gesammelten Gelder für andere Zwecke zur Verfügung ständen. Immerhin aber ist die Anregung der Beachtung wert.

Im Berliner Lehrerverein sprach am letzten Freitag der bekannte Bodenreformer Damajale über: „Bodenreform und Schule.“ In der Debatte fand die Boden- und Wohnungsfrage als eine Frage der realen Grundlagen geistlicher Schularbeit ziemlich allseitige Anerkennung. Wenn die Rente einen zu hohen Prozentsatz des Einkommens verschlinge, so müsse das, so wurde u. a. dargelegt, zur Unterernährung der Familie führen. Schlecht geliebt, schlecht ernährt und infolge dessen blutarme Schüler seien aber nicht fähig, dem Unterrichte dauernd zu folgen. Das Schlafkurssystem wie überhaupt eine hohe Belastungsziffer der Wohnräume seien schuld daran, daß viele Schüler eines ausreichend langen und kräftigen Schlafes in gesunder Luft entbehren müßten. Für Hausarbeiten fehle es daheim häufig an geeignetem Platz und an der nötigen Ruhe. Erziehung zur Ordnung und Gesundheitspflege verfehlten ihren Zweck, wo die Wohnungsverhältnisse jede bleibende Wirkung solcher erzieherischen Maßnahmen der Schule geradezu ertöteten. Bedauert wurde allgemein der Verlauf des Scheunenvierkels. Die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes wurde für Berlin als dringliche Notwendigkeit nachgewiesen.

In der Döberitzer Heide ist am Freitag nachmittag der Gefreite Brandt vom Gardejäger-Bataillon, der zur Unterstützung von Forstbeamten kommandiert war, von Reuten angefallen worden, die beim Fortschaffen eines erlegten Rehbockes betroffen wurden. Durch eine Kugel wurden beide Augen getroffen, so daß B. erblindete. Am Sonntag ist er seinen Verletzungen erlegen. Unter dem Verdachte der Täterschaft sind zwei Arbeiter verhaftet worden.

Der Frauenmord bei Stolpe

Ist aufgeklärt worden. Der Mörder ist ein am 28. April 1886 in Pölow geborener verheirateter Arbeiter Albert Hartmann, der in Velten in der Karlstraße 32 wohnte. Wie wir mitteilen, wurde am 28. Januar die Ziegeleiarbeiterfrau Pauline Gorgolewski, geborene Hennig, auf einem Feldwege zwischen der „Berberziegelei“ und Stolpe-Höhen-Neuendorf ermordet und beraubt, als sie zum Einkaufen nach der Kolonie ging. Sie hatte ein Beihmarkstück und ein wenig kleines Geld bei sich. Die Kriminalpolizei sah sich alle diejenigen an, die seit dem Morde aus jener Gegend aus anderen Gründen verhaftet worden waren. Hierbei stieß man auch auf den Arbeiter Hartmann, der in der Nacht zum 4. Februar bei einem Diebstahl im Stationsgebäude zu Schuldenhaft ergriffen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden war. Es ergab sich, daß Hartmann am Tage des Mordes vorzeitig nach Hause gekommen und seiner Frau, angeblich von seinem Wochenlohn, 9 M. und 60 Pf. gegeben hatte. Die Nachforschungen ergaben, daß die Angabe Hartmanns unrichtig sein mußte. Hartmann war bereits am Sonnabend vor dem Morde entlassen worden und hatte die ganze Woche über nicht gearbeitet, konnte also auch keinen Wochenlohn mehr erhalten haben. Diese Widerlegungen machten Hartmann unsicher, und als ihm auf den Kopf zugehakt wurde, daß er die Frau ermordet und beraubt habe, brach er zusammen und legte ein Geständnis ab. Seine Darstellung der Tat geht dahin: Hartmann wurde in der Woche vor dem Morde mit anderen Arbeitern von den Pantofler Wasserwerken entlassen. Am Sonnabend sollte er seiner Frau Geld nach Hause bringen. Nachdem er morgens wie gewohnt weggegangen war, schlug er wieder den Weg nach den Wasserwerken ein und dachte ständig darüber nach, wie er wohl zu Geld kommen könne. Ohne einen besonderen Plan kam er auch auf den Feldweg nach der Ziegelei. Als er die Frau kommen sah, kam ihm der Gedanke, daß sie Geld haben könnte, und er beschloß, sie zu berauben. Während er dicht an ihr vorüberging, packte er sie hinterwärts mit der linken Hand an der Kehle und versetzte ihr zugleich mit der rechten einen Stoß, daß sie hinfiel. Er warf sich auf sie und versuchte auch, sie zu vergewaltigen. Frau Gorgolewski zog aber schließlich ihr Portemonnaie aus der Brusttasche und bot es dem Räuber an. Als Hartmann danach griff, rief sie unerwartet um Hilfe. Jetzt stürzte er sich wieder auf sie, zog einen Bindfaden, den er bei sich hatte, aus der Tasche heraus, warf ihn die Schlinge um den Hals und zog sie zu, bis sie sich nicht mehr rührte. Dann nahm er das Portemonnaie mit dem Gelde an sich. Aus Furcht, daß die Tote bald gefunden werden könnte, schleifte er sie nach der Heide und legte sie in einem Gebüsch nieder. Der Mörder holte den Korb der Ermordeten, der auf dem Wege stehen geblieben war, und einen Schuh, den sie beim Schleifen vom Fuß verloren hatte, und stellte beides neben die Leiche. Hierauf ging Hartmann nach Hennigsdorf, wo er das geraubte Beihmarkstück wechseln ließ. Dann fuhr er mit der Bahn nach Velten. Die nächste Woche arbeitete er wieder nicht. Abermals mußte er sich irgendwie Geld verschaffen, um seiner Frau nicht offenbaren zu brauchen, daß er entlassen worden war und neue Beschäftigung nicht gesucht hatte. Aus diesem Grunde verübte er in Schuldenhof den Einbruch, bei dem er verhaftet wurde.

Zu den Niebendefraudationen des Agenten Raim gehen uns noch folgende Mitteilungen zu: Die gerichtliche Untersuchung gegen den Agenten Raim fördert täglich immer umfangreicheres Material an den Tag, welches mit Deutlichkeit beweist, daß durch den Verräter die gesamte hiesige Tuchgroßhandlung in ihrem Verdienst in den letzten Jahren auf das schwerste geschädigt worden ist. Die Betrugsereien des Agenten, die, wie jetzt feststeht, etwa hieben Jahre zurückliegen, sind die größten, die jemals in der Industrie durch einen Vertreter ausgeübt worden sind. Im Jahre 1904 war R. der hiesige Platzvertreter der Luxemburger Tuchfabriken. In dieser Stellung hatte er das Ansehen für die Firma und verlor es in kaum einem Jahre, etwa 100—120 000 M. zu unterschlagen. Die Luxemburger Fabrik geriet infolgedessen in Zahlungsunvermögen, doch wurde eine Aufrechterhaltung durch ein Arrangement mit den Gläubigern möglich gemacht. Damals wurde gegen Raim kein Strafverfahren anhängig gemacht, sondern man einigte sich dahin, daß der Defraudant durch Abzahlung seine Schuld begleichen sollte. Mehrere Jahre hindurch war Raim in der hiesigen Tuchbranche, wo die Affäre durchgedrückt war, völlig „unten durch“. Raim durfte in den vornehmen Häusern keine Offerte mehr machen und der Agent mußte zeitweilig Berlin verlassen. Er trennte sich von seiner Frau und betrieb in Begleitung einer Freundin alle größeren deutschen Städte. In den Kreisen der Berliner Tuchgroßhändler war man außerordentlich erstaunt, als R. die Vertretung der angesehenen Firma Heber in Greiz erhielt. Seine zahlreichen Gläubiger legten damals auf die Provisionen, die etwa 40—50 000 Mark pro Jahr betragen, begründeten sich jedoch mit kleinen Bittenschriften. Der 15. Februar war für unsere angesehensten Tuchfirmen ein Tag der Ueberforschungen. An diesem Tage erhielten 15 Firmen, die ihres Wissens nach niemals mit der Firma Heber in Greiz geordnet hatten, Mahnbriefe, in denen sie um Begleichung der etwa ein Jahr zurückliegenden Forderungen — in einem Fall betrug eine 86 000 M. — aufgefordert wurden. Außer dem großen pekuniären Schaden, den drei große Fabriken dieser Branche zu beklagen haben, sind fast alle deutschen Tuchfabriken geschädigt. Der Markt im deutschen Hammungarngebiet war seit einem Jahr in Berlin enorm zurückgegangen. Die hiesigen

Großfirmen konnten sich in dieser Zeit nicht erlösen, wieso Berliner Partiewarenhändler durchaus reelle Ware 30 Proz. billiger verkaufen konnten, als sie selbst liefern konnten. Erst die Aufdeckung der Schwindereien Raims brachte ihnen die recht schmerzliche Erläuterung.

Mit einer Schnfwunde im Unterleib wurde gestern morgen im Hause Friedenstraße 46 ein 15jähriger Schlosserlehrling Ramens N. hilflos aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht. Es bedarf der Aufklärung, wie der junge Mann zu der Verwundung gekommen ist.

Ein entsetzlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang wurde gestern morgen durch das Sturmwetter herbeigeführt. Der 23jährige Fabrikarbeiter Otto Schönwacht, Niddorf, Bergstr. 55 wohnhaft, war in einem Stadtbahzuge nach dem Bahnhof Tempelhof gefahren. In dem Glauben, daß der Zug bereits halte, stieg er aus, während sich die Wagen noch in der Fahrt befanden. Kaum hatte er das Trittbrett betreten, so trat ein heftiger Windstoß ein. Durch die Gewalt des Stoßes verlor Sch. jeden Halt, seine Hände wurden vom Conspégriff losgerissen und er selbst unter den Zug geworfen. Dem Unglücklichen wurde der Schädel vollständig germalmt. Die Schädeldecke war förmlich abgerissen worden. Auf dem Transport zum Kreiskrankenhause starb Sch. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhanse gebracht.

In der Droschke entbunden hat gestern ein junges Mädchen Hedwig K., das auf der Fahrt nach dem Birkow-Krankenhaus begriffen war. Das Mädchen hatte das Wöchnerinnenheim Am Urban aufgesucht und dort um Aufnahme gebeten. Es wurde aber abgewiesen, weil es sich nicht vorher gemeldet hatte, obwohl es auf die unmittelbare bevorstehende Entbindung aufmerksam machte. Darauf wendete es sich an einen dort haltenden Knischer mit dem Frischen, es nach dem Birkow-Krankenhaus zu bringen. An der Heidestraße mußte der Knischer halten, weil es sich herausstellte, daß das Mädchen bereits entbunden hatte. Im Birkow-Krankenhaus angelangt, wurden, wie besonders festgesetzt werden soll, die Aufnahmeformalitäten mit aller Beschleunigung vorgenommen und die nötige Hilfe sofort erteilt. Komte im Wöchnerinnenheim Am Urban angefragt des Zustandes des Mädchens nicht über die bürokratischen Formalitäten fortgesetzt werden?

Zwei Soldaten Selbstmorde haben sich gestern früh im 2. Garde-Regiment z. B. ereignet. Mit ihren Dienstgewehren schossen sich die Soldaten in den Mund; sie waren sofort tot. Der eine gehörte der 4. Kompanie an und hatte Quartier in der Kaserne der Friedrichstraße, der andere war ein Püsilier der 11. Kompanie in der Karlstrassen-Kaserne. Ueber die Motive der Täter ist nichts zu ermitteln.

Die Genossenschaftsbank im Frankfurter Vorbezirk hat durch leichtsinnige Geschäftsmandate des Kassierers Johannes Wulf mit einer großen Unterbilanz zu rechnen, die erst jetzt, nach dem am 11. Januar von Wulf verübten Selbstmorde genauer zu übersehen ist.

Eine Falschmünzerverkettung wurde in der Wangenstr. 193 aufgehoben. Die Polizei fand in einer Wohnung mehrere sein gearbeitete Gipsformen zur Herstellung von Ein- und Zweimarkstücken, eine Schmelzschle, Feilen, eine Anzahl Metalllegierungen, eine Menge losen Gipses und ein falsches 25 Pfennigstück, außerdem aber auch noch einen Stempel und andere Sachen, die aus einem Diebstahl in der Wargelstraße herrühren.

Bei der Arbeit verunglückte gestern der 24 Jahre alte Fensterputzer Karl Grieger aus der Ebertstraße 16. Der junge Mann war mit dem Reiningen der Oberlichtscheiben der großen Reibbahn des Lattenfall Kurfürstendamms 208 beschäftigt. Durch einen Fehltritt stürzte er plötzlich aus der ziemlich bedeutenden Höhe herab. Außer Verletzungen an beiden Händen zog sich der bedauernde junge Mensch einen schweren linksseitigen Oberschenkelbruch zu. Er fand Aufnahme im Krankenhaus Behring. Zu bemerken ist noch, daß trotz mehrmaliger Bestellung längere Zeit verging, ehe ein Krankenwagen ankam, obgleich die Unfallstation keine fünf Minuten entfernt ist.

Was uns der Mond erzählt. Der ständige Begleiter unseres Planeten, der Mond, ist gegenwärtig im wissenschaftlichen Theater „Arania“ in einem isenisch ausgestatteten Vortrag Gegenstand eingehender Betrachtung. Ja es ist im Grunde nicht mehr als eine Mondbeobachtung, die uns hier geboten wird: mit Hilfe funktionsreicher und technischer Mittel, deren sich die Wissenschaft erfreut, wird die Phantasie der Zuhörer in die Weiten des Kosmos gelenkt.

Es wird uns zunächst in einer Reihe von Bildern mit den nötigen, vom Direktor der „Arania“, Herrn Prof. Dr. P. Schwahn versehenen Erläuterungen der Einfluß des Mondes auf unsere Erde vor Augen geführt. Wir gewahren hierbei erst, weshalb von allen Gestirnen am Prominenten der Mond des Menschen liebster Freund ist. Aufeinander folgen Bilder in lebendiger Darstellung über: Ebbe und Flut an der Nordsee, der Mond und die Sehgeiten des Meeres, die Phasen des Mondes: Vollmondsnacht, Mondfinsternis im Weltraum, ringförmige Sonnenfinsternis und Verlauf einer Sonnenfinsternis auf der Erdoberfläche.

Ein Himmelschauspiel von entzückender Schönheit wird uns in der letzten Szene des ersten Aktes durch die Vorführung einer totalen Sonnenfinsternis gegeben. An einem solchen allerdings seltenen Phänomen, das nur wenige Minuten dauert, nimmt, wie der Vortragende, Herr Oskar Wagner, betont, die ganze Natur teil. Schon diese naturgetreue Darstellung lohnt einen Besuch der „Arania“.

Im zweiten Akt wird uns Gelegenheit gegeben, sogar eine „Reise nach dem Monde“ anzutreten. Und diese Reise nach dem leblosen Sohn der Erde ist insofern angenehm, als sie nur von sehr kurzer Dauer ist. Schnell nähern sich uns die Mondpole, wie die ländertropfen bunten Flecke, die, von der Erde aus betrachtet, das „Gesicht“ oder den „Mann“ im Monde bilden und die auf Mondarten, obwohl sie kein Wasser enthalten, als „Meere“ bezeichnet werden. Es herrscht noch Nacht, wenn wir auf dem Monde ankommen; doch nicht lange dauert es, so erleuchtet die Himmelsgöttin die Regelleiter des Mondes. Zum erstenmal wird uns vom Mondbrände aus Gelegenheit gegeben, unsere Erde am Mondhimmel zu beobachten.

Wir sind bitter enttäuscht worden von unseren Vorstellungen über den Mond und es dauerte nicht lange, so bekommen wir Heimweh nach unserer tausendfachen Leben atmenden Mutter Erde. Wir warten noch bis Mittag, doch da wird uns der Boden unter den Füßen zu heiß, und wir hätten es nicht länger aushalten können, wenn nicht schnell eine Sonnenfinsternis eingetreten wäre. Heimkehr zur Erde ist die Lösung, fort von diesem Gastgeber, der uns den Aufenthalt zum Paradies des Todes macht. Und noch schneller, wie wir auf den Mond gereist sind, gelangen wir wieder auf unsere Erde, wo uns Millionen Lebewesen entgegenstürzen und wo der Zerfall der sichtbaren Materie selbst Leben bedeutet.

Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstraße, einen Vortragabend. Dr. Ernst Weber spricht über die „Uebertragung der Syphilis im täglichen sozialen Verkehr“. Der Eintritt ist für Damen und Herren frei.

In der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Freyers Festivals, Kopenstr. 29, ist ein Herrenstimm stehen geblieben. Der Eigentümer wird ersucht, denselben abzuholen bei H. Roghe, N. 20, Badstr. 84, Seitenflügel 4. Etage.



Auf dem am Sonnabend, den 18. d. Mis. in der Brauerei Friedrichshagen vom Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgebung, veranstalteten Maskenball ist ein Trauring verloren gegangen. Derselbe ist gezeichnet mit den Buchstaben H. G. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben abzugeben an Graf, Friedenau, Wilhelmshöhe 1.

**Fengengefuch.** Am Donnerstag, den 16. Februar 1911, abends um 7/8 Uhr, wurde in der Köpenicker Straße zwischen Adalbert- und Michaelstraße von einem Anhängerswagen II der Großen Berliner Straßenbahn der 14jährige Sohn des Schneiders Lehmann aus der Köpenicker Str. 25 beim Ueberfahren des Straßendamms überfahren bzw. angefahren und am Kopfe verletzt. Zeugen waren zwei auf der Straße stehende Frauen ohne Kopfbedeckung, welche um Abgabe ihrer Adressen an den Vater gebeten werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

**Stadtverordnetenversammlung.** Unter „Geschäftliche Mitteilungen“ nahm die Versammlung Kenntnis von einer Zuschrift des Landesdirektors der Provinz Brandenburg, worin der Herr in dem in der vorigen Sitzung zur Sprache gekommenen und bereits im „Vorwärts“ eingehend mitgeteilten Falle des Fürstengesüßlings Frida Döring etwas richtig zu stellen versucht, was unser Redner, Genosse Düwll niemals behauptet hat. Die Herren Pfarrer Succo als Pfleger der bedauernswerten Frida Döring, und Herr Lehrer Otto hatten das Bedürfnis empfunden, ebenfalls eine sogenannte Verichtigung an die Versammlung gelangen zu lassen. Genosse Düwll beleuchtete eingehend diese „Verichtigungen“ und erklärte, er könne und müsse bei seiner ersten Darstellung bleiben. Wenn man jetzt mit immer neuen Beschuldigungen gegen das demitleidenswerte Kind heraustrüdt, so charakterisierte sich dieses Vorgehen in den Augen jedes anständigen und nicht vollständig herzlosen Menschen von selbst. Während bereits am 4. Dezember die kleine Frida zu ihm gekommen sei und er noch am selben Tage vom Lehrer Otto die Einwilligung bekommen habe, das Kind zu behalten, bis Pfarrer Succo von seiner Reise zurückgekehrt sei und dieser dann weiteres bestimmen möge, ging nach der Mitteilung des Landesdirektors erst am 24. Dezember bei diesem von einer zuverlässigen Seite die Anzeige ein, Frida Döring sei vor einigen Tagen plötzlich dem Lehrer Otto entlaufen, habe sämtliche Gasbahnen der Küche geöffnet und habe sich zu dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Düwll begeben. Also am 4. Dezember seien Herr und Frau Otto hoch beglückt, daß das Kind bei ihm ist, da sie bereits fürchteten, es habe sich ein Leid angetan, und am 24. Dezember erst bekommt der Landesdirektor von zuverlässiger Seite die Anzeige, Frida D. sei einige Tage vorher entlaufen. Auch über das angebliche Öffnen der Gasbahnen hatte Herr Otto ihm, Düwll, nichts mitgeteilt. Auch der Frau Wärdereibehälterin Müller, sowie der Frau Wärdereibehälterin Schulz, beide aus der Müllendorferstraße, habe man bei ihren einige Zeit später bei Herrn Succo vorgenommenen Erkundungen nichts von dem Öffnen der Gasbahnen mitgeteilt. Erst, sage und schreibe, drei Wochen später kommt man mit der Behauptung des Öffnens der Gasbahnen heraus. Zum Schluß seiner Ausführungen teilt Genosse Düwll noch mit, daß am 4. Dezember, nachdem ihm mittags der Sohn des Herrn Otto erklärt hatte, sein Vater sei nicht zu Hause, abends die Eheleute Otto sich bei ihm einschuldigen, daß sie sich am 6. Mittag haben verleugnen lassen, da sie sehr lange geschlafen hätten. Eltern, welche sich durch ihre Kinder verleugnen ließen, seien wirklich nicht die zuverlässigen Kronzeugen, um durch ihre Befundungen ein Kind in die Erziehungsanstalt zu bringen. — In die gemischte Kommission zur Beratung eines Ortsstatuts gegen die Verunreinigung von Straßen und Plätzen wurden u. a. die Genossen Grauer und Hecker entsandt. — In einer gedruckt vorliegenden Mitteilung des Magistrats betreffend Einführung der Berufsvereinschaft für Lichtenberg erklärte sich Genosse Spieckermann Namens der sozialdemokratischen Fraktion für die geplante Umänderung. Allerdings sei es notwendig, noch verschiedene Punkte in dem Entwurf abzuändern u. a. auch, daß nicht wie hier vorgesehn, dem Degenen des Armenwesens die Berufsvereinschaft übertragen werde, sondern es sei geboten, hierfür einen besonderen juristisch vorgebildeten Beamten anzustellen. — Ein von unseren Genossen eingereicherter Antrag, durch Beschluß der Versammlung den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu machen, durch welche die Aufgaben der sozialen Kommission festgelegt werden, wurde vom Genossen Grauer begründet. Derselbe wies nach, daß, trotzdem diese Kommission schon einige Jahre bestünde, dieselbe bisher erst eine Sitzung abgehalten habe; es gehe derselben wie der Gesundheitsdeputation, welche bei der Stadtwiederung neu gewählt worden sei, aber bisher noch gar nicht zusammen getreten ist. Außerdem sei es notwendig, diese Kommission mehr und mehr zu einem Wohlfahrtsamt auszubauen. Von den Bürgerlichen erklärte Herr Sanitätsrat Wolf entgegen seiner sonstigen Gesinnung, seine Zustimmung zu unseren Anregungen. Daraus wurde der Antrag einstimmig angenommen. Anders dagegen war das Verhalten der bürgerlichen Herren bei den folgenden Anträgen unserer Genossen, welche die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sowie eines kommunalen Arbeitsnachweises verlangen. Genosse Brühl wies u. a. darauf hin, daß allein bei der nach dem Meldestat im Jahre 1909 vorgenommenen amtlichen Zählung schon 1000 Arbeitslose gezählt wurden, während schon im folgenden Jahr, im Februar 1909, 2463 Arbeitslose festgestellt wurden, ohne die vielen, welche mit verlängerter Arbeitszeit arbeiteten. Damals wurden ja auch die Hassen nicht bestritten, jedoch gegenüber unseren Anträgen, wie Ausführung von Notstandarbeiten usw. erklärt, daß dies ja doch nur Stützwert sei, man solle mit Anträgen kommen, womit man durchgreifende Hilfe schaffe, dergleichen sei es auch notwendig, daß sich möglichst alle Gemeinden Groß-Berlins mit dieser Angelegenheit befassen. Und diesmal? Nachdem der bekannte Möbelfabrikant Herr Rathen die Verwirklichung unserer Anträge als eine Aufgabe für den jetzt geschaffenen Zweverband Groß-Berlin erklärt hatte, erlaube er sich noch einige hahnbedeckene Beschuldigungen der Arbeiterschaft, wie z. B. „und wie die Arbeiter zehnmal mehr Lohn erhalten, haben sie doch keine Lust zum Arbeiten“. Von unseren Genossen Brühl, Düwll, Weder und Kerhscher wurde ihm die gebührende Antwort zuteil. Beide Vorlagen wurden hierauf in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Dafür stimmte außer unseren Genossen lediglich nur noch Herr Lewonig, während sämtliche übrigen bürgerlichen Herren, einschließlich der sogenannten Liberalen geschlossen dagegen stimmten. — Der folgende Punkt betraf Jurisdiktion der im Schulkassenstreit gegen Berlin eingeleiteten Berufung. Hier betonte Genosse Grauer, daß bereits die bisherigen Prozeduren hätten gepakt werden können, wenn man unserem damaligen Vorschlag gefolgt wäre, und nicht erst Klage gegen Berlin erhoben hätte. Beschlossen wurde alsdann, die Berufung zurückzugeben. — Die sich anschließende geheime Sitzung, in welcher über die Veräußerung eines Grundstücks verhandelt werden sollte, mußte, da nach dem vorhergegangenen Verhalten der Bürgerlichen unsere Genossen es vorzogen, die Sitzung zu verlassen, wegen Beschlußunfähigkeit vertagt werden. (Wegen Raummangels zurückgestellt.)

### Wilmersdorf-Hafensee.

**Städtische Badeanstalt.** Zu den Eigentümlichkeiten von Wilmersdorf gehört bekanntlich auch die, daß die 110 000 Einwohner zählende Stadt weder ein Krankenhaus noch eine Badeanstalt besitzt. Während es mit der Errichtung eines Krankenhauses anscheinend noch gute Weile hat, will der Magistrat jetzt wenigstens eine Badeanstalt erbauen. In einer Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung führt er zur Entschuldigung des jetzigen Zustandes an, daß die kleineren Wohnungen nur zum geringen Teil ohne Badeeinrichtung ausgeführt sind. Diese Behauptung hat nur dann einen Sinn, wenn man Wohnungen von 2 oder 3 Zim-

mern, die 500 bis 600 Mk. Miete kosten, noch als kleinere Wohnungen hingenähert. Aber es sollte auch dem Magistrat bekannt sein, daß eigentliche Arbeiterwohnungen auch in Wilmersdorf nur sehr selten eine Badeeinrichtung haben. Der Magistrat empfiehlt nun, die neue Badeanstalt an der Ecke der Augustastr. und Schrammstraße, in dem späteren Seeparzellengelande, zu erbauen. Bornehmlich will er auf die Ausführung einer Schwimmhalle, sowie auf die Einrichtung von elektrischen, Licht-, ruffischen und römischen Dampfbädern Bedacht nehmen; auch empfiehlt er, Licht-, Luft- und Sonnenbäder vorzusehen.

### Rantwih.

Die Praktiken des Junkers v. Kröher im preussischen Abgeordnetenhaus scheinen auf den hiesigen Bürgermeister Dr. Veyendorff eine erhebliche Wirkung ausgeübt zu haben. Als Genosse Theurig bei der Etatberatung in der letzten Gemeindevertreterversammlung die Mißstände auf dem Rieselwiese kritisierte, sprang der Ortsgezwaltige auf und verhiinderte unseren Genossen am Weiterreden, indem er behauptete, daß das, was Theurig bemängelte, nicht zu dem Titel „Kanalisation“ gehöre. Auf die Frage unseres Redners, ob ihm der Bürgermeister vielleicht verraten könnte, unter welchem Titel das Rieselwiese gehöre, erhielt er keine Auskunft, und als sich Theurig anschickte, weiterzureden, wurde ihm nach Verabfolgung eines Ordnungsrufes das Wort entzogen.

Wie der Rantwihler Bürgermeister unter Außerachtlassung von Recht und Gesetz seine Rolle als Ortsoberricht spielt, sei hier nur an wenigen Beispielen gekennzeichnet:

Im vorigen Jahre verbot er eine Jugendversammlung und ließ das Lokal mit Genbarmen besetzen. Auf eingelegte Beschwerde beim Landrat wurde seine Handlungsweise als ungesetzlich rektifiziert.

Die Lehrer des höheren Schulwesens mußten sich durch Unterschrift verpflichten, nicht am kommunalpolitischen Leben teilzunehmen. Die von den Lehrern hiergegen angestregte Klage bei der vorgesetzten Behörde hatte das Ergebnis, daß die Verfügung des Bürgermeisters für ungesetzlich erklärt wurde.

Sämtliche Gemeindebeamten mußten sich bei Strafe sofortiger Entlassung unterschriftlich verpflichten, nicht in Verkehr mit Gemeindevorordneten zu treten.

Durch eine Anzahl Verfügungen der verschiedensten Art wurde die Bevölkerung fortgesetzt beunruhigt, so daß sich des öfteren der Kreisaußschuß mit Klagen gegen den Bürgermeister beschäftigten mußte, die meistens mit einem Plaisio des letzteren endigten.

Zuletzt ist die Gemeinde dermaßen in Klagen verwickelt, daß im Etat die Einstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters vorgesehn ist, der die schwebenden Prozesse bearbeiten soll. Bei der Etatberatung hielt es selbst ein Schöffe für geboten, dem Bürgermeister den Rat zu geben, nicht so viel zu projekzieren.

All diese Vorgänge veranlassen unseren Genossen Theurig, bei der weiteren Beratung des Etats unter dem Titel „Allgemeine Verwaltung — Bürgermeistergehalt“ dem Ortsgezwaltigen sein Sündenregister vorzuhalten. Da der Bürgermeister jedoch richtig vorausahnte, daß unser Redner noch interne Dinge zur Sprache bringen wolle, verbot er Theurig, noch weiter Kritik an seiner Person zu üben. Letzterer entgegnete mit Recht, daß der Bürgermeister durch eine solche Anmahnung nur beweiße, wie wenig er von den parlamentarischen Rechten eines Gemeindevorsetzers Kenntnis habe. Nach einer heftigen Auseinandersetzung wurde unserem Redner das Wort entzogen. Wer nun geglaubt hatte, daß die übrigen Gemeindevertreter, die sonst nicht genug im privaten Verkehr sowohl wie auch in ihren Vereinen über die Verwaltungspraktiken des Bürgermeisters schimpfen, unseren Redner gegen eine solche Vergewaltigung schützen würden, der hatte sich getäuscht. Es verlornt sich daher, der Einwohnerschaft die Herren, die dem Bürgermeister bei seinem unerhörten Vorgehen gegen unbehagliche Kritiker die Steigbügel hielten, ins Gedächtnis zu rufen. Es sind dies: Schöffe Bruchwih, Geheimer Rechnungsrat, Schöffe Lädike, Gutbesitzer, sowie die Gemeindevorsetzer Freih. Lädike, Gutbesitzer, Pein, Generalkonsul, Hermen, Geheimer Regierungsrat, Krohn, Kaufmann, Schmidt, Architekt, Bartelt, Landessekretär, Dr. Bränkel, Sanitätsrat, Bulf, Wärdereibehälter, und Hildebrandt, Klempnermeister. Schöffe Dillges und Gemeindevorsetzer Berlinide fehlten.

Daß unsere Genossen sich durch eine solche Vergewaltigungspolitik in der Erfüllung ihrer Pflicht auch nicht im geringsten beirren lassen, dürfte der vom Kröher'schen heiß besetzte Bürgermeister wie auch seine Helfershelfer noch recht oft erfahren.

Die Etatberatung wurde in siebenstündiger Sitzung zu Ende geführt. Eine Reihe von unseren Genossen gestellter Anträge fanden bei der Mehrheit keine Gegenliebe. In den Gemeindevorsetzungen soll auf langes Drängen unserer Genossen endlich der Antrag mit der Einstellung eines Schularztes gemacht werden. Zu dem Zweck wurden 500 Mk. eingestellt. Auf Antrag des Mitgliedes der Schuldeputation, Gemeindevorsetzers Varielt, beschloß die Vertretung, die Schreibhilfe für jedes Kind von 20 auf 25 Pf. und für jede Klasse von 10 auf 12 Mk. zu erhöhen. Die nicht rechtmäßig vorgenommene Wahl der Schuldeputation war vom Gemeindevorsetzer mit Erfolg angefochten worden. Dadurch hat die Deputation seit Monaten ihre Funktion nicht ausüben können, woraus es auch zu erklären ist, weshalb ein Antrag des Arbeiter-Turnvereins wegen Freigabe der Turnhalle bisher keine Erledigung gefunden hat. Ein schon mehrmals gestellter Antrag betreffend Anschluß an das Richterfelder Gewerbegebiet, wurde dem Gemeindevorstand überwiesen. Für eine bessere Beleuchtung im Dorf und im Zielmannschen Bezirk wurden 1000 Mk. mehr eingestellt.

Es gelang wie bisher ein Gemeindesteuerausgleich von 115 Proz. zur Erhebung. An Hundsteuer wurden 20 Mk. für den ersten, für jeden weiteren Hund 30 Mk. festgesetzt. Die Grundsteuer beträgt für bebauten Grundstücke 3 und für unbebaute 4 vom Tausend.

Von den 100 000 Mk., die der Etat 1911 gegenüber dem Vorjahre an Mehrausgaben aufweist, beanspruchen nicht, wie es im Bericht am Sonntag heißt, die Schulden den größten Teil, sondern die Schulen.

### Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Als der rühmlichst bekannte Herr Haberland nach Parzellierung und Verkauf des früheren Sportplatzviertels sein Schäfchen ins Trockene gebracht hatte, zeigte er sich als nobler Mann für all die vielen kleinen und großen Freundschaftsbeweise der Gemeindeverwaltung erkenntlich, indem er der Gemeinde den Sändigbrunnen schenkte. Nachdem er nun auch das Terrain am Südwesttor abgegrast hat, konnte Bürgermeister Schnalenburg in der letzten Sitzung mitteilen, daß dieser „uneigennützig“ Spender schon wieder beabsichtige, der Gemeinde ein Denkmal in Gestalt eines Brunnens zu schenken. Natürlich wurde dem von allen Vertretern außer unseren Genossen dankbar zugestimmt. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, welcher eine Erhöhung der Hundsteuer von 20 auf 30 Mk. jährlich vorschloß, rief eine längere Debatte hervor, in welcher sich die meisten Redner als Gegner der Vorlage bekamen. Genosse Richter wies darauf hin, daß die Art des Zustandekommens der Vorlage geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig sei, da der Steuerausgleich, dem dieselbe zur Prüfung vorgelegen habe, nicht befragt sei. Vorschläge für neue Steuern zu machen, er beantragte, einen besonderen Ausschuß für diese Vorlage einzusetzen. Dies wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag des Ge-

meindevorstandes. Angenommen wurde ein Antrag des Gemeindevorstandes, welcher für einen Hund die Steuer von 20 Mk. festsetzt, den zweiten jedoch mit 30 Mk. und den dritten und jeden weiteren Hund mit 40 Mk. besteuert. Diefem Antrage stimmten auch unsere Genossen zu. Ein weiterer Antrag des Gemeindevorstandes verlangte die Einführung einer Schankkonzessionssteuer für Friedenau. Die Steuer soll betragen für diejenigen, die wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei sind, 800 Mk., in der 4. Gewerbesteuerklasse 500 Mk., in der 3. 600 Mk., in der 2. 1200 Mk. und in der 1. 1600 Mk. Genosse Richter hatte gegen diese Vorlage dieselben geschäftsordnungsmäßigen Bedenken wie bei der vorher verhandelten. Im übrigen sprach er sich entschieden gegen eine derartige Besteuerung eines Gewerbes aus, daß durch die Segnungen der letzten Reichsfinanzreform mit am schwersten belastet ist; er beantragte Ablehnung der Vorlage. Der Antrag Richter wurde abgelehnt und die Vorlage einer Kommission, der auch der Genosse Gahn angehört, überwiesen. Angenommen wurde eine neue Geschäftsordnung für die Waisenpflege der Gemeinde, welche als wesentlichen Punkt in § 1 die Anstellung einer besoldeten Waisenpflegerin vorsieht. Außerdem fand ein Ortsstatut, betreffend Bewährung von Ruhegehalt an Gemeindevorbeamte einstimmige Annahme.

### Rummelsburg.

Etatberatung in der Gemeindevertretung. Mit einer Gesamtheit wurde die Vorlegung des diesjährigen Voranschlags von allen Seiten erwartet. Die in den letzten Jahren ständig erfolgte Erhöhung aller Steuerkategorien hatte in allen Bevölkerungsschichten eine gewisse Anruhe erzeugt. Einleitend bemerkte der Bürgermeister Dr. Gahn, daß der diesmalige Voranschlag ein etwas günstigeres Bild als der vorjährige darbot. In Entnahmen und Ausgaben stellt sich der Gesamtvoranschlag auf 3 439 258 Mk., welche Summe von der des Vorjahres nur um ein geringes abweicht. Der Gemeindezuschlag zur Einkommensteuer ist wie im Vorjahre auf 135 Proz. festgelegt, ebenso sind die Sätze der Grundwertsteuer 3 1/2 Proz. pro Mille bei bebauten und 7 Proz. pro Mille bei unbebauten Grundstücken die gleichen geblieben. Die Gewerbesteuer soll in der I., III. und III. Klasse mit 250 Proz. und in der IV. Klasse mit 187,5 Proz. erhoben werden. Die Steuererträge sollen bringen — Einkommensteuer 496 800 Mk. gegen 448 200 Mk. im Vorjahre. Grundwertsteuer 556 889,50 Mk. gegen 590 708,50 Mk. im Vorjahre. Die Gewerbesteuer ist auf 78 875 Mk. gegen 75 125 Mk. im Vorjahre festgesetzt. Die Erträge aus der Biersteuer sind mit 32 000 Mk. aus der Hundsteuer mit 19 000 Mk., aus der Umfahrsteuer mit 150 000 Mk. und aus der Wertzuwachssteuer mit 58 800 Mk. veranschlagt. Eine weitere Erhöhung der Steuern konnte diesmal vermieden werden, es war dies aber nur möglich durch Anwendung größtmöglicher Sparmaßnahme in fast allen Verwaltungszweigen, und durch die Reueinrichtung des Grundstücksverwertungs-fonds. Durch die Einführung dieses Fonds ist der Etat um zirka 100 000 Mk. entlastet worden. Als günstig für den Etat kommt noch hinzu, daß der Aufschub der Regierung zu den Schulkassen eine Erhöhung von 10 000 auf 24 000 Mk. erfahren hat, auch hat sich ergeben, daß die Kosten der Rummelsburger Kanalisation (Zweverband) sich niedriger stellen als im Vorjahre angenommen worden war. Am Schluß betont der Bürgermeister, daß, wenn auch diesmal der Voranschlag ohne Einstellung von Fondsmitteln (die auch nicht mehr vorhanden sind) balanciert — doch konstatiert werden muß, daß in Anbetracht der hohen Schulkassen wie in Berücksichtigung der schwachen Bevölkerung unseres Ortes die Finanzen der Gemeinde in Zukunft sich immer ungünstiger gestalten müssen. Eine Rettung aus dieser „Finanznot“ erwartet Dr. Gahn durch die Uebernahme der Volksschulkassen auf den Zweverband Groß-Berlin. Da diese Aussicht aber nur äußerst schwach ist, so bleibt nach Ansicht des Bürgermeisters als Ausweg nur noch der Anschluß an Berlin übrig.

Hierauf kritisierte unser Genosse John in längerer Rede den Voranschlag, worüber wir morgen berichten werden.

### Pankow.

Großfeuer im am Montag früh im Eckhause Spandauer- und Schulzestraße 22 aus noch unbekannter Ursache zum Ausbruch. Gegen 5 Uhr stand der Dachstuhl des mächtigen Eckhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge, dem Hausrat der Mieter und dem Dachgebälk reiche Nahrung gefunden und wurden von dem herrschenden Sturm noch mächtig angefaßt. Die Ortsfeuerwehr war in voller Stärke zur Stelle und gab mit vier Schlauchleitungen kräftig Wasser. Auch die Wehren von Nieder-Schönhausen, Reinickendorf-Ost und der 19. Automobilbrigade aus Berlin waren ausgerückt. Den bereiteten Anstrengungen gelang es, den Brand auf den Dachstuhl, der vernichtet ist, zu beschränken.

### Potsdam.

**Schülerelbstmord.** Der Obertertianer Will Köppen, ein Schüler des Potsdamer Realgymnasiums aus dem benachbarten Bornim hat sich in seiner elterlichen Wohnung erschossen. R. K. wie gemeldet wird, mehrere Male mit dem Einjährigereignen durchgefallen. Diese Tatsache und Liebeskummer sollen ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben.

### Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg.** Freitag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Volksmann, Vorbergstr. 9: Vortrag des Herrn Dr. Müller über die Schäden des Alkohols. Der Ausschuß.

**Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1895.** (C. D. 71.) Dienstag, den 21. Februar, abends 9 Uhr, im Restaurant Jadenstraße 18/19: Sitzung.

**Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft lebhaft, Preise für Pfeffer, Rüb- und Schweinefleisch nachgebeud, sonst unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genigend, Geschäft leblos, Preise wenig verändert.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	19. 2.	18. 2.		19. 2.	18. 2.
Remel, Mühl	2569	+5	Saale, Großhly	110	+14
Bregel, Zisterberg	42 <sup>1</sup>	+21	Havel, Spandau <sup>1</sup>	128	+18
Beißel, Thorn	150 <sup>1</sup>	+24	Havel, Rattenu <sup>1</sup>	126	-1
Ober, Raitbor	324 <sup>1</sup>	+186	Spre, Spremberg <sup>1</sup>	172 <sup>1</sup>	+40
• Krossen	184	+11	• Beeston	194	+8
• Jenaufurt	193 <sup>1</sup>	+12	• Weiser, Rändon	5	+48
• Wärd, Schrimm	230 <sup>1</sup>	+92	• Wänden	67	+24
• Landsberg	48 <sup>1</sup>	+12	• Rhein, Ragmiliansau	305	+8
• Rege, Sorbaum	62 <sup>1</sup>	+27	• Raub	140	+5
• Elbe, Zeitmerth	45	+25	• Köln	134	+5
• Dresden	-52	+39	• Redar, Heilbrom	175	+79
• Barby	169	+10	• Rain, Wertheim	—	—
• Radeburg	138	+6	• Wolsel, Arter	89	+20

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Eisstand. 4) am 19. um 12 Uhr mittags: 410 cm. — 5) eisfrei. — 6) Eisbewegung. — 7) Hochwasser.

In der oberen Oder hat sich infolge der letzten Regenfälle und der durch sie herbeigeführten raschen Schneeschmelze nach telegraphischen Meldungen eine heile Flutwelle, etwa in Höhe des Mittelhochwassers, entwickelt. Bei Raitbor war der Strom heute vormittag noch langsam im Steigen, wobei er mit 589 cm das Mittelhochwasser etwa um 10 cm die Auslieferungshöhe um 1,4 m überschritt. Die Verstärkung des Hochwassers auf den Heidenflüssen ist bis jetzt nur mäßig, insbesondere hatte die Glatzer Weisse heute morgen noch bei weitem nicht den mittleren Hochwasserstand erreicht und stieg nur noch langsam. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.